



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Wie wehrbereit ist die deutsche Bevölkerung?

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild
in der Bundesrepublik Deutschland 2026

Timo Graf

Forschungsbericht 140

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor

Redaktionsschluss ist der 14. Juli 2026

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, Potsdam 14471

Tel.: 0331 9714 404

E-Mail: timograf@bundeswehr.org

www.zms.bundeswehr.de

© ZMSBw 2026

Projektnummer: 7141-06

ISBN: 978-3-99203-159-7

URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:po79-opus4-9200>

DOI: <https://doi.org/10.48727/opus4-920>

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	5
1 Einleitung	6
2 Sicherheits- und Bedrohungsgefühl	8
3 Russland als militärische Bedrohung	14
4 Verteidigungsausgaben und Personalumfang	19
5 Einstellungen zum Neuen Wehrdienst	23
6 Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr und ihrer Aufgaben	27
7 Außenpolitische Grundhaltungen	42
8 Einstellungen zur NATO-Bündnisverteidigung	52
9 Einsätze der Bundeswehr im Ausland	62
10 Deutschlands Engagement in EU und Vereinten Nationen	70
11 Militärische Unterstützung der Ukraine	74
12 Persönliche Verteidigungsbereitschaft	78
13 Dienst in der Bundeswehr	85
14 Fazit zur Wehrbereitschaft in Deutschland	99
15 Methodologie	102

Executive Summary

- Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026 wurde vom 20. April bis 24. Mai 2026 durchgeführt. Sie ist repräsentativ für die in Privathaushalten lebende deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren. Befragt wurden 2.232 Bürgerinnen und Bürger (Abschnitt 15).
- Die Bürgerinnen und Bürger bewerten ihre **persönliche sowie die nationale und weltweite Sicherheitslage** weiterhin deutlich schlechter als vor 2022. Steigende Preise werden aktuell als das mit Abstand größte Risiko für die persönliche Sicherheit empfunden. Die Sorge vor **militärischen Bedrohungen** bleibt vergleichsweise groß (Abschnitt 2).
- Zwei Drittel der Befragten nehmen **Russland als militärische Bedrohung** für die Sicherheit Deutschlands wahr. Einzige Ausnahme ist die Wählerschaft der AfD (Abschnitt 3).
- Eine absolute Mehrheit plädiert für eine weitere **Steigerung der Verteidigungsausgaben** (58 Prozent) und einen weiteren personellen Aufwuchs der Bundeswehr (64 Prozent). Diese finanzielle und personelle Stärkung wird quer durch die Gesellschaft mehrheitlich unterstützt (Abschnitt 4).
- Der **Neue Wehrdienst** erfährt in der Bevölkerung große Akzeptanz. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Zuspruch zum Wehrdienst nochmals gestiegen (59 Prozent; +6 Prozentpunkte) – auch bei den jüngeren Befragten (Abschnitt 5).
- Der **gesellschaftliche Rückhalt für die Bundeswehr** ist unverändert groß: 84 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine positive Einstellung zur Bundeswehr. 87 Prozent vertrauen ihr. Diese wohlwollende Grundhaltung besteht in allen Bevölkerungsgruppen. Die Aufgaben der Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung sind gesellschaftlich akzeptierter als die Aufgaben im Bereich des internationalen Krisenmanagements (Abschnitt 6).
- Eine Auswertung der außenpolitischen Grundhaltungen zeigt: Eine Mehrheit (51 Prozent) befürwortet weiterhin eine **aktive deutsche Außenpolitik**, allerdings fällt dieser Zuspruch deutlich geringer aus als im Vorjahr (-7 Prozentpunkte). **Pazifisten sind eine Minderheit in der deutschen Bevölkerung**, während die Realisten in allen Bevölkerungsgruppen in der Mehrheit sind – sowohl vor als auch nach 2022 (Abschnitt 7).
- Während sich eine nahezu unverändert große Mehrheit prinzipiell zur NATO bekennt, ist die öffentliche Unterstützung für die **Sicherung der NATO-Ostflanke** im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dennoch befürwortet eine absolute Mehrheit (55 Prozent) einen deutschen Waffengang im Falle eines russischen Angriffs auf ein östliches NATO-Land. Das **Vertrauen in die USA als Bündnispartner** bleibt beschädigt, gleichwohl spricht sich eine unveränderte Mehrheit (58 Prozent) für die Einbindung der USA in die Sicherheit Europas aus (Abschnitt 8).
- Die **Auslandseinsätze der Bundeswehr** zum Schutz der NATO-Ostflanke erfahren im Durchschnitt weiterhin deutlich mehr Zustimmung als die Einsätze im Bereich des internationalen Krisenmanagements (IKM). Im Vergleich zu 2025 hat sich die öffentliche Meinung zu den IKM-Einsätzen nochmals verschlechtert (Abschnitt 9).
- Die Haltung der Bevölkerung zur **EU-Verteidigungszusammenarbeit** und zu Deutschlands **Engagement in den Vereinten Nationen** bleibt mehrheitlich positiv, die Zustimmung ist im Vergleich zum Vorjahr aber gesunken (Abschnitt 10).
- Die **militärische Unterstützung der Ukraine** wird überwiegend befürwortet, insbesondere Waffenlieferungen stoßen in weiten Teilen der Bevölkerung aber auch auf Bedenken – vor allem in Ostdeutschland und bei Wählerinnen und Wählern der AfD (Abschnitt 11).
- Im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland würden 35 Prozent der Befragten **Deutschland mit der Waffe verteidigen**. Die persönliche Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für die Verteidigung Deutschlands anderweitig einzusetzen (z.B. im Zivilschutz), ist zum Teil deutlich stärker ausgeprägt (Abschnitt 12).
- Die wahrgenommene **Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber** für junge Menschen sinkt seit Jahren – dieser Trend setzt sich aktuell fort. Das konkrete Interesse junger Männer (16–29 Jahre) am Soldatenberuf ist im Vergleich zum Vorjahr allerdings gestiegen. Zudem hat jeder dritte junge Mann und fast jede fünfte junge Frau grundsätzlich **Interesse am Neuen Wehrdienst**. Annähernd 70 Prozent dieser Interessierten können sich auch eine berufliche Tätigkeit als Soldat bzw. Soldatin in der Bundeswehr vorstellen (Abschnitt 13).

1 Einleitung

Angesichts der militärischen Bedrohung durch Russland und des Rückzugs der USA als Sicherheitsgarant Europas investiert Deutschland massiv in seine Verteidigungsfähigkeit, was von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger begrüßt wird. Dennoch werden in der öffentlichen Debatte Zweifel an der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft geäußert – Zweifel, die Deutschlands Verbündete verunsichern, den Aggressor ermutigen und das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Widerstandsfähigkeit unterminieren können. Sind diese Zweifel berechtigt? Wie wehrbereit ist die deutsche Bevölkerung?

Der vorliegende Forschungsbericht beleuchtet die Frage der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft auf Grundlage der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026. Der Auswertung der empirischen Daten liegt die Annahme zugrunde, dass die gesellschaftliche Wehrbereitschaft mehrere Ebenen hat (vgl. Abbildung 1.1): Grundlage der Wehrbereitschaft ist die subjektive Wahrnehmung einer (militärischen) Bedrohung für die eigene Sicherheit (*Erkenntnis*). Darauf baut die individuelle Einstellung zur kollektiven Verteidigung gegen die Bedrohung auf (*Einstellung*). Diese zweite Ebene lässt sich differenziert betrachten als Einstellung zur nationalen Verteidigungsfähigkeit einerseits und zu Deutschlands Verantwortung und Engagement für die internationale Sicherheit andererseits. In letzter Konsequenz stellt sich die Frage, ob und wie die Bürgerinnen und Bürger sich persönlich für die Verteidigung einsetzen würden – im Militär und darüber hinaus (*Engagement*). Jede Ebene der Wehrbereitschaft lässt sich mit mehreren Indikatoren empirisch messen.

Dem schematischen Aufbau in Form einer Pyramide liegt die Annahme zugrunde, dass nicht alle drei Ebenen der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft gleich stark ausgeprägt sind. Selbst wenn eine Mehrheit der Bevölkerung die gleiche Bedrohungswahrnehmung und Einstellung zur Verteidigungspolitik teilt, wird nur ein vergleichsweise kleiner Teil in den Streitkräften dienen bzw. einen bewaffneten Verteidigungsbeitrag leisten. Die Erfahrung aus Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bestätigt diese Annahme.

Wie ist die Wehrbereitschaft der deutschen Bevölkerung ausgeprägt? Umfangreich empirisch belegt ist, dass Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht nur eine Zeitenwende in der deutschen Verteidigungspolitik ausgelöst hat, sondern auch eine „Zeitenwende in den Köpfen“ vieler Bürgerinnen und Bürger: Seit 2022 sehen zwei Drittel in Russland eine militärische Bedrohung und eine klare Mehrheit unterstützt die Stärkung der nationalen Verteidigungsfähigkeit und bekennt sich zur Verteidigung von (Bündnis-)Partnern. Die Zeitenwende steht somit auf einem breiten gesellschaftlichen Fundament, das sich in den letzten Jahren zudem als äußerst robust erwiesen hat.

Abbildung 1.1: Schematische Darstellung der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft und Übersicht empirischer Indikatoren



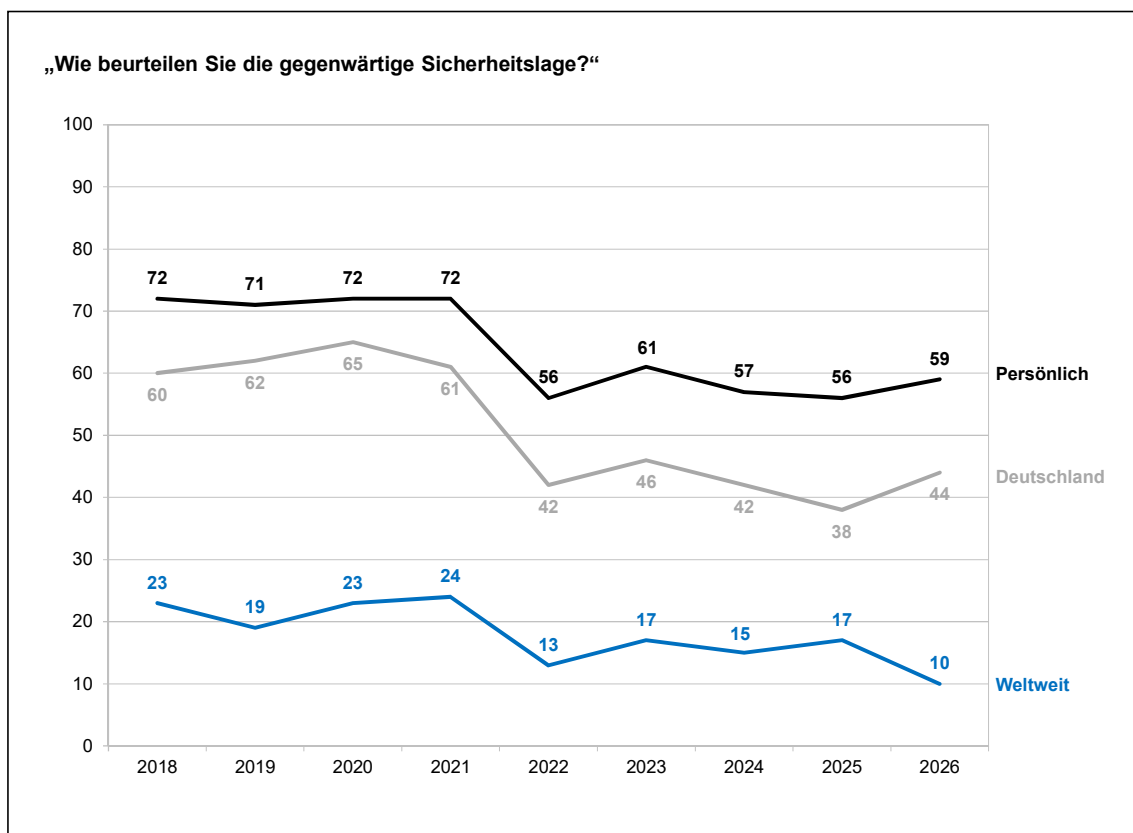
Vor diesem Hintergrund rückt in der öffentlichen Diskussion und militärischen Planung zunehmend die Spitze der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft in den Blick – die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich persönlich für die Verteidigung einzusetzen: Wie groß ist das Interesse junger Menschen am Neuen Wehrdienst und am Soldatenberuf? Wer und wie viele würden im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland mit der Waffe kämpfen? Und wie groß ist die Bereitschaft, sich anderweitig für die Verteidigung Deutschlands zu engagieren?

Der vorliegende Forschungsbericht beantwortet diese und weitere Fragen zur gesellschaftlichen Wehrbereitschaft in Deutschland auf der Grundlage der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) – der umfangreichsten repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Deutschland. Seit 1996 leistet die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung einen wichtigen empirischen Beitrag zur Transparenz und demokratischen Kontrolle der Bundeswehr sowie zum öffentlichen Diskurs über Deutschlands Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

2 Sicherheits- und Bedrohungsgefühl

Die Beurteilung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage durch die Bürgerinnen und Bürger hat sich durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 nachhaltig verschlechtert (vgl. Abbildung 2.1). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Sicherheitsempfinden 2026 unterschiedlich entwickelt. Das persönliche Sicherheitsempfinden der Befragten und die Bewertung der nationalen Sicherheitslage haben sich verbessert: Aktuell fühlt sich eine Mehrheit von 59 Prozent (+3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) persönlich sicher und 44 Prozent (+6 Prozentpunkte) bewerten die Lage in Deutschland als sicher. Die weltweite Sicherheitslage wird im Vergleich zum Vorjahr deutlich negativer bewertet und erreicht einen neuen Tiefpunkt: Nur 10 Prozent der Befragten schätzen die weltweite Lage als sicher ein (-7 Prozentpunkte). Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der jüngsten militärischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten zu betrachten. Insgesamt bleibt das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger weiterhin auf einem deutlich niedrigeren Niveau als noch vor dem Jahr 2022.

Abbildung 2.1: Beurteilung der Sicherheitslage 2018–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „sehr sicher“ und „eher sicher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018–2026.

Die wahrgenommene Bedrohung durch steigende Preise hat im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen und stellt die mit Abstand größte Sorge der Bürgerinnen und Bürger dar. Militärische Bedrohungen werden in diesem Jahr wie andere Risiken weniger stark wahrgenommen, gehören aber weiterhin zu den größten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger.

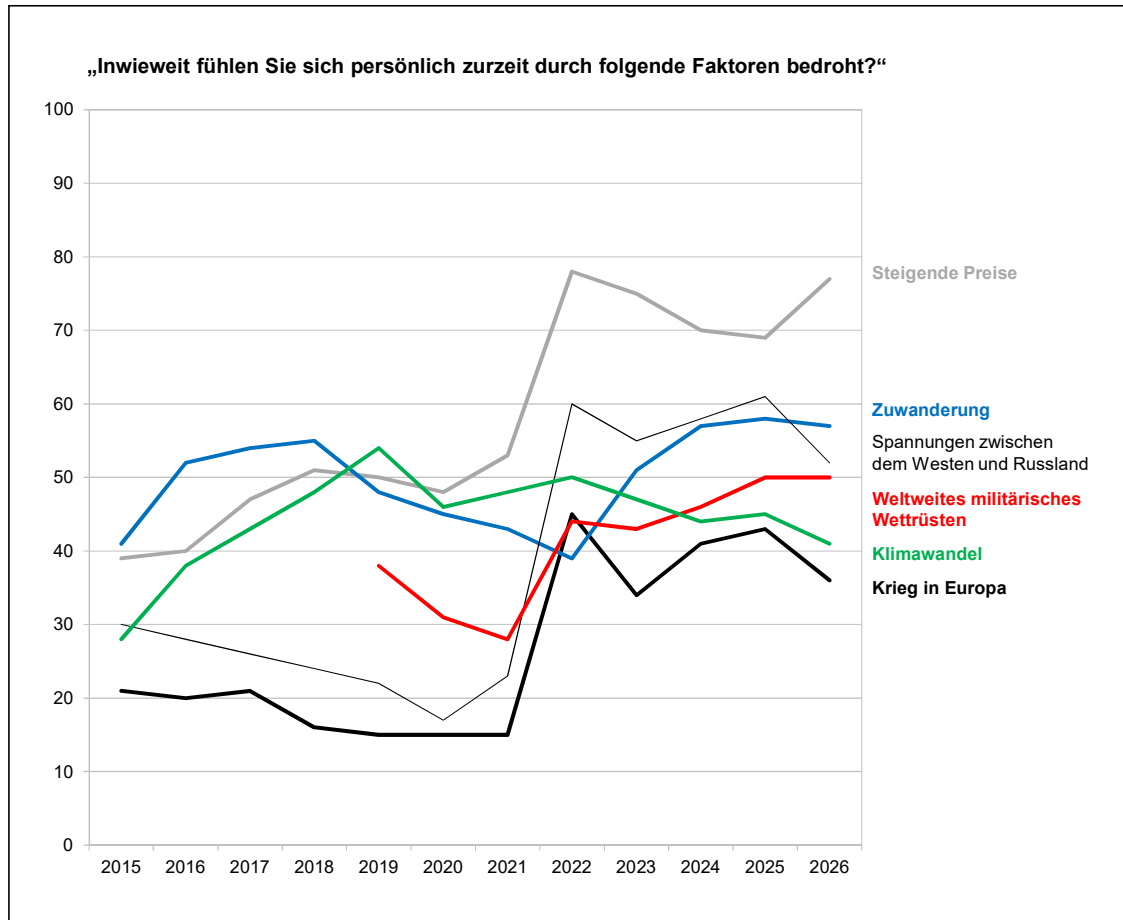
Wie in den Vorjahren fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger aktuell vorrangig durch Inflation (77 Prozent; +8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025), Zuwanderung nach Deutschland (57 Prozent; -1 Prozentpunkt) sowie durch militärische Risiken wie die Spannungen zwischen dem Westen und Russland (52 Prozent; -9 Prozentpunkte) und weltweites militärisches Wettrüsten (50 Prozent; keine Veränderung) in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht (vgl. Tabelle 2.1). Vor dem Hintergrund des Iran-Kriegs ist die wahrgenommene Bedrohung durch steigende Preise am stärksten gestiegen (77 Prozent; +8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025), während das Bedrohungsgefühl durch alle anderen Risikofaktoren stagniert oder zurückgegangen ist.

Tabelle 2.1: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheit

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“			
	Bedroht ¹ (vgl. zu 2025)	Teils/teils	Nicht bedroht ²
Steigende Preise	77 (+8)	17	6
Zuwanderung nach Deutschland	57 (-1)	23	20
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	52 (-9)	29	19
Weltweites militärisches Wettrüsten	50 (0)	29	21
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	43 (+1)	26	29
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	41 (-4)	32	27
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	40 (-3)	27	32
Krieg mit Atomwaffen	39 (+1)	28	33
Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland	38 (-3)	34	27
Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News)	37 (+1)	30	32
Krieg in Europa	36 (-7)	34	29
Terroranschläge in Deutschland	32 (-11)	36	31
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	29 (-5)	27	44
Kriminalität in meinem Umfeld	26 (+1)	31	43
Spannungen zwischen Europa und den USA	25 (-6)	31	43
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	24 (-2)	24	52
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	23 (-7)	32	46
Spannungen zwischen dem Westen und China	21 (-5)	27	51
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	16 (-3)	18	66
Zerfall der EU	13 (-6)	27	59

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „stark bedroht“ und „eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „eher nicht bedroht“ und „überhaupt nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Abbildung 2.2: Bedrohungen für die persönliche Sicherheit 2015–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stark bedroht“ und „eher bedroht“ wurden zusammengefasst.
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2026.

Die Betrachtung der Zeitreihe seit 2015 offenbart, wie nachhaltig Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine das subjektive Bedrohungsempfinden der Bürgerinnen und Bürger verändert hat (vgl. Abbildung 2.2). Bis 2021 wurden insbesondere militärische Risiken nur von einer Minderheit in der deutschen Bevölkerung als direkte Bedrohung für die persönliche Sicherheit wahrgenommen. Seit 2022 hat die Angst der Bürgerinnen und Bürger vor Krieg in Europa, vor einem Konflikt zwischen Europa und Russland sowie vor einem weltweiten militärischen Wettrüsten stark zugenommen und gehört seitdem zu den größten Sorgen überhaupt. Bivariate Analyseverfahren belegen zudem, dass zwischen der Wahrnehmung militärischer Risiken für die persönliche Sicherheit und der Bewertung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage starke statistisch signifikante, negative Zusammenhänge bestehen (bivariate Korrelation nach Pearson: -0,36/-0,33/-0,40; $p < 0,001$): Die verstärkte Wahrnehmung militärischer Risiken verringert das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

Der deutschen Bevölkerung ist die sich verändernde Sicherheitslage in Europa bewusst: Sie nimmt seit 2022 militärische Sicherheitsrisiken verstärkt wahr.

Im direkten Vergleich zum Vorjahr ist das persönliche Bedrohungsgefühl durch militärische Risiken zwar insgesamt zurückgegangen (insbesondere „Krieg in Europa“ und „Spannungen zwischen dem Westen und Russland“), aber diese Entwicklung ist nur teilweise auf eine veränderte Wahrnehmung Russlands zurückzuführen. Trotz eines leichten Rückgangs im Jahr 2026 sehen annähernd zwei Drittel der Befragten in Russland nach wie vor eine militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands (vgl. Abschnitt 3). Mit Blick auf die persönliche Sicherheit dominiert aktuell ganz klar die Sorge vor der Preisentwicklung. Letztere ist hauptsächlich auf den militärischen Konflikt zwischen den USA und dem Iran zurückzuführen. Einmal mehr wirken sich somit militärische Konflikte unmittelbar auf die Wahrnehmung von Risiken in anderen Bereichen aus. Auch 2022 kam es infolge von Russlands Vollinvasion der Ukraine zu einem sprunghaften Anstieg der Energiepreise und folglich zu einem stark gestiegenen Bedrohungsgefühl durch Inflation (vgl. Abbildung 2.2).

Ferner wurde untersucht, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung signifikante Unterschiede bestehen in der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch die vier am häufigsten genannten Risiken: Inflation, Zuwanderung, Klimawandel und dezidiert militärische Risikofaktoren. Das Bedrohungsgefühl durch militärische Risiken wurde mithilfe von fünf Einzelfaktoren erfasst: die wahrgenommene Bedrohung durch die Spannungen zwischen dem Westen und Russland, das weltweite militärische Wettrüsten, Krieg in Europa, Krieg mit Atomwaffen und Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland. Diese fünf Variablen wurden in einer Indexvariable „militärische Risiken“ zusammengefasst. Die Indexvariable hat einen Wertebereich von 0 (kein Bedrohungsgefühl) bis 1 (starkes Bedrohungsgefühl), d.h. die im Folgenden berichteten Mittelwerte können einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Mittelwert von 0,5 bedeutet, dass die befragte Gruppe im Durchschnitt eine ambivalente Meinung hat (wie sie z.B. die Antwortmöglichkeit „teils/teils“ darstellt). Je höher der Wert (maximal 1), desto stärker das Bedrohungsgefühl. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die wahrgenommene Bedrohung durch die Inflation, die Zuwanderung nach Deutschland und den Klimawandel auf den Wertebereich 0 (kein Bedrohungsgefühl) bis 1 (starkes Bedrohungsgefühl) rekodiert.

Tabelle 2.2: Bedrohungsperzeptionen in soziodemografischen Gruppen

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“				
	Inflation	Zuwanderung	Klimawandel	Militärische Risiken
Insgesamt	0,78	0,64	0,54	0,56
Geschlecht	***	**	***	*
Männer	0,75	0,65	0,51	0,55
Frauen	0,80	0,62	0,57	0,57
Alter	***	*	**	*
16 bis 29 Jahre	0,72	0,61	0,56	0,53
30 bis 49 Jahre	0,77	0,66	0,54	0,56
50 bis 69 Jahre	0,80	0,63	0,54	0,58
70 Jahre und älter	0,80	0,65	0,51	0,55
Bildungsniveau	***	***	*	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,72	0,60	0,56	0,57
Realschulabschluss	0,79	0,66	0,53	0,56
Hauptschulabschluss	0,84	0,64	0,51	0,56
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	**	**
4.001 Euro und mehr	0,71	0,64	0,55	0,53
2.001 bis 4.000 Euro	0,79	0,64	0,54	0,57
Bis 2.000 Euro	0,85	0,64	0,49	0,56
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,75	0,65	0,53	0,56
SPD	0,76	0,62	0,58	0,54
AfD	0,80	0,81	0,41	0,53
Die Linke	0,73	0,44	0,65	0,54
Bündnis 90/Die Grünen	0,76	0,48	0,69	0,59
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,81	0,63	0,54	0,59
Region	***	*	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,71	0,63	0,56	0,57
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,81	0,62	0,48	0,53
Süddeutschland (BW, BY)	0,79	0,62	0,51	0,53
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,78	0,66	0,58	0,59
Migrationshintergrund	n.s.	***	n.s.	n.s.
Ja	0,79	0,57	0,53	0,56
Nein	0,77	0,64	0,54	0,56

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – kein Bedrohungsgefühl; 1 – starkes Bedrohungsgefühl]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable „militärische Risiken“ hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,81). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist ($n < 50$).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Über alle Gruppen hinweg fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger durch die Inflation (Mittelwert 0,78) und die Zuwanderung (Mittelwert 0,64) stärker in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht als durch militärische Risiken (Mittelwert 0,56) oder den Klimawandel (Mittelwert 0,54; vgl. Tabelle 2.2). Das durchschnittliche *Bedrohungsgefühl durch die Inflation* nimmt mit höherem Bildungsniveau und höherem Einkommen der Befragten ab, während es mit dem Alter zunimmt. Frauen (Mittelwert 0,80) fühlen sich im Durchschnitt etwas stärker von steigenden Preisen bedroht als Männer (Mittelwert 0,75). Im Vergleich der Regionen ist die Sorge vor steigenden Preisen am geringsten in Norddeutschland ausgeprägt. Der Vergleich der Wählergruppen offenbart, dass die Angst vor Inflation im Durchschnitt am größten bei AfD-Anhängern (Mittelwert 0,80) und in der Gruppe der Nichtwähler (Mittelwert 0,81) ist. Zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede.

In der Wahrnehmung der *Zuwanderung nach Deutschland* als Risiko für die eigene Sicherheit bestehen die größten Unterschiede zwischen den Wählergruppen: Die AfD-Anhänger fühlen sich mit Abstand am stärksten von Zuwanderung bedroht (Mittelwert 0,81), gefolgt von der Wählerschaft der CDU/CSU (Mittelwert 0,65) und der SPD (Mittelwert 0,62), während die Wählerinnen und Wähler der Linken (Mittelwert 0,44) und der Grünen (Mittelwert 0,48) Zuwanderung nach Deutschland weniger stark als Bedrohung empfinden. Die Unterschiede zwischen den Regionen sowie den Alters- und Einkommensgruppen sind entweder statistisch nicht signifikant oder nur sehr schwach ausgeprägt. Befragte mit Migrationshintergrund, Frauen und Personen mit einem höheren Bildungsniveau empfinden die Zuwanderung nach Deutschland im Durchschnitt weniger als Bedrohung für die eigene Sicherheit als die entsprechenden Vergleichsgruppen.

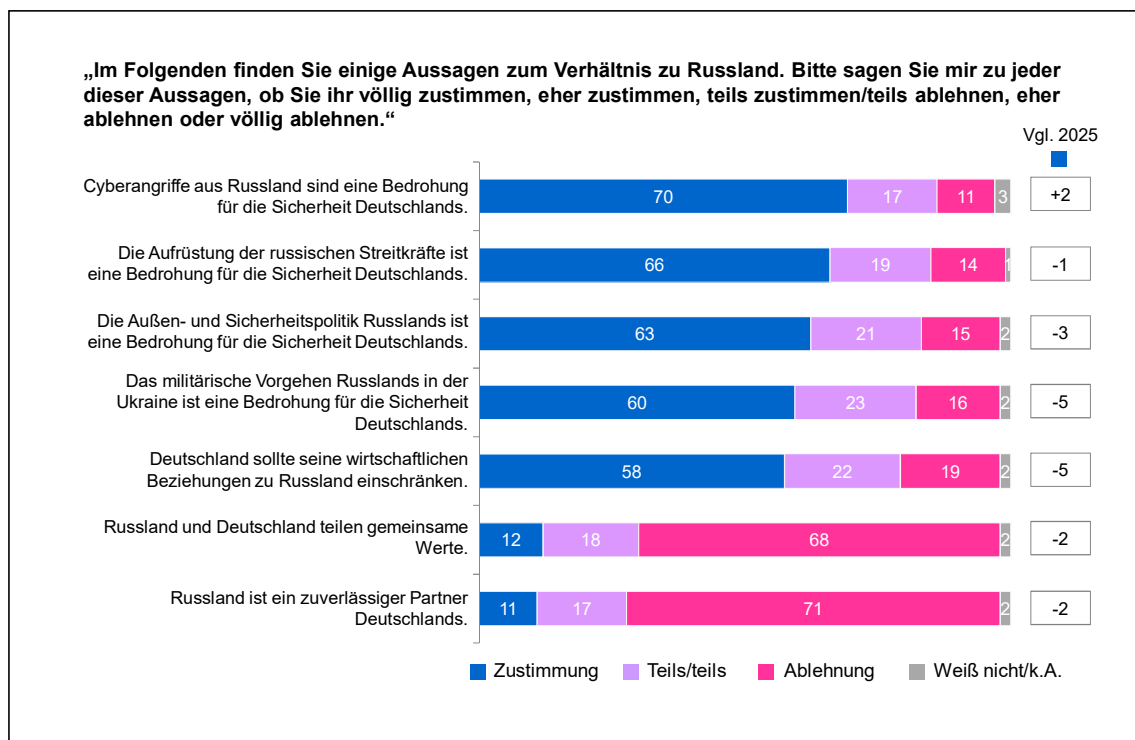
Die Wahrnehmung des *weltweiten Klimawandels* als Bedrohung der persönlichen Sicherheit ist bei Frauen, bei jüngeren Befragten (16 bis 29 Jahre), bei Befragten in West- und Norddeutschland, bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen und der Linken sowie bei Personen mit höherem Haushaltseinkommen und Bildungsniveau im Durchschnitt signifikant stärker ausgeprägt als in den jeweiligen Vergleichsgruppen.

Das Bedrohungsgefühl durch *militärische Risiken* ist in allen untersuchten Gruppen im Durchschnitt ähnlich stark ausgeprägt (Mittelwerte von 0,53 bis 0,59). Zwischen den Gruppen bestehen kaum statistisch signifikante Unterschiede und diese sind in keinem Fall substanziell. Die Ergebnisse lassen keine Rückschlüsse darauf zu, warum die einzelnen Faktoren als Bedrohung empfunden werden (z.B. „Krieg in Europa“). Es lässt sich aber festhalten, dass militärische Gefahren in allen untersuchten Gruppen gleichermaßen als relevante Bedrohung der persönlichen Sicherheit empfunden werden.

3 Russland als militärische Bedrohung

Russland erzielt in der Ukraine aktuell keine militärischen Erfolge mehr, die russischen Streitkräfte leiden unter sehr hohen Verlusten und Russlands Wirtschaft gerät zunehmend unter Druck. In der Folge ist die wahrgenommene Bedrohung durch Russland im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Dennoch werden Cyberangriffe aus Russland (70 Prozent; +2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025), die Aufrüstung der russischen Streitkräfte (66 Prozent; -1 Prozentpunkt), die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands (63 Prozent; -3 Prozentpunkte) und das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (60 Prozent; -5 Prozentpunkte) weiterhin von einer klaren Mehrheit in der deutschen Bevölkerung als direkte Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen. Eine Mehrheit spricht sich auch für eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aus (58 Prozent; -5 Prozentpunkte). Weniger Befragte als im Vorjahr sind der Auffassung, dass Russland ein zuverlässiger Partner ist (11 Prozent; -2 Prozentpunkte), mit dem Deutschland gemeinsame Werte teilt (12 Prozent; -2 Prozentpunkte).

Abbildung 3.1: Einstellungen zum Verhältnis zu Russland



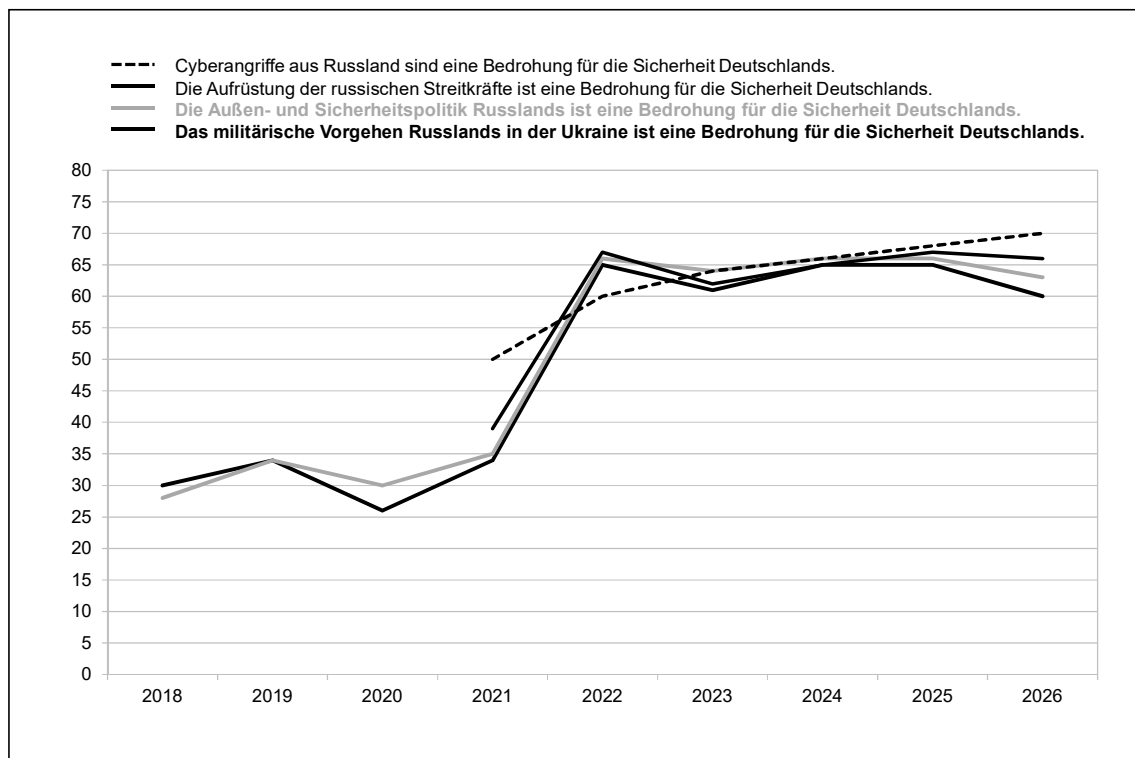
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Das Russlandbild der Bürgerinnen und Bürger hat sich seit 2022 grundlegend gewandelt. Russland wird von einer klaren Bevölkerungsmehrheit als militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen und als „Wertepartner“ abgelehnt. Das am wenigsten kritische Russlandbild haben die Wählerinnen und Wähler der AfD.

Die öffentliche Wahrnehmung Russlands als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ist im Vergleich zu den Jahren vor 2022 weiterhin sehr stark ausgeprägt (vgl. Abbildung 3.2). Allerdings fällt bei der Betrachtung im Zeitverlauf auf, dass die vormals sehr einheitliche Bedrohungswahrnehmung im Jahr 2026 divergiert, d.h. die vier einzelnen Indikatoren entwickeln sich auseinander. In der Folge nimmt die Konsistenz der öffentlichen Bedrohungswahrnehmung ab. Die interne Skalenreliabilität der vier Bedrohungsindikatoren bleibt aber insgesamt sehr hoch (Cronbachs alpha = 0,89), was den starken Zusammenhang zwischen den Bedrohungswahrnehmungen auf Seiten der Befragten belegt.

Abbildung 3.2: Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands 2018–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018–2026.

Grundsätzlich lässt sich ein starker und statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Bedrohung der nationalen Sicherheit durch Russland und der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch militärische Risiken (vgl. Tabelle 2.1) beobachten (bivariate Korrelation nach Pearson: 0,42; $p < 0,001$), d.h. die persönliche und die strategische Bedrohungswahrnehmung beeinflussen sich wechselseitig.

Je mehr Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen wird, desto eher fühlen sich die Befragten auch in ihrer persönlichen Sicherheit durch militärische Risiken bedroht.

Welche Unterschiede gibt es zwischen Gruppen in der deutschen Bevölkerung hinsichtlich ihrer Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die nationale Sicherheit? Die Bedrohungswahrnehmung wurde hierfür als Indexvariable berechnet, in die folgende Einzelfaktoren einfließen: die wahrgenommene Bedrohung durch Cyberangriffe aus Russland, durch die Aufrüstung der russischen Streitkräfte, durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine und durch die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands. Die Indexvariable hat einen Wertebereich von 0 bis 1, wobei ein Mittelwert von 0 keiner Bedrohungswahrnehmung und ein Wert von 1 einer starken Bedrohungswahrnehmung entspricht. Ein Mittelwert von 0,5 weist auf ein ambivalentes Bedrohungsgefühl hin.

Quer durch die deutsche Bevölkerung wird Russland mehrheitlich als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen. Einzige Ausnahme: Die Anhängerschaft der AfD. Zwar nehmen auch Wählerinnen und Wähler der Linken sowie Befragte in Ostdeutschland Russland weniger stark als Bedrohung für die nationale Sicherheit wahr als die übrigen Bevölkerungsteile, aber anders als bei den AfD-Anhängern sieht in diesen beiden Gruppen dennoch eine absolute Mehrheit Russland als Bedrohung für Deutschland.

Zwischen den soziodemografischen Teilgruppen und Wählergruppen besteht eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede in der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland (vgl. Tabelle 3.1). Die größten Unterschiede mit klar erkennbaren Mustern bestehen zwischen den Regionen, den Alters- und den Wählergruppen. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund sind dagegen nur sehr schwach ausgeprägt und überwiegend nicht statistisch signifikant. Befragte mit Hauptschulabschluss und solche mit mittlerem Haushaltseinkommen sehen in Russland eher eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands als die jeweiligen Vergleichsgruppen.

Die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung nimmt mit dem Alter der Befragten stark zu. Nur etwa die Hälfte der 16–29-Jährigen sieht Russland als Bedrohung für die nationale Sicherheit. Der regionale Vergleich offenbart, dass Russland in allen Regionen von einer absoluten Mehrheit als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen wird. Es gibt folglich keine „Spaltung der öffentlichen Meinung“ in dieser Frage zwischen Ost- und Westdeutschland. Dennoch fällt auf, dass einige Aspekte der Bedrohungswahrnehmung in Ostdeutschland geringer ausgeprägt sind als im Rest der Republik. Insbesondere Russlands militärisches Vorgehen in der Ukraine wird nur von knapp der Hälfte der Befragten im Osten als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden.

Die größten Unterschiede in der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland bilden sich zwischen den Wählergruppen ab. Ungeachtet dieser Unterschiede nimmt eine Mehrheit in allen Wählergruppen Russland als eine Bedrohung wahr. Einzige Ausnahme sind die Wählerinnen und Wähler der AfD. Lediglich Cyberangriffe aus Russland werden in dieser Gruppe mehrheitlich als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen. Ein Bewusstsein bzw. eine gewisse Sensibilität für hybride Angriffe auf Deutschland scheint in dieser Gruppe also zu bestehen. Russlands Außen- und Sicherheitspolitik, die Aufrüstung der russischen Streitkräfte und Russlands militärisches Vorgehen in der Ukraine werden von den AfD-Anhängern nicht mehrheitlich als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen.

Weitere Ergebnisse belegen die vergleichsweise stark ausgeprägte Affinität zu Russland der AfD-Anhänger: 26 Prozent sehen in Russland einen zuverlässigen Partner für Deutschland, 38 Prozent plädieren gegen eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, 24 Prozent sind der Auffassung, dass Russland und Deutschland gemeinsame Werte teilen. Die Russlandaffinität der AfD-Anhänger ist deutlich stärker ausgeprägt als die der Befragten mit einer Wahlpräferenz für die Linke (Partner: 15 Prozent; Wirtschaft: 26 Prozent; Werte: 19 Prozent).

Tabelle 3.1: Wahrgenommene Bedrohung durch Russland in soziodemografischen Gruppen

	Wahrnehmung Russlands als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands			
	Cyber- angriffe	Aufrüstung	Sicherheits- politik	Ukraine
Insgesamt	70	66	63	60
Geschlecht	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Männer	71	64	61	59
Frauen	68	67	65	62
Alter	***	***	***	***
16 bis 29 Jahre	63	58	51	52
30 bis 49 Jahre	69	63	60	58
50 bis 69 Jahre	73	69	68	62
70 Jahre und älter	71	73	70	70
Bildungsniveau	*	**	n.s.	**
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	70	65	65	58
Realschulabschluss	68	64	61	59
Hauptschulabschluss	74	73	66	67
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	***	**	***
4.001 Euro und mehr	63	60	58	57
2.001 bis 4.000 Euro	73	69	64	62
Bis 2.000 Euro	65	60	60	55
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	78	79	78	72
SPD	73	74	68	66
AfD	53	46	40	41
Die Linke	63	43	52	53
Bündnis 90/Die Grünen	77	74	70	69
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	69	65	62	59
Region	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	70	67	64	65
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	69	54	52	49
Süddeutschland (BW, BY)	65	65	61	59
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	74	72	70	65
Migrationshintergrund	n.s.	*	n.s.	*
Ja	76	72	65	61
Nein	69	65	63	60

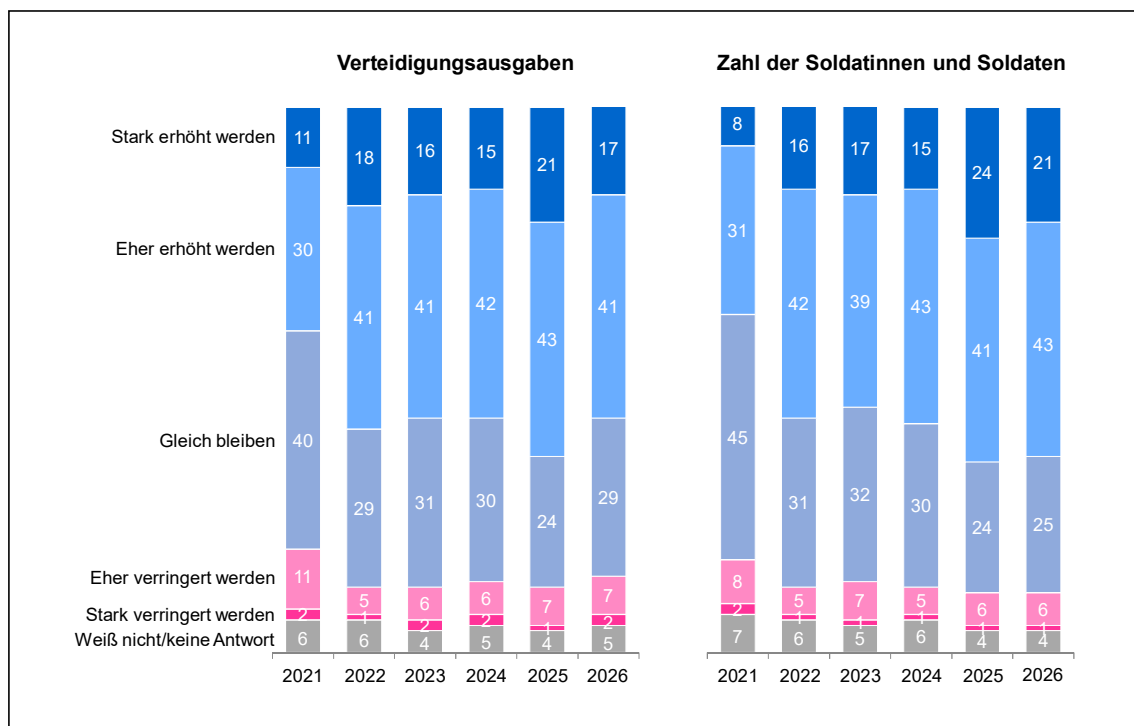
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

4 Verteidigungsausgaben und Personalumfang

Infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine stieg im Jahr 2022 die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten sprunghaft an. 2025 erhielt der ohnehin schon breite gesellschaftliche Rückhalt für die Stärkung der Bundeswehr einen weiteren Impuls: Mehr Bürgerinnen und Bürger als jemals zuvor befürworteten eine weitere Aufstockung der finanziellen (64 Prozent) und personellen (65 Prozent) Ressourcen der Bundeswehr (vgl. Abbildung 4.1). Im Vergleich zum Vorjahr fällt der Zuspruch aktuell mit 58 bzw. 64 Prozent etwas geringer, aber weiterhin sehr groß aus. Nur eine kleine Minderheit spricht sich für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben (9 Prozent) und des Personalumfangs der Bundeswehr (7 Prozent) aus, während 29 bzw. 25 Prozent für ein gleichbleibendes Niveau plädieren.

Abbildung 4.1: Einstellung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr 2021–2026



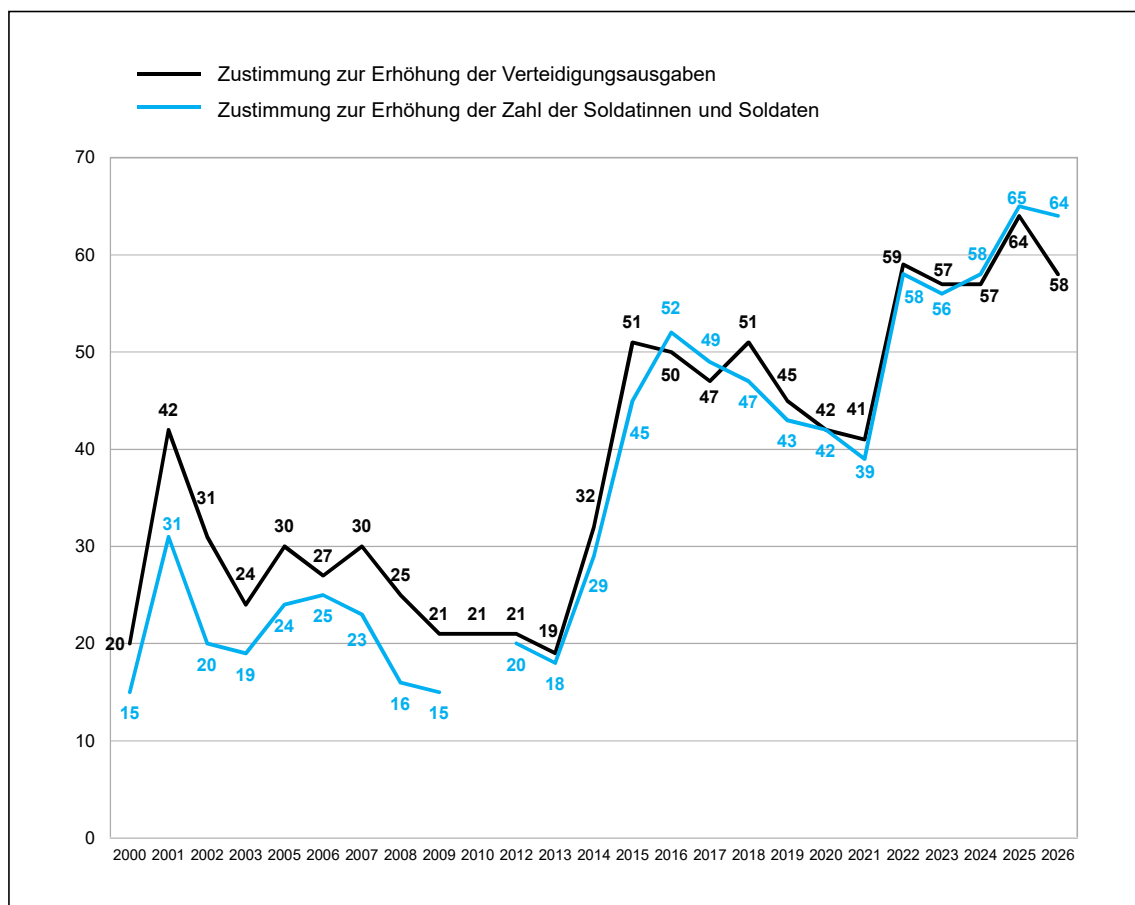
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2026.

Deutschland hat seine Ausgaben für Verteidigung seit 2022 massiv erhöht. Eine klare Mehrheit spricht sich weiterhin für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus. Genauso robust ist der öffentliche Zuspruch zum personellen Aufwuchs der Bundeswehr.

Das Meinungsbild zu den Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unterliegt im Laufe der Jahrzehnte bemerkenswerten Schwankungen (vgl. Abbildung 4.2): Ähnlich wie im Jahr 2022 stieg die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der militärischen Personalstärke auch im Jahr 2001 und in den Jahren 2014–2016 sprunghaft an, was als Reaktion der Bevölkerung auf Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage interpretiert werden kann (Anschläge vom 11. September 2001 und russische Annexion der Krim im Jahr 2014).

Abbildung 4.2: Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr 2000–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stark erhöht werden“ und „eher erhöht werden“ wurden jeweils zusammengefasst. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“ Die Frage zu den Verteidigungsausgaben wurde 2004 und 2011 nicht erhoben. Die Frage zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten wurde 2004, 2010 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2026.

Die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des Personalumfangs der Bundeswehr hängt grundsätzlich von der Bewertung der Sicherheitslage und seit 2022 insbesondere von der wahrgenommenen militärischen Bedrohung durch Russland ab.

Diesen Zusammenhang belegen weitergehende Auswertungen: Diejenigen Befragten, die Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen der Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des militärischen Personals sehr viel stärker zu als diejenigen, die Russland nicht als Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachten (vgl. Tabelle 4.1). Allerdings überwiegt selbst in der Gruppe derer, die in Russland keine Bedrohung sehen, der Wunsch nach einer weiteren finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr.

Tabelle 4.1: Einstellung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland

Wahrnehmung Russlands	Verteidigungsausgaben			Zahl der Soldatinnen und Soldaten		
	Erhöhen ¹	Gleich bleiben	Verringern ²	Erhöhen ¹	Gleich bleiben	Verringern ²
Bedrohung	63	27	6	71	23	4
Keine Bedrohung	46	35	16	48	34	13

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „stark erhöht werden“ und „eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „stark verringert werden“ und „eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Lesebeispiel: Von den Befragten, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, plädieren 63 Prozent für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Mit Ausnahme der Wählerinnen und Wähler der Linken spricht sich eine absolute Mehrheit in allen untersuchten Gruppen in der Bevölkerung für eine finanzielle und personelle Stärkung der Bundeswehr aus. Die Forderung nach einer Stärkung der Bundeswehr ist und bleibt ein gesamtgesellschaftlicher Konsens.

Die Zustimmung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr nimmt mit dem Alter der Befragten zu und ist bei Männern deutlich größer als bei Frauen. Befragte mit einem Migrationshintergrund sprechen sich eher für eine Stärkung der Bundeswehr aus als Befragte ohne Migrationshintergrund. Einen Ost-West-Unterschied in der Einstellung zur Stärkung der Bundeswehr gibt es nicht. Auffällig ist dagegen die vergleichsweise geringe Zustimmung zur finanziellen und personellen Stärkung in Süddeutschland und der starke Zuspruch in Westdeutschland. Die Wählerschaft der CDU/CSU und der SPD unterstützt höhere Verteidigungsausgaben und den personellen Aufwuchs der Bundeswehr besonders stark.

Tabelle 4.2: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben und zum militärischen Personalumfang der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ [Verteidigungsausgaben]						
„Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“ [Personalumfang]						
	Verteidigungsausgaben			Personalumfang		
	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²
Insgesamt	58	29	9	64	25	7
Geschlecht		***			***	
Männer	64	26	7	70	22	4
Frauen	52	32	11	58	28	9
Alter		***			***	
16 bis 29 Jahre	51	29	13	55	28	9
30 bis 49 Jahre	56	31	8	62	28	7
50 bis 69 Jahre	59	28	9	68	23	6
70 Jahre und älter	65	26	5	71	20	4
Bildungsniveau		*			**	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	56	30	10	65	24	6
Realschulabschluss	59	28	9	63	27	7
Hauptschulabschluss	58	30	7	67	22	6
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat		**			**	
4.001 Euro und mehr	55	31	12	63	27	7
2.001 bis 4.000 Euro	61	29	8	66	25	6
Bis 2.000 Euro	53	32	9	60	28	7
Wahlabsicht Bundestagswahl		***			***	
CDU/CSU	69	25	4	77	19	4
SPD	66	27	5	72	24	2
AfD	55	33	12	63	28	6
Die Linke	38	32	29	37	37	24
Bündnis 90/Die Grünen	55	33	8	58	31	8
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	50	29	10	57	25	8
Region		***			***	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	57	26	13	65	23	10
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	57	32	8	63	29	5
Süddeutschland (BW, BY)	50	32	11	58	26	9
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	66	26	7	69	24	6
Migrationshintergrund		***			**	
Ja	73	20	4	73	19	3
Nein	56	30	9	63	26	7

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „stark erhöht werden“ und „eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „stark verringert werden“ und „eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

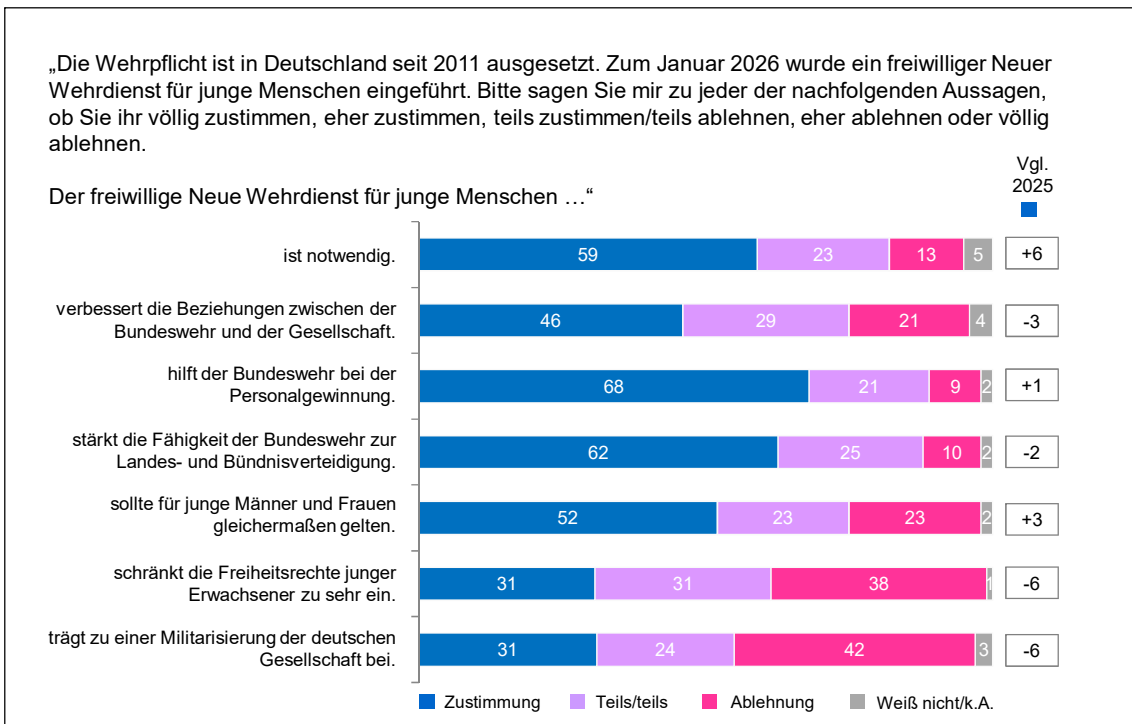
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

5 Einstellungen zum Neuen Wehrdienst

Die Wehrpflicht in Deutschland wurde 2011 ausgesetzt. Vor dem Hintergrund der veränderten Bedrohungslage durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat der Deutsche Bundestag im Dezember 2025 einen neuen Wehrdienst für junge Menschen beschlossen. Nach dem Wehrdienst-Modernisierungsgesetz gilt der Neue Wehrdienst seit Januar 2026. Er beruht auf Freiwilligkeit und stellt keine Rückkehr zur Wehrpflicht dar. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall könnte die Wehrpflicht gemäß Artikel 12a des Grundgesetzes jedoch wieder aktiviert werden.

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hält den Neuen Wehrdienst für notwendig und verbindet mit ihm eine Reihe positiver Erwartungen, z.B. eine gestärkte Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung. Im Vergleich zum Vorjahr ist die öffentliche Zustimmung zum Wehrdienst erneut gestiegen – auch unter den jungen Menschen. Mögliche Vorbehalte sind zurückgegangen. Beide Entwicklungen sind Beleg für die große gesellschaftliche Akzeptanz des Neuen Wehrdienstes.

Abbildung 5.1: Aussagen zum Neuen Wehrdienst



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Eine absolute Mehrheit (59 Prozent; +6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) der Befragten hält die Einführung des Neuen Wehrdienstes für notwendig, während eine Minderheit (13 Prozent; -10 Prozentpunkte) keine Notwendigkeit sieht und knapp ein Viertel (23 Prozent) unentschieden ist (vgl. Abbildung 5.1). Eine relative oder absolute Mehrheit ist zudem der Auffassung, dass der Neue Wehrdienst die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft verbessert (46 Prozent; -3 Prozentpunkte), der Bundeswehr bei der Personalgewinnung hilft (68 Prozent; +1 Prozentpunkt) und die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärkt (62 Prozent; -2 Prozentpunkte). Mögliche Vorbehalte gegen den Neuen Wehrdienst, wie eine übermäßige Einschränkung der Freiheitsrechte junger Menschen oder eine Militarisierung der deutschen Gesellschaft, werden im Vergleich zum Vorjahr weniger geäußert.

Eine absolute Mehrheit der Männer und eine relative Mehrheit der Frauen sprechen sich dafür aus, dass der Neue Wehrdienst für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten sollte.

Mit Einführung des Neuen Wehrdienstes erhalten 18-Jährige einen Fragebogen, der das individuelle Interesse am Wehrdienst sowie verschiedene persönliche Angaben erfasst. Für die angeschriebenen Männer ist die Beantwortung des Fragebogens verpflichtend, für die Frauen freiwillig. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52 Prozent; +3 Prozentpunkte) plädiert dafür, dass der Neue Wehrdienst für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten sollte; jeweils 23 Prozent sind in dieser Frage unentschlossen oder lehnen dies ab. Männer (56 Prozent; +4 Prozentpunkte) sprechen sich etwas stärker für einen Wehrdienst beider Geschlechter aus als Frauen (48 Prozent; +1 Prozentpunkt; vgl. Tabelle 5.1). Dieser Unterschied bildet sich auch in der Gruppe der 16–29-Jährigen ab: 55 Prozent (+6 Prozentpunkte) der jungen Männer und 42 Prozent (+2 Prozentpunkte) der jungen Frauen sprechen sich für die Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Neuen Wehrdienst aus.

Es wurde untersucht, ob sich die grundsätzlichen Einstellungen zum Neuen Wehrdienst zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung unterscheiden. In den meisten Gruppen hat eine relative oder absolute Mehrheit eine positive Einstellung zum Neuen Wehrdienst (vgl. Tabelle 5.1). Männer haben in allen Punkten eine positivere Einstellung zum Wehrdienst als Frauen. Die Akzeptanz des Neuen Wehrdienstes und die Erwartung positiver Auswirkungen nimmt mit dem Alter der Befragten zu. Für die junge Generation ist festzuhalten: Eine absolute Mehrheit der jungen Männer (50 Prozent; +5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) und eine relative Mehrheit der jungen Frauen (40 Prozent; +2 Prozentpunkte) erachtet den Neuen Wehrdienst als Notwendigkeit.

Tabelle 5.1: Zustimmung zu Aussagen über den Neuen Wehrdienst in soziodemografischen Gruppen

„Der freiwillige Neue Wehrdienst für junge Menschen ist notwendig. [Notwendig] ... verbessert die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft. [Gesellschaft] ... hilft der Bundeswehr bei der Personalgewinnung. [Personal] ... stärkt die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung. [LV/BV] ... sollte für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten. [Frauen] ... schränkt die Freiheitsrechte junger Erwachsener zu sehr ein. [Freiheit] ... trägt zu einer Militarisierung der deutschen Gesellschaft bei.“ [Militarisierung]							
	Notwendig	Gesellschaft	Personal	LV/BV	Frauen	Freiheit	Militarisierung
Insgesamt	59	46	68	62	52	31	31
Geschlecht	***	***	***	***	***	***	***
Männer	64	50	72	66	56	28	27
Männer (16–29 Jahre)	50	48	65	53	55	42	38
Frauen	54	42	65	58	48	33	34
Frauen (16–29 Jahre)	40	33	56	51	42	46	41
Alter	***	**	***	***	*	***	***
16 bis 29 Jahre	45	41	61	52	49	44	40
30 bis 49 Jahre	54	45	68	61	49	32	27
50 bis 69 Jahre	65	43	69	63	55	26	30
70 Jahre und älter	70	58	75	74	54	22	28
Bildungsniveau	*	*	*	**	*	***	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	58	43	69	63	50	34	32
Realschulabschluss	59	48	69	61	52	31	32
Hauptschulabschluss	64	48	68	65	54	23	24
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	53	44	66	59	51	32	31
2.001 bis 4.000 Euro	64	49	71	65	53	32	31
Bis 2.000 Euro	57	48	70	62	52	28	32
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***	***	***	***
CDU/CSU	73	55	78	75	51	23	25
SPD	69	56	76	69	62	24	26
AfD	56	50	70	60	51	32	34
Die Linke	39	36	40	44	43	48	55
Bündnis 90/Die Grünen	49	36	67	56	52	39	34
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	51	37	61	53	49	32	29
Region	***	***	***	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	57	48	71	62	60	34	34
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	61	51	67	62	52	34	40
Süddeutschland (BW, BY)	52	47	64	55	49	28	26
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	64	41	71	68	51	29	27
Migrationshintergrund	*	n.s.	***	***	n.s.	n.s.	n.s.
Ja	65	47	84	77	49	23	24
Nein	58	46	66	60	52	31	31

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Mögliche Vorbehalte, wie die Wahrnehmung einer übermäßigen Einschränkung der Freiheitsrechte junger Menschen oder eine Militarisierung der deutschen Gesellschaft durch den Neuen Wehrdienst, sind bei den 16–29-Jährigen deutlich stärker ausgeprägt als bei den älteren Befragten.

Die Einstellungen zum Wehrdienst unterscheiden sich sehr deutlich zwischen den Wählergruppen. Die Anhänger der CDU/CSU, der SPD und der AfD haben die positivste Einstellung zu allen Aspekten des Wehrdienstes, gefolgt von den Wählerinnen und Wählern der Grünen. Die in allen Aspekten kritischste Haltung zum Wehrdienst haben Befragte mit einer Wahlpräferenz für die Linke. Mit Ausnahme der Wählerschaft der Linken ist in allen Wählergruppen eine absolute Mehrheit der Auffassung, dass der Neue Wehrdienst notwendig ist, der Bundeswehr bei der Personalgewinnung hilft und die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärkt. Als einzige Teilgruppe in der deutschen Bevölkerung sind die Wählerinnen und Wähler der Linken (55 Prozent) zudem davon überzeugt, dass der Neue Wehrdienst zu einer Militarisierung der Gesellschaft beiträgt.

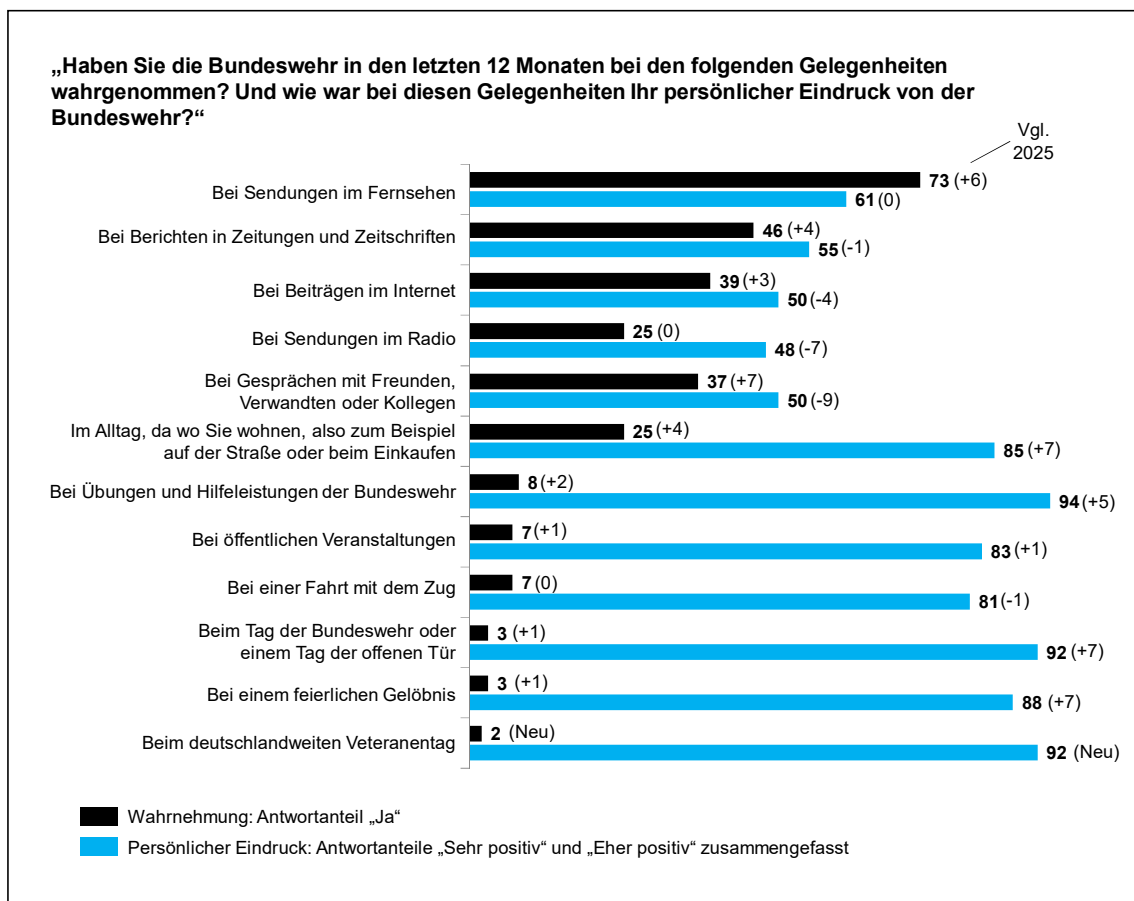
Im Vergleich der Regionen fällt die insgesamt etwas weniger positive Einstellung der Befragten in Süddeutschland auf. Ein Ost-West-Unterschied besteht in den Einstellungen zum Wehrdienst insgesamt nicht, allerdings sind mehr Befragte in Ostdeutschland der Auffassung, der Neue Wehrdienst könne zu einer Militarisierung der deutschen Gesellschaft beitragen (40 Prozent). Befragte mit Migrationshintergrund sind deutlich stärker von den positiven Auswirkungen überzeugt (Hilfe bei der Personalgewinnung und Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung) als Befragte ohne Migrationshintergrund. Zwischen den Bildungs- und Einkommensgruppen bestehen keine wesentlichen Unterschiede in den Einstellungen zum Neuen Wehrdienst.

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Neuen Wehrdienstes hängt unter anderem von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die in Russland eine militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands sieht, ist stärker davon überzeugt, dass der Neue Wehrdienst notwendig ist (65 Prozent Zustimmung), als jene Befragten, die in Russland keine Bedrohung sehen (42 Prozent Zustimmung). Folglich zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Lage und der gesellschaftlichen Akzeptanz des Neuen Wehrdienstes.

6 Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr und ihrer Aufgaben

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten wahr – persönlich wie medial. Dabei wird die Bundeswehr deutlich öfter in den Medien wahrgenommen als bei persönlichen Gelegenheiten (vgl. Abbildung 6.1). Im Vergleich zum Vorjahr hat 2026 die Häufigkeit der medialen Wahrnehmung der Bundeswehr und der persönlichen Kontakterfahrungen mit der Truppe insgesamt zugenommen. Am häufigsten nehmen die Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr wahr bei Sendungen im Fernsehen (73 Prozent; +6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) und bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften (46 Prozent; +4 Prozentpunkte).

Abbildung 6.1: Öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr



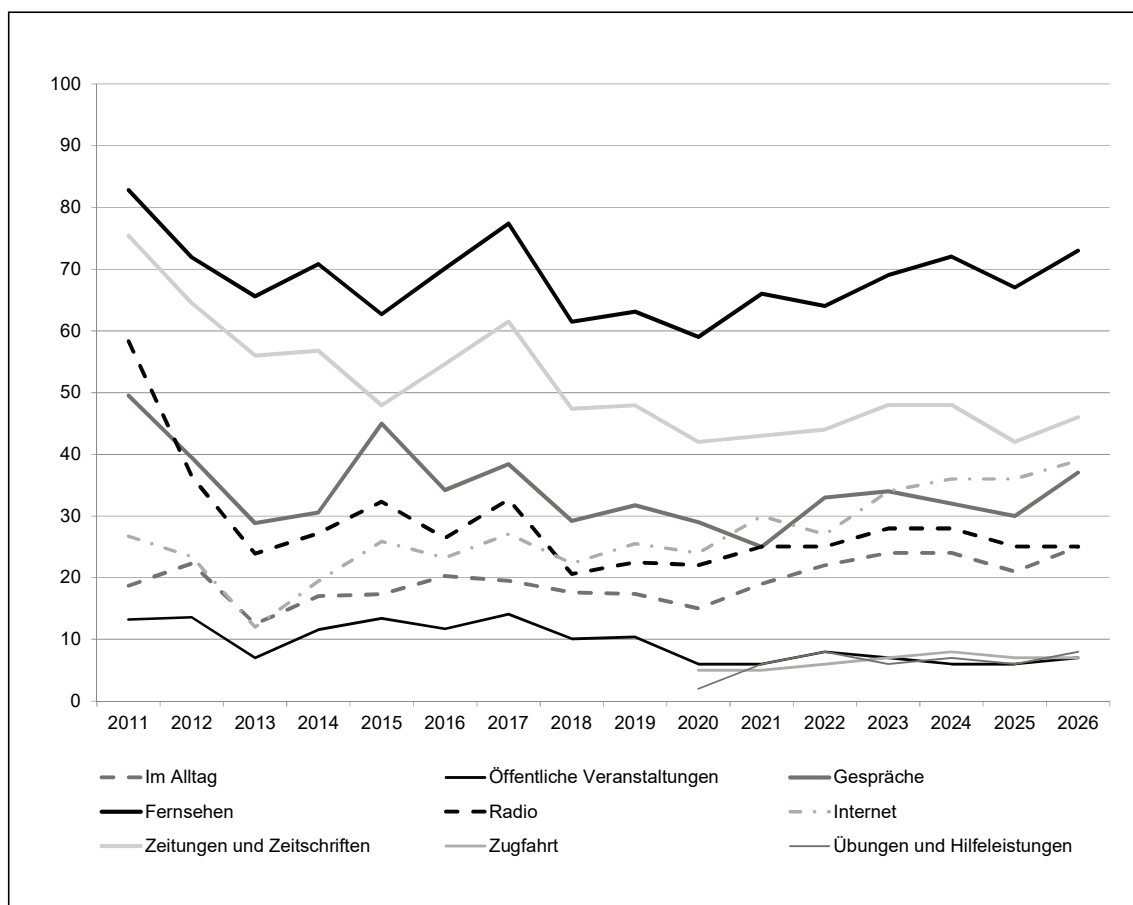
Anmerkung: Angaben in Prozent.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Die öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr fällt bei persönlichen Begegnungen sehr viel positiver aus als in medialen Berichten. Allerdings kommen die Bürgerinnen und Bürger auf dem persönlichen Weg seltener mit den Streitkräften in Kontakt. Sie werden über die Medien zwar häufiger, aber nicht ganz so positiv wahrgenommen wie bei persönlichen Begegnungen.

Während sich der subjektiv wahrgenommene Tenor der medialen Berichterstattung über die Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr etwas verschlechtert hat, haben sich die Bewertungen der verschiedenen *persönlichen* Begegnungen insgesamt leicht verbessert (vgl. Abbildung 6.1).

Abbildung 6.2: Häufigkeit der Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten im Zeitverlauf 2011–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteil „ja“.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2011–2026.

In einer längeren zeitlichen Perspektive auf die Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten ist in den Jahren 2011 bis 2020 zu erkennen, dass die relativen Häufigkeiten von fast allen massenmedialen wie persönlichen Gelegenheiten abnehmen

(vgl. Abbildung 6.2). Seit 2021 nimmt die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte wieder leicht zu – medial wie persönlich. Der persönliche Eindruck, den die Bürgerinnen und Bürger von der Bundeswehr bei diesen Gelegenheiten seit dem Jahr 2014¹ gewonnen haben, unterliegt teils deutlichen Schwankungen (vgl. Abbildung 6.3).

Seit 2022 hat sich der subjektive Eindruck der Bürgerinnen und Bürger von der Bundeswehr bei nahezu allen Gelegenheiten verbessert und ist stabiler geworden. Insbesondere die Wahrnehmung bei persönlichen Kontakten mit der Bundeswehr hat sich seit 2022 kontinuierlich verbessert.

Abbildung 6.3: Persönlicher Eindruck von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten im Zeitverlauf 2014–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Positiv: Anteile „sehr positiv“ und „eher positiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2014–2026.

¹ In den Jahren zuvor wurden diese Fragen mit anderen, nicht vergleichbaren Antwortskalen erhoben.

Die Auswertung der massenmedialen Wahrnehmung der Bundeswehr im Fernsehen, Radio, Internet und in den Printmedien nach soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen zeigt, dass alle Gruppen die Bundeswehr am häufigsten bei Berichten im Fernsehen wahrnehmen (vgl. Tabelle 6.1). Einzige Ausnahme: Junge Männer nehmen die Streitkräfte im Internet und im Fernsehen gleich häufig wahr. Männer nehmen sie öfter als Frauen bei Beiträgen in allen vier Massenmedien wahr.

Am häufigsten wird die Bundeswehr in Beiträgen im Fernsehen wahrgenommen. Insbesondere junge Menschen nehmen sie zudem verstärkt in Internetbeiträgen wahr.

Zwischen den Altersgruppen besteht eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede in der massenmedialen Wahrnehmungshäufigkeit, was auf die unterschiedliche Mediennutzung der Altersgruppen zurückzuführen sein dürfte. So nimmt mit steigendem Alter die Wahrnehmung der Bundeswehr im Internet ab und in traditionellen Massenmedien (Print, Fernsehen, Radio) zu. Umgekehrt heißt das: Je jünger die Befragten sind, desto eher nehmen sie die Bundeswehr im Internet wahr. Auch mit steigendem Bildungsniveau und Haushaltseinkommen nimmt die Wahrnehmung der Bundeswehr im Internet kontinuierlich zu. Ungeachtet dessen nehmen *alle* Alters- und Bildungsgruppen die Streitkräfte am häufigsten in Beiträgen im Fernsehen wahr.²

Der regionale Vergleich offenbart, dass Befragte in Ostdeutschland die Bundeswehr am seltensten im Fernsehen oder in Printmedien wahrnehmen, dafür aber deutlich öfter bei Beiträgen im Internet als die Befragten in den übrigen Regionen. Befragte mit Migrationshintergrund nehmen die Bundeswehr in allen Medien stärker wahr als Befragte ohne Migrationshintergrund. Mit Blick auf die Wählergruppen fällt auf, dass die Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU, SPD und der Grünen die Bundeswehr häufiger in den Printmedien wahrnehmen als die übrigen Wählergruppen, während Anhänger der AfD sie öfter als andere im Internet wahrnehmen. In allen Wählergruppen wird die Bundeswehr am häufigsten im Fernsehen wahrgenommen.

² Unklar ist, ob es sich bei diesen Nennungen ggf. auch um klassische Fernsehformate im Internet handelt (z.B. Tagesschau auf Youtube).

Tabelle 6.1: Massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie die Bundeswehr in den letzten 12 Monaten bei den folgenden Gelegenheiten wahrgenommen?“				
	Fernsehen	Printmedien	Internet	Radio
Insgesamt	73	46	39	25
Geschlecht	**	***	***	***
Männer	77	50	46	29
Männer (16–29 Jahre)	61	17	62	10
Frauen	70	41	31	22
Frauen (16–29 Jahre)	53	21	49	11
Alter	***	***	***	***
16 bis 29 Jahre	57	19	56	10
30 bis 49 Jahre	74	42	52	26
50 bis 69 Jahre	77	55	29	29
70 Jahre und älter	83	63	14	34
Bildungsniveau	n.s.	*	***	*
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	72	48	52	26
Realschulabschluss	74	44	38	24
Hauptschulabschluss	78	53	17	33
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	***	n.s.
4.001 Euro und mehr	73	44	50	25
2.001 bis 4.000 Euro	74	46	37	26
Bis 2.000 Euro	67	44	27	25
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	**
CDU/CSU	81	59	33	32
SPD	74	56	24	28
AfD	73	34	49	27
Die Linke	65	37	45	17
Bündnis 90/Die Grünen	75	44	45	21
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	69	38	40	21
Region	***	n.s.	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	79	50	36	20
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	66	41	49	30
Süddeutschland (BW, BY)	73	48	36	30
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	75	45	36	22
Migrationshintergrund	**	n.s.	n.s.	*
Ja	82	48	42	28
Nein	72	45	38	25

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteil „ja“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

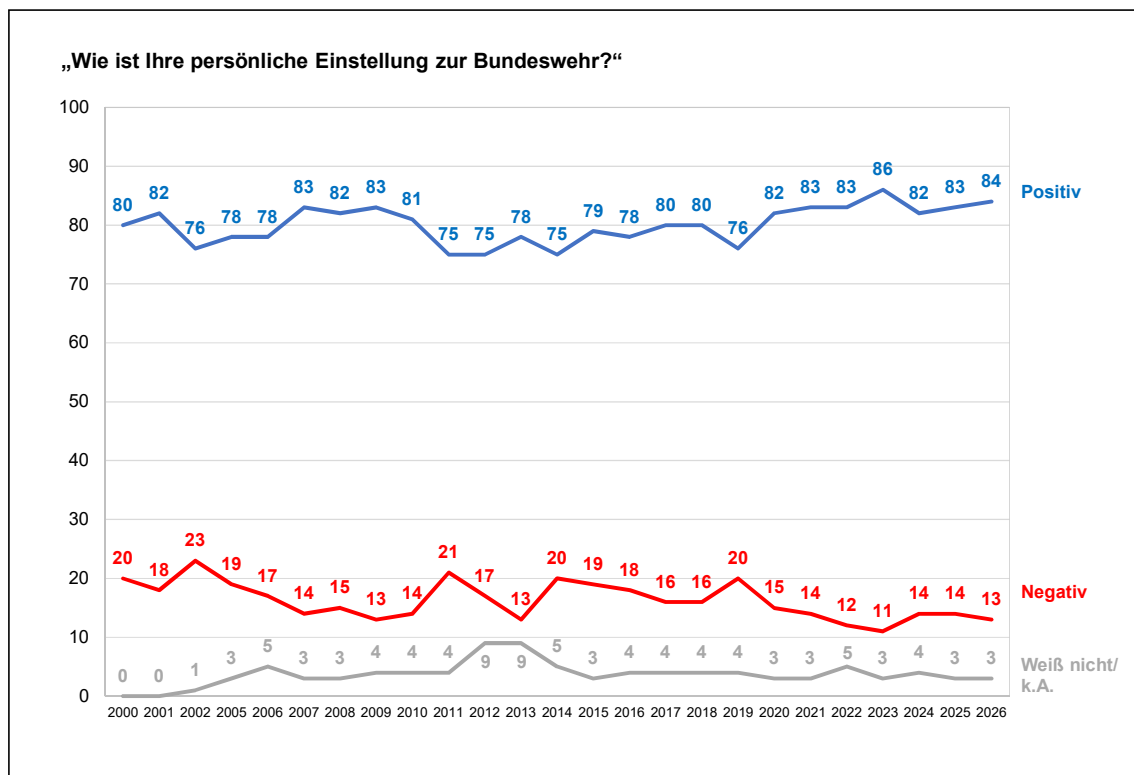
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Einstellung und Vertrauen zur Bundeswehr

Die seit Jahrzehnten positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erreichte im Jahr 2023 mit 86 Prozent einen historischen Höchstwert (vgl. Abbildung 6.4). Der aktuelle Wert liegt mit 84 Prozent auf einem ähnlich hohen Niveau. Die Gruppe der dezidierten Bundeswehr-Kritiker (2026: 13 Prozent) in der Bevölkerung ist seit Jahrzehnten in der Minderheit. Im Zeitverlauf über die letzten 26 Jahre wird zudem sehr deutlich, wie stabil die positive Grundeinstellung der deutschen Bevölkerung zur Bundeswehr ist.

Unabhängig von der sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage geben seit einem Vierteljahrhundert mindestens drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger an, eine positive Einstellung zur Bundeswehr zu haben. Die Bundeswehr-Kritiker sind seit jeher eine Minderheit. Dass die Bevölkerung eine kritische Haltung zur Bundeswehr habe, ist eine verbreitete Behauptung, der jegliche empirische Evidenz fehlt.

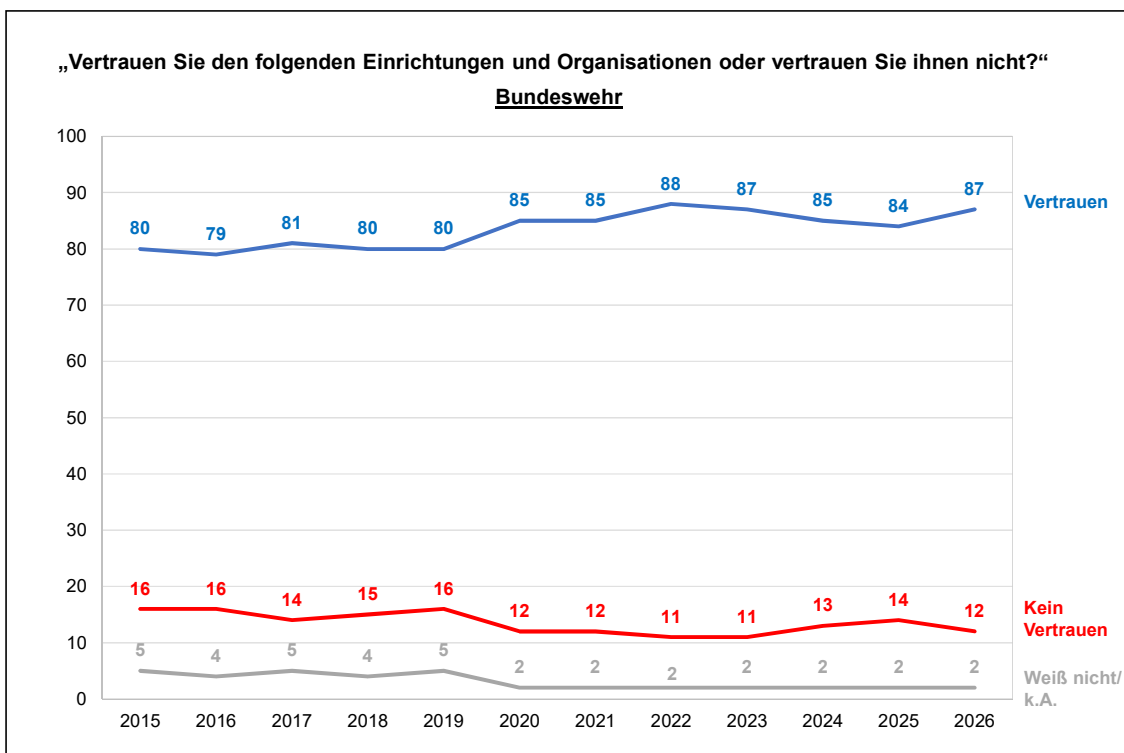
Abbildung 6.4: Einstellung zur Bundeswehr 2000–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „sehr positiv“, „positiv“ und „eher positiv“ sowie „sehr negativ“, „negativ“ und „eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst. In den Jahren 2000–2005, 2011 und 2014 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode). 2003 und 2004 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2026.

Abbildung 6.5: Vertrauen in die Bundeswehr 2015–2026



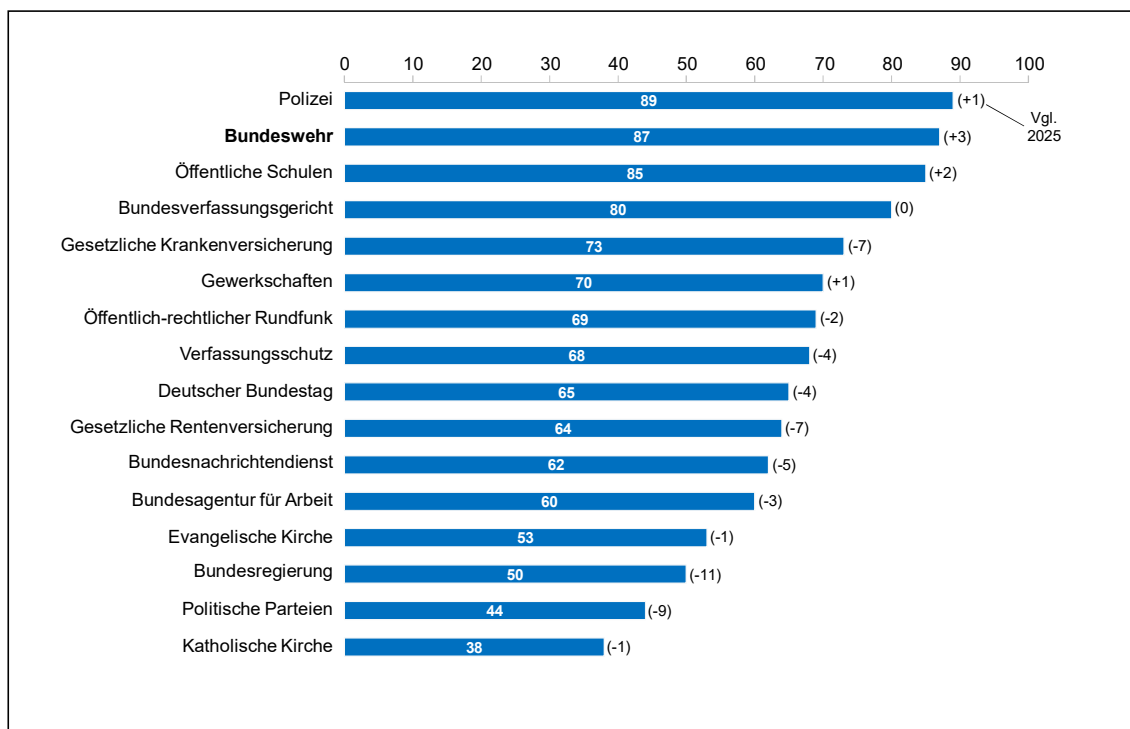
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „vertraue voll und ganz“, „vertraue überwiegend“ und „vertraue eher“ sowie „vertraue eher nicht“, „vertraue überwiegend nicht“ und „vertraue überhaupt nicht“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2026.

Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürgern gehört die Bundeswehr zu den vertrauensvollsten Institutionen in Deutschland.

Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (87 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) vertraut der Bundeswehr (vgl. Abbildung 6.5). Nur eine Minderheit von 12 Prozent vertraut der Bundeswehr nicht. Der Vergleich mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen zeigt, wie groß das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Streitkräfte ist (vgl. Abbildung 6.6): Das fünfte Jahr in Folge kommt die Bundeswehr (87 Prozent) hinter der Polizei (89 Prozent) auf den zweiten Platz. Die Bundeswehr gehört zu den wenigen Institutionen, die im Vergleich zum Vorjahr an Vertrauen gewonnen haben, während die meisten Institutionen an Vertrauen verloren haben. Am stärksten gesunken ist das Vertrauen in die Bundesregierung (50 Prozent; -11 Prozentpunkte), die politischen Parteien (44 Prozent; -9 Prozentpunkte) sowie die gesetzliche Renten- (64 Prozent; -7 Prozentpunkte) und Krankenversicherung (73 Prozent; -7 Prozentpunkte).

Abbildung 6.6: Institutionenvertrauen im Vergleich



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Vertraue voll und ganz“, „Vertraue überwiegend“ und „Vertraue eher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Weitere Befragungsdaten offenbaren, dass 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten ein hohes oder eher hohes Maß an Anerkennung, 29 Prozent ein mittleres Maß an Anerkennung und 9 Prozent keine oder nur ein geringes Maß an Anerkennung entgegenbringen. Eine große Mehrheit von 78 Prozent ist außerdem davon überzeugt, dass die Bundeswehr für Deutschland wichtig ist, 17 Prozent haben hierzu eine ambivalente Haltung und 5 Prozent der Befragten halten die Bundeswehr für unwichtig.

Um die grundlegende Haltung zur Bundeswehr zu analysieren, lassen sich verschiedene Befragungsdaten zusammenfassen: Die persönliche Einstellung zur Bundeswehr, das Institutionenvertrauen in die Bundeswehr, die den Soldatinnen und Soldaten entgegengebrachte Anerkennung und die wahrgenommene Wichtigkeit der Bundeswehr sind vier erfasste Indikatoren, die sehr stark miteinander korrelieren und faktoranalytisch eine einzige Einstellungsdimension bilden. Dementsprechend wurden diese Einstellungsindikatoren in einer Indexvariable zusammengefasst, die einen Wertebereich von 0 (negative Haltung) bis 1 (positive Haltung) aufweist; d.h. ein niedriger Mittelwert (minimal 0) steht für eine kritische Grundhaltung zur Bundeswehr, ein hoher Mittelwert (maximal 1) für eine positive Haltung und ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Einstellung.

Tabelle 6.2: Grundhaltung zur Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

	Grundhaltung zur Bundeswehr
Insgesamt	0,72
Geschlecht ***	
Männer	0,73
Frauen	0,70
Alter ***	
16 bis 29 Jahre	0,67
30 bis 49 Jahre	0,71
50 bis 69 Jahre	0,73
70 Jahre und älter	0,77
Bildungsniveau ***	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,70
Realschulabschluss	0,72
Hauptschulabschluss	0,75
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *	
4.001 Euro und mehr	0,70
2.001 bis 4.000 Euro	0,72
Bis 2.000 Euro	0,71
Wahlabsicht Bundestagswahl ***	
CDU/CSU	0,77
SPD	0,77
AfD	0,69
Die Linke	0,60
Bündnis 90/Die Grünen	0,68
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,70
Region ***	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,71
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,72
Süddeutschland (BW, BY)	0,69
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,74
Migrationshintergrund ***	
Ja	0,80
Nein	0,71

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte; Wertebereich [0 – negative Haltung; 1 – positive Haltung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,87). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist ($n < 50$).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

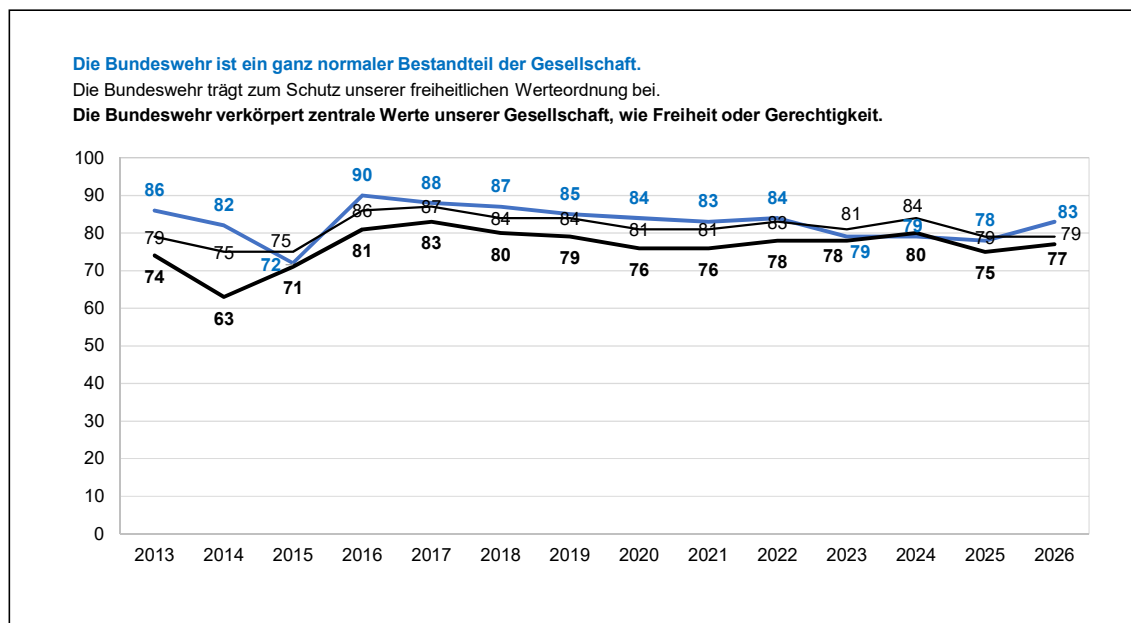
In allen untersuchten soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen besteht eine im Durchschnitt positive Haltung zur Bundeswehr (vgl. Tabelle 6.2). Dennoch bestehen zwischen den verschiedenen Gruppen statistisch signifikante Unterschiede: Männer, Befragte mit Migrationshintergrund, die Wählerschaft der CDU/CSU und der SPD haben eine im Durchschnitt positivere Haltung zur Bundeswehr als die entsprechenden Vergleichs-

gruppen. Die Wählerinnen und Wähler der Linken haben die im Durchschnitt am wenigsten positive Haltung zur Bundeswehr. Eine positive Haltung zu den Streitkräften nimmt mit dem Alter der Befragten zu, während sie mit steigendem Bildungsniveau geringfügig abnimmt. Das Haushaltseinkommen spielt kaum eine Rolle für die Haltung zur Bundeswehr.

Die positive Grundhaltung zur Bundeswehr in allen Bevölkerungsgruppen ist ein Beleg dafür, dass die Streitkräfte ein etablierter und anerkannter Bestandteil von Staat und Gesellschaft sind.

Eine klare Mehrheit der Bevölkerung bewertet das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft positiv (vgl. Abbildung 6.7): Für 83 Prozent (+5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) ist die Bundeswehr ein ganz normaler Bestandteil der Gesellschaft; 79 Prozent (keine Veränderung) sind der Auffassung, dass die Bundeswehr zum Schutz unserer freiheitlichen Werteordnung beiträgt; 77 Prozent (+2 Prozentpunkte) sind überzeugt, dass die Bundeswehr zentrale Werte unserer Gesellschaft verkörpert. Während in den Jahren 2014 bis 2016 die Zustimmungswerte hierzu deutlich schwankten (um fast 20 Prozentpunkte), zeigt sich das positive Meinungsbild zum Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft seit 2016 gefestigt.

Abbildung 6.7: Zustimmung zu Aussagen über das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft 2013–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst.

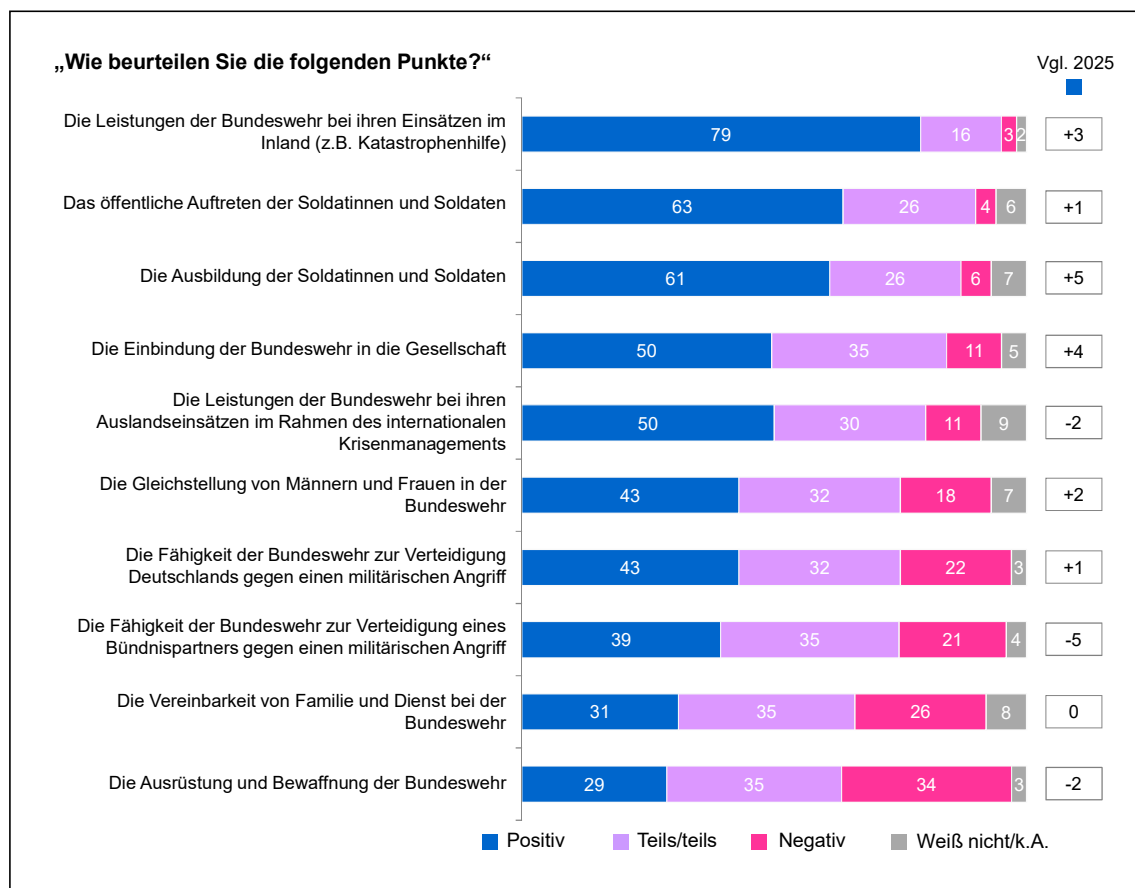
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2013–2026.

Beurteilung einzelner Aspekte der Bundeswehr

Viele Aspekte der Bundeswehr beurteilen die Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich positiv (vgl. Abbildung 6.8): die Leistungen bei Einsätzen im Inland (79 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025); das öffentliche Auftreten (63 Prozent; +1 Prozentpunkt) und die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten (61 Prozent; +5 Prozentpunkte), die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft (50 Prozent; +4 Prozentpunkte) sowie die Leistungen der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (50 Prozent; -2 Prozentpunkte).

Überwiegend positiv bewertet wird die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr (43 Prozent; +2 Prozentpunkte), die Fähigkeit der Bundeswehr zur Verteidigung Deutschlands gegen einen militärischen Angriff (43 Prozent; +1 Prozentpunkt) sowie die Fähigkeit der Bundeswehr zur Verteidigung eines angegriffenen Bündnispartners (39 Prozent positiv; -5 Prozentpunkte).

Abbildung 6.8: Beurteilung verschiedener Aspekte der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „sehr positiv“ und „eher positiv“ sowie „sehr negativ“ und „eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst bei der Bundeswehr (31 Prozent positiv; keine Veränderung) sowie die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr (29 Prozent positiv; -2 Prozentpunkte) werden von den Bürgerinnen und Bürgern eher kritisch beurteilt.

Insbesondere junge Frauen (16–29 Jahre) sehen die Vereinbarkeit von Familie und Dienst in den Streitkräften eher kritisch: 25 Prozent beurteilen sie positiv, 34 Prozent sind unentschieden und 34 Prozent äußern sich negativ. Ein ähnliches Meinungsbild gilt für die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr: 32 Prozent positiv, 37 Prozent unentschieden, 24 Prozent negativ. Junge Frauen beurteilen diese Fragen zudem kritischer als junge Männer (*Vereinbarkeit*: 29 Prozent positiv; 34 Prozent unentschieden; 26 Prozent negativ; *Gleichstellung*: 46 Prozent positiv; 26 Prozent unentschieden; 17 Prozent negativ).

Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr

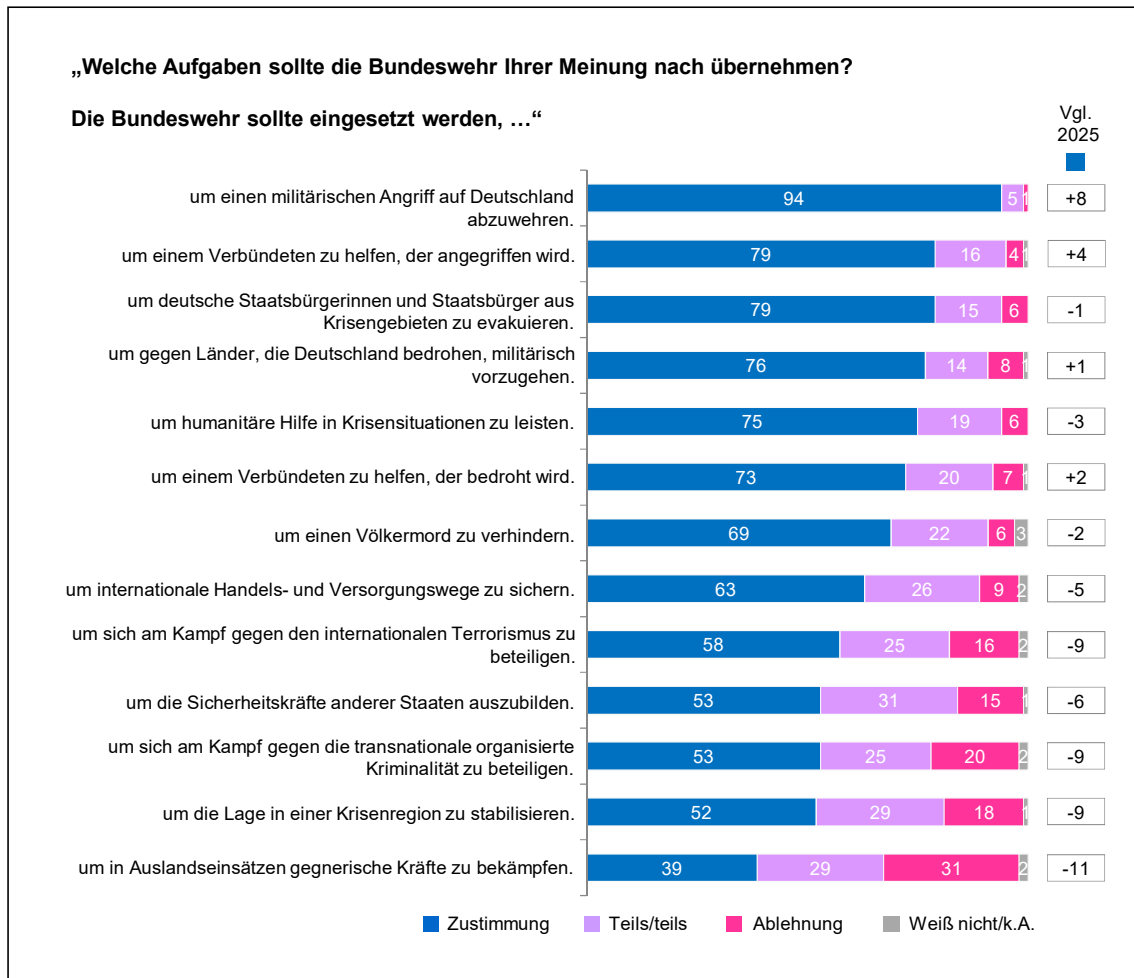
Die Bundeswehr hat ein breites Aufgabenspektrum, das im Weißbuch der Bundesregierung definiert wird. Mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Jahr 2021 und dem Ende des Einsatzes in Mali Ende 2023 endete vorerst die Ära der großen Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. Als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine kehrt die Bundeswehr seit 2022 zur Landes- und Bündnisverteidigung als ihrem Hauptauftrag zurück. Die Bürgerinnen und Bürger wurden in Anlehnung an das Weißbuch gefragt, welche Aufgaben die Bundeswehr aus ihrer Sicht übernehmen sollte (vgl. Abbildung 6.9).

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet den Einsatz der Bundeswehr im kompletten Aufgabenspektrum, dabei erfährt die Landes- und Bündnisverteidigung in der Bevölkerung mehr Unterstützung als die Aufgaben des internationalen Krisenmanagements (IKM). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Zuspruch zum Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung gestiegen, während die Akzeptanz von IKM-Aufgaben deutlich gesunken ist. Die Bürgerinnen und Bürger sehen in der Bundeswehr vorrangig Streitkräfte zur Verteidigung.

Den größten Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger erfahren im Jahr 2026 die Abwehr eines militärischen Angriffs auf Deutschland (94 Prozent; +8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) und der militärische Beistand für Verbündete, die angegriffen werden (79 Prozent; +4 Prozentpunkte). Auch das militärische Vorgehen gegen Länder, die Deutschland bedrohen (76 Prozent; +1 Prozentpunkt), sowie der militärische Beistand für verbündete Länder, die bedroht werden (73 Prozent; +2 Prozentpunkte), befürwortet eine klare Mehrheit als Aufgaben der Bundeswehr. Diese vier Aufgaben bilden im Wesentlichen den Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung ab. Im Vergleich zum Vorjahr ist der

öffentliche Zuspruch zu diesem Auftrag gestiegen und wird von mindestens drei Vierteln der Bevölkerung befürwortet. Dieser grundsätzlichen Präferenz entsprechend werden auch die konkreten Missionen der Bundeswehr im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung deutlich positiver bewertet als die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (vgl. auch Abschnitt 9, Abbildung 9.1).

Abbildung 6.9: Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Im Vergleich zur gestiegenen öffentlichen Zustimmung zum Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung ist der Zuspruch zum internationalen Krisenmanagement gesunken. Dennoch erfährt eine Vielzahl dieser Aufgaben ebenfalls eine mehrheitliche Zustimmung, z.B. die Evakuierung deutscher Staatsbürger aus Krisengebieten (79 Prozent; -1 Prozentpunkt), die Leistung humanitärer Hilfe in Krisensituationen (75 Prozent; -3 Prozentpunkte) oder die Verhinderung eines Völkermords (69 Prozent; -2 Prozentpunkte).

Weitere Aufgaben im Bereich des internationalen Krisenmanagements erfahren die vergleichsweise geringste öffentliche Unterstützung, die zudem im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken ist, z.B. die Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen den internationalen Terrorismus (58 Prozent; -9 Prozentpunkte) sowie gegen die organisierte Kriminalität (53 Prozent; -9 Prozentpunkte), Einsätze zur Ausbildung ausländischer Streitkräfte (53 Prozent; -6 Prozentpunkte) und zur Stabilisierung einer Krisenregion im Ausland (52 Prozent; -9 Prozentpunkte) sowie die Bekämpfung gegnerischer Kräfte in Auslandseinsätzen (39 Prozent; -11 Prozentpunkte).

Einstellungen zu Aufgaben der Bundeswehr im Inland

Neben den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten im Bereich der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik kann die Bundeswehr auch innerhalb Deutschlands zum Einsatz kommen (vgl. Tabelle 6.3). Oftmals wird die Bundeswehr um Amtshilfe ersucht, um zivile Behörden und Einsatzkräfte bei der Bewältigung außerordentlicher Not- und Katastrophenlagen zu unterstützen. In der diesjährigen Bevölkerungsbefragung wurden nur mögliche Einsatzzwecke der Bundeswehr im Innern abgefragt, die einen Bezug zu aktuellen sicherheitspolitischen Risiken haben.

Tabelle 6.3: Verfassungsrechtliche und gesetzliche Regeln zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Grundlage	Zweck	Aufgabenbereiche der Bundeswehr
Art. 87a (1) GG	Landesverteidigung	Abwehr eines bewaffneten Angriffs auf das Bundes- oder Bündnisgebiet
Art. 87a (3) GG	Landesverteidigung im Spannungs- oder Verteidigungsfall	Schutz ziviler Objekte, Wahrnehmung von Aufgaben der Verkehrsregelung, Unterstützung polizeilicher Maßnahmen
Art. 87a (4) GG	Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung	Unterstützung von Polizei und Bundesgrenzschutz beim Schutz von zivilen Objekten und zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer
Art. 35 (2) GG	Hilfe im Fall von Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen (in einem Bundesland)	Aufrechterhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Unterstützung der Polizei
Art. 35 (3) GG	Hilfe im Fall von Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen (in mehr als einem Bundesland)	Aufrechterhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Unterstützung der Polizei
§14 (1) LuftSiG	Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs, Flugzeugentführungen, Sabotageakten und terroristischen Anschlägen	Einsatz von Kampfflugzeugen, um entführte Flugzeuge mit Warnschüssen zur Landung zu zwingen oder abzudrängen

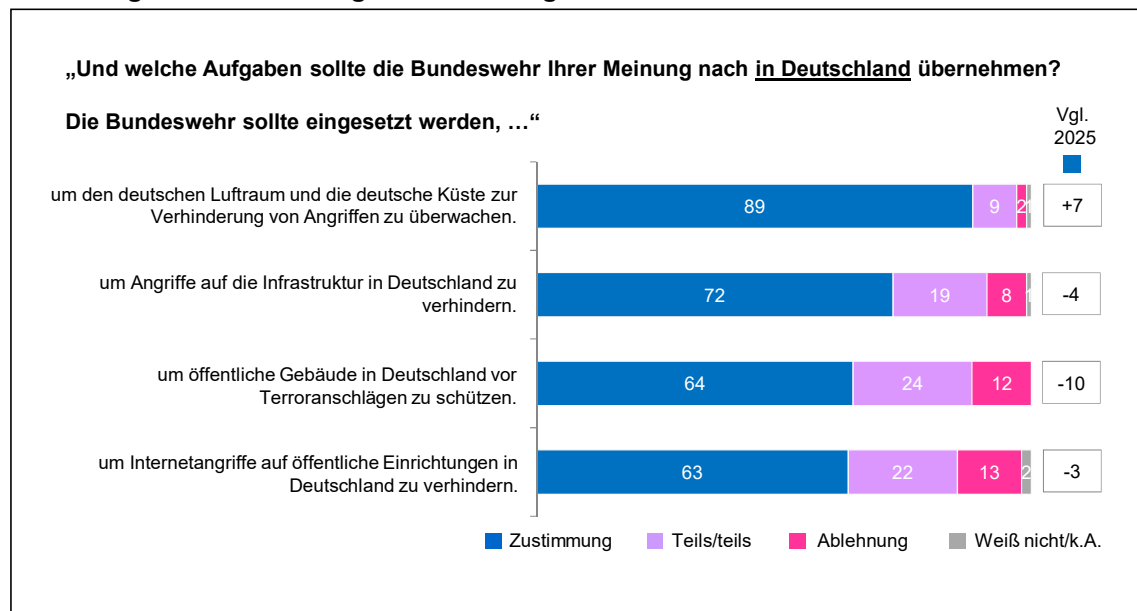
Anmerkung: Eigene Darstellung in Anlehnung an Knelangen, Wilhelm (2006): Innere Sicherheit als neue Aufgabe für die Bundeswehr? In: Krause, Joachim/Irlenkäuser, Jan C. (Hg.): Bundeswehr – Die nächsten 50 Jahre: Anforderungen an deutsche Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Opladen: Barbara Budrich, 253–273.

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet den Einsatz der Bundeswehr zur Wahrnehmung von Schutzaufgaben im Inland und bewertet die Leistungen der Bundeswehr bei Einsätzen im Inland positiv.

Eine große Mehrheit von 89 Prozent (+7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) der Bürgerinnen und Bürger befürwortet den Einsatz der Bundeswehr zur Überwachung des deutschen Luftraums und der deutschen Küsten, um Angriffe verhindern zu können (vgl. Abbildung 6.10). Diese Aufgabe findet im Innern statt, gehört aber zum Hauptauftrag der Landesverteidigung.

Fast drei Viertel der Befragten befürworten den Einsatz der Bundeswehr, um Angriffe auf die Infrastruktur in Deutschland zu verhindern (72 Prozent; -4 Prozentpunkte). Eine Mehrheit unterstützt zudem den Einsatz der Bundeswehr, um öffentliche Gebäude vor Terroranschlägen zu schützen (64 Prozent; -10 Prozentpunkte) und zur Abwehr von Cyberangriffen auf öffentliche Einrichtungen in Deutschland (63 Prozent; -3 Prozentpunkte). Nur eine Minderheit lehnt den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen dieser Schutzaufgaben explizit ab (2 bis 13 Prozent). Wie die vorstehende Auswertung zudem gezeigt hat, beurteilen die Bürgerinnen und Bürger die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Inland überaus positiv (79 Prozent; vgl. Abbildung 6.8).

Abbildung 6.10: Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

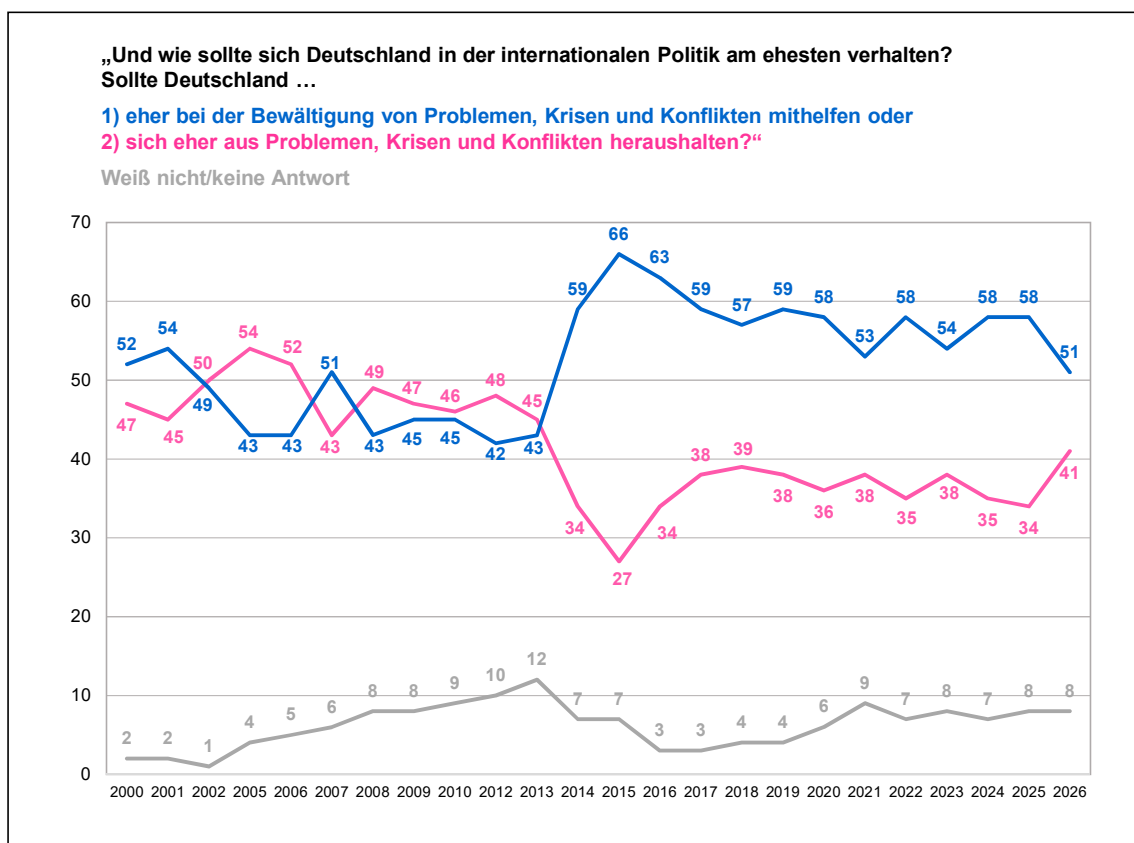
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

7 Außenpolitische Grundhaltungen

Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Seit 2014 plädiert eine absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine aktive deutsche Außenpolitik. Im Vergleich zum Vorjahr ist der öffentliche Zuspruch zu einer aktiven Rolle Deutschlands deutlich gesunken – auf das niedrigste Niveau seit 10 Jahren. Aktuell sprechen sich 51 Prozent (-7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) dafür aus, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte, während 41 Prozent (+7 Prozentpunkte) eine gegenteilige Meinung haben (vgl. Abbildung 7.1).

Abbildung 7.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands 2000–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Bis 2013 lautete die Formulierung der Antwortoptionen wie folgt: „1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“. 2014 wurde die Formulierung der Antwortoptionen geändert: „1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) eher eine passive Politik verfolgen und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“. 2015 wurden beide Varianten der Frageformulierungen abgefragt. Ein Vergleich dieser Daten zeigte, dass sich die Antwortverteilung zwischen alter und neuer Formulierung nicht signifikant unterscheidet. Die Frage wurde 2003, 2004 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2002, 2005–2010, 2012–2026.

Tabelle 7.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands in soziodemografischen Gruppen

„Und wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland ...“			
1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen [Aktiv] oder			
2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten heraushalten [Passiv] ?“			
	Aktiv	Passiv	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	51	41	8
Geschlecht ***			
Männer	53	42	5
Frauen	50	40	10
Alter **			
16 bis 29 Jahre	52	38	11
30 bis 49 Jahre	57	37	6
50 bis 69 Jahre	47	46	7
70 Jahre und älter	49	41	10
Bildungsniveau ***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	59	35	6
Realschulabschluss	49	44	8
Hauptschulabschluss	48	44	8
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	53	41	6
2.001 bis 4.000 Euro	53	40	7
Bis 2.000 Euro	44	50	6
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	63	33	3
SPD	61	36	3
AfD	37	59	3
Die Linke	56	39	5
Bündnis 90/Die Grünen	61	36	4
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	42	41	17
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	62	30	8
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	45	53	3
Süddeutschland (BW, BY)	42	47	11
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	58	35	8
Migrationshintergrund n.s.			
Ja	52	38	10
Nein	51	41	8

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2026.

In der Einstellung zu Deutschlands außenpolitischem Engagement bestehen zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung einige statistisch signifikante Unterschiede (vgl. Tabelle 7.1). Zwischen Männern und Frauen besteht zwar ein statistisch signifikanter Unterschied, dennoch sprechen sich unabhängig vom Geschlecht eine Mehrheit für eine aktive deutsche Außenpolitik aus. Am vergleichsweise geringsten ist die Zustimmung zu einem aktiven außenpolitischen Engagement bei Befragten ab 50 Jahren, mit einem Realschul- oder Hauptschulabschluss, mit einem Haushalteinkommen bis 2.000 Euro, einer Wahlpräferenz für die AfD sowie bei Befragten in Ost- und Süddeutschland.

Als einzige Gruppen in der deutschen Bevölkerung sprechen sich die Wählerinnen und Wähler der AfD, Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen bis 2.000 Euro und Befragte in Ostdeutschland mehrheitlich gegen eine aktive deutsche Außenpolitik aus.

Am stärksten spricht sich die Wählerschaft der CDU/CSU, der SPD und der Grünen, Befragte in Norddeutschland sowie Befragte mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife für eine aktive deutsche Außenpolitik aus. Zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund besteht kein statistisch signifikanter Unterschied in dieser Frage.

Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet den Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Zuspruch zu fast allen Mitteln gesunken (vgl. Abbildung 7.2). Dieser Befund deckt sich mit dem deutlichen Rückgang der öffentlichen Zustimmung zu einer aktiven deutschen Außenpolitik (vgl. Abbildung 7.1).

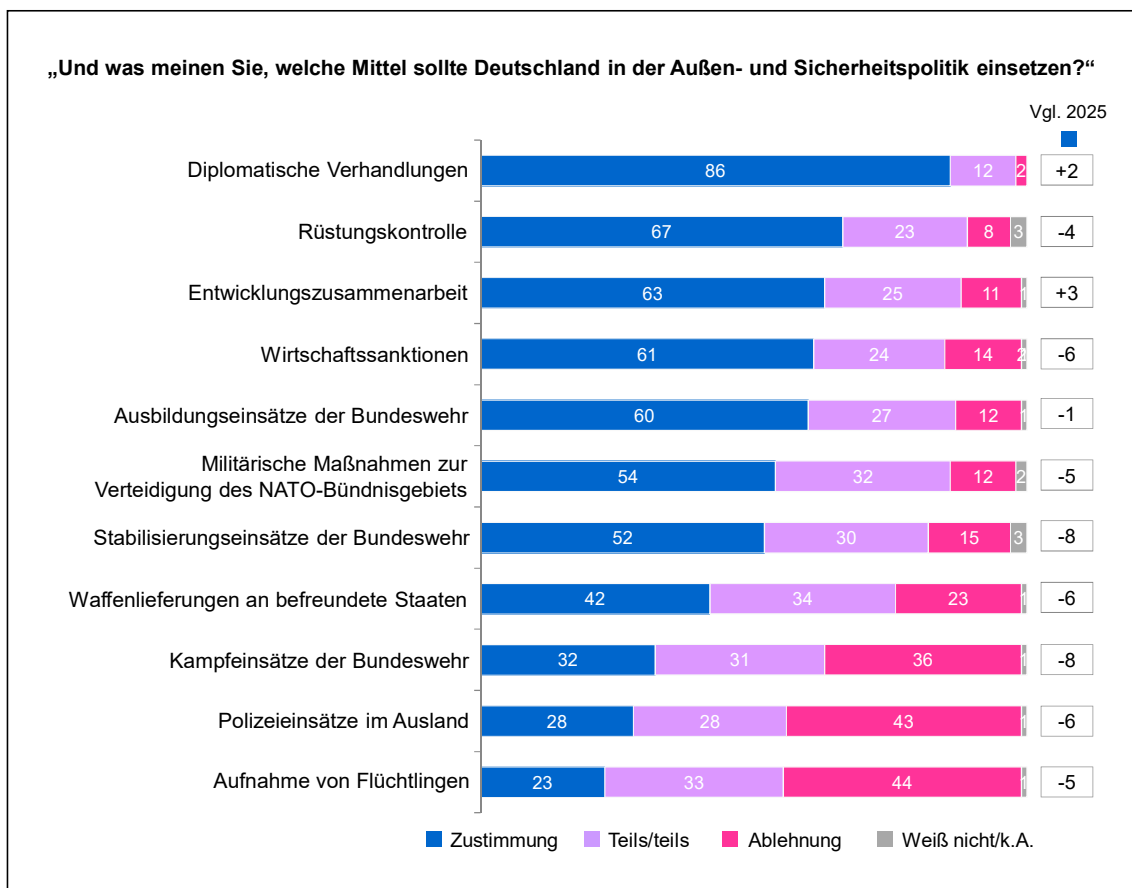
Wie in den Vorjahren erhalten diplomatische Verhandlungen (86 Prozent; +2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025), Rüstungskontrolle (67 Prozent; -4 Prozentpunkte), Entwicklungszusammenarbeit (63 Prozent; +3 Prozentpunkte) und Wirtschaftssanktionen (61 Prozent; -6 Prozentpunkte) die höchsten Zustimmungswerte. Ebenfalls unterstützt eine absolute Mehrheit eine Reihe militärischer Mittel: Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (60 Prozent; -1 Prozentpunkt), militärische Maßnahmen zur Verteidigung des NATO-Bündnisgebiets (54 Prozent; -5 Prozentpunkte) und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (52 Prozent; -8 Prozentpunkte).

Der deutliche Rückgang des Zuspruchs zu Stabilisierungseinsätzen der Bundeswehr deckt sich mit den Befunden, dass im Vergleich zum Vorjahr auch der öffentliche Zuspruch zu den Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (vgl.

Abbildung 6.9) und zu den konkreten Auslandseinsätzen im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (vgl. Abbildung 9.1) deutlich gesunken ist.

Eine relative Mehrheit akzeptiert auch Waffenlieferungen an befreundete Staaten (42 Prozent) als Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, der öffentliche Zuspruch zu diesem Mittel ist im Vergleich zum Vorjahr jedoch ebenfalls gesunken (-6 Prozentpunkte). Uneins ist sich die Bevölkerung in der Frage möglicher Kampfeinsätze der Bundeswehr: 36 Prozent lehnen diese ab, 31 Prozent sind unentschieden und 32 Prozent sprechen sich für sie aus. Überwiegend abgelehnt werden Polizeieinsätze im Ausland (28 Prozent Zustimmung; 28 Prozent teils/teils; 43 Prozent Ablehnung) und die Aufnahme von Flüchtlingen (23 Prozent Zustimmung; 33 Prozent teils/teils; 44 Prozent Ablehnung).

Abbildung 7.2: Einstellungen zu den Mitteln der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Werden die Einstellungen zu den verschiedenen militärischen und zivilen, d.h. nichtmilitärischen Mitteln jeweils in Indexvariablen zusammengefasst und die Mittelwerte der soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen miteinander verglichen, so zeigt sich: In fast allen Gruppen besteht eine relative Präferenz für den Einsatz nichtmilitärischer Mittel, wobei letztere im Durchschnitt ebenfalls positiv bewertet werden (vgl. Tabelle 7.2). Mit Ausnahme der Wählerinnen und Wähler der AfD (Mittelwert 0,57) wird der Einsatz nichtmilitärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in allen untersuchten Gruppen im Durchschnitt ähnlich positiv bewertet (übrige Mittelwerte 0,62 bis 0,68). Obwohl auch die Einstellung zum Einsatz militärischer Mittel zwischen den Gruppen nicht sonderlich stark variiert (Mittelwerte 0,54 bis 0,65), bestehen dennoch statistisch signifikante Unterschiede. Die Zustimmung zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel steigt mit dem Bildungsniveau der Befragten. Dieser Befund deckt sich mit der großen Zustimmung zu einer aktiven deutschen Außenpolitik unter den Befragten mit einem höheren formalen Bildungsniveau (vgl. Tabelle 7.1). Die Wählerschaft der AfD hat sowohl zum Einsatz ziviler (Mittelwert 0,57) als auch militärischer Mittel (Mittelwert 0,56) im Durchschnitt eine eher ambivalente Haltung, was ihre grundsätzliche Ablehnung einer aktiven deutschen Außenpolitik widerspiegelt (vgl. Tabelle 7.1). Dem Einsatz militärischer Mittel stehen die Wählerinnen und Wähler der Linken am kritischsten gegenüber (Mittelwert 0,54). Befragte mit Migrationshintergrund sprechen sich eher für den Einsatz militärischer Mittel aus als Befragte ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede zwischen den Alters- und den Einkommensgruppen sind insgesamt äußerst gering und zum Teil nicht statistisch signifikant.

Die deutsche Bevölkerung bevorzugt den Einsatz ziviler Mittel gegenüber militärischen Mitteln in der Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Präferenz besteht seit vielen Jahren und hat sich auch mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht wesentlich verändert. Die Bevorzugung ziviler Mittel macht die Mehrheit der Deutschen aber noch nicht zu überzeugten Pazifisten, denn ebenfalls eine Mehrheit akzeptiert im Durchschnitt den Einsatz militärischer Mittel in Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bevölkerungsmehrheit hat demnach keine pazifistische, sondern eine pragmatische außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung.

Tabelle 7.2: Einstellung zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in soziodemografischen Gruppen

	Zivile Mittel	Militärische Mittel
Insgesamt	0,64	0,60
Geschlecht	n.s.	***
Männer	0,64	0,62
Frauen	0,64	0,58
Alter	n.s.	*
16 bis 29 Jahre	0,63	0,59
30 bis 49 Jahre	0,63	0,61
50 bis 69 Jahre	0,64	0,59
70 Jahre und älter	0,64	0,62
Bildungsniveau	***	*
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,66	0,61
Realschulabschluss	0,63	0,60
Hauptschulabschluss	0,62	0,58
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	*
4.001 Euro und mehr	0,63	0,60
2.001 bis 4.000 Euro	0,64	0,61
Bis 2.000 Euro	0,63	0,57
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,65	0,65
SPD	0,66	0,64
AfD	0,57	0,56
Die Linke	0,67	0,54
Bündnis 90/Die Grünen	0,68	0,60
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,62	0,58
Region	**	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,66	0,60
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,62	0,58
Süddeutschland (BW, BY)	0,63	0,57
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,64	0,64
Migrationshintergrund	n.s.	***
Ja	0,63	0,65
Nein	0,64	0,60

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die beiden Indexvariablen haben eine akzeptable bis gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha: 0,52 [zivile Mittel]; 0,77 [militärische Mittel]). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist ($n < 50$).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Außenpolitische Typen in der deutschen Bevölkerung

Ausweislich der vorstehenden Analyse hat die Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine relative Präferenz für den Einsatz nichtmilitärischer Mittel. Diese relative Präferenz macht die Mehrheit der Deutschen aber noch nicht zu Pazifisten. Pazifismus wird im Allgemeinen definiert als „politisch-moralische Überzeugung, die den Einsatz von Gewalt, insbesondere von militärischer Gewalt und von Kriegen als Mittel zur Durchsetzung von Interessen ablehnt und ausschließlich friedliche und gewaltfreie Aktivitäten duldet“.³ Dem Pazifismus als politische Lehre liegt nicht nur die Überzeugung zugrunde, dass militärische Mittel zur Konfliktbewältigung ineffektiv und deshalb abzulehnen sind, sondern vor allem, dass „gewaltlose Mittel die effektiveren Mittel der Herstellung und der Bewahrung des Friedens“ sind.⁴

Für eine valide Messung des Pazifismus als außenpolitische Grundhaltung in der deutschen Bevölkerung ist es also erforderlich, die Haltung zum Einsatz militärischer Mittel (Ablehnung) und ziviler Mittel (Zustimmung) zu erfassen. Dieser Ansatz ermöglicht zudem eine trennscharfe Abgrenzung des Pazifismus gegenüber anderen außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen, wie dem Realismus bzw. Pragmatismus (Zustimmung/Zustimmung), dem Isolationismus (Ablehnung/Ablehnung) und dem Militarismus (Zustimmung/Ablehnung).

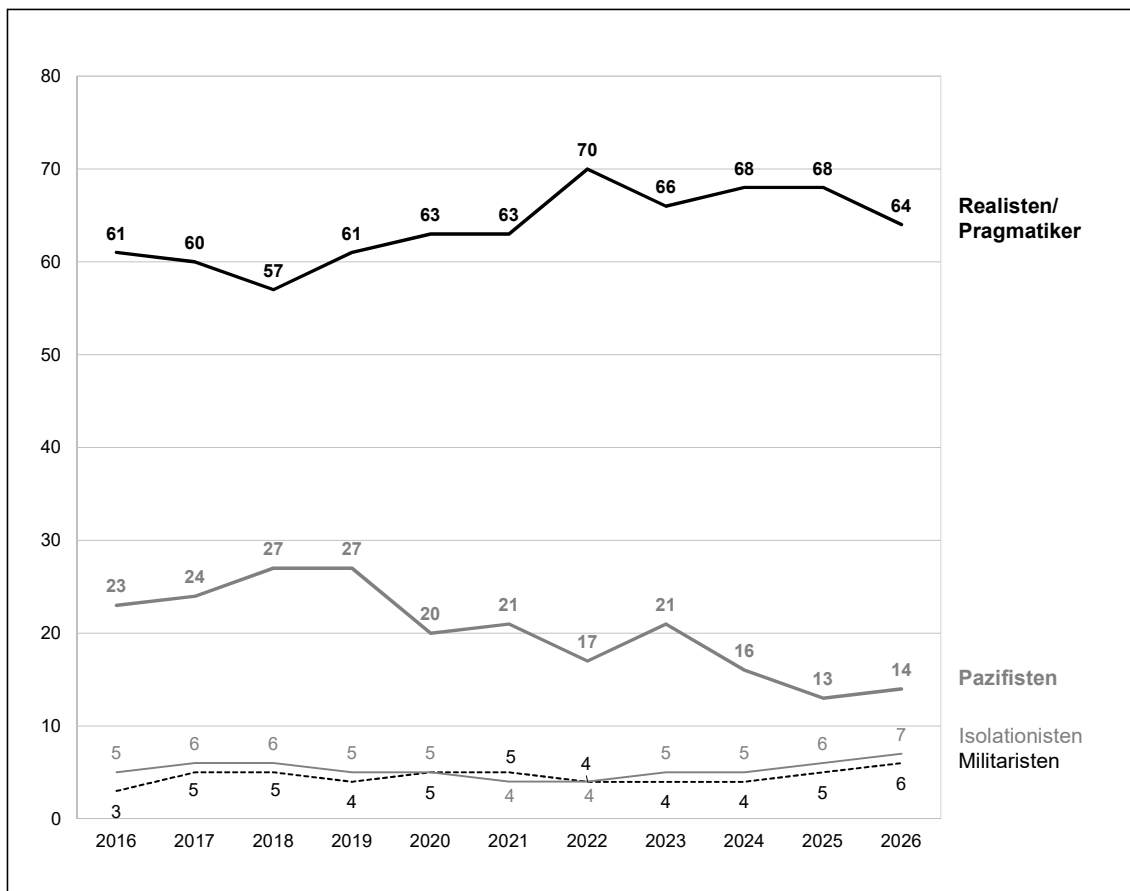
Auf Basis der Einstellungen der Befragten zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel (vgl. Abbildung 7.2) sollen die außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen gemessen und ihre Verteilung im Zeitverlauf analysiert werden. Hierzu werden zunächst die Einstellungen zu den verschiedenen zivilen und militärischen Mitteln jeweils in einer Indexvariable zusammengeführt (vgl. Tabelle 7.2). Anschließend erfolgt die Kategorisierung der Befragten anhand ihrer individuellen Mittelwerte auf den beiden Skalen zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik:

- *Pazifisten* befürworten den Einsatz ziviler Mittel und lehnen den Einsatz militärischer Mittel ab;
- *Militaristen* befürworten den Einsatz militärischer Mittel und lehnen den Einsatz ziviler Mittel ab;
- *Realisten* befürworten den Einsatz militärischer und ziviler Mittel;
- *Isolationisten* lehnen den Einsatz militärischer und ziviler Mittel ab.

³ Schubert, Klaus/ Klein, Martina, Das Politiklexikon, Bonn 2020.

⁴ Getrud Brücher, Pazifismus als Diskurs, Wiesbaden 2008, hier: S. 40.

Abbildung 7.3: Verteilung der außenpolitischen Typen in der deutschen Bevölkerung, 2016–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 entsprechen dem Anteil an Befragten, die aufgrund fehlender Werte nicht kategorisiert werden konnten.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016–2026.

Die Verteilung der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen in den Jahren 2016 bis 2026 offenbart, dass Russlands Vollinvasion der Ukraine seit 2022 in zweifacher Hinsicht *nicht* zu einer mutmaßlichen „Abkehr vom Pazifismus“ in der deutschen Bevölkerung geführt hat (vgl. Abbildung 7.3): Erstens waren die meisten Bürgerinnen und Bürger bereits vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine keine Pazifisten, sondern Realisten bzw. Pragmatiker. Eine Minderheit von überzeugten Pazifistinnen und Pazifisten stand immer einer Mehrheit von Realistinnen und Realisten gegenüber. Zweitens ist der Anteil pazifistischer Bürgerinnen und Bürger auch nicht infolge des Krieges 2022 zurückgegangen, sondern bereits seit 2018 rückläufig. Ebenfalls keine empirische Evidenz gibt es für eine vermeintliche „Militarisierung im Denken“: Militaristen stellten vor dem Krieg eine Minderheit dar, die seitdem nicht größer geworden ist. Das Gleiche gilt im Übrigen für die Gruppe der Isolationisten.

Tabelle 7.3: Außenpolitische Typen in soziodemografischen Gruppen

	Realisten	Pazifisten	Isolationis- ten	Militaristen
Insgesamt	64	14	7	6
Geschlecht				
Männer	67	12	8	7
Männer (16–29 Jahre)	61	13	11	5
Frauen	62	16	6	5
Frauen (16–29 Jahre)	59	15	4	4
Alter				
16 bis 29 Jahre	60	14	8	5
30 bis 49 Jahre	64	12	7	9
50 bis 69 Jahre	64	15	8	4
70 Jahre und älter	68	14	4	5
Bildungsniveau				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	68	13	6	5
Realschulabschluss	66	13	7	6
Hauptschulabschluss	56	17	7	8
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat				
4.001 Euro und mehr	63	14	8	7
2.001 bis 4.000 Euro	67	13	6	6
Bis 2.000 Euro	60	16	9	4
Wahlabsicht Bundestagswahl				
CDU/CSU	78	7	2	5
SPD	75	14	4	3
AfD	53	13	17	11
Die Linke	57	31	4	4
Bündnis 90/Die Grünen	62	21	2	4
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	57	14	9	4
Region				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	62	15	6	8
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	62	16	7	6
Süddeutschland (BW, BY)	55	16	9	5
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	74	11	5	5
Migrationshintergrund				
Ja	65	16	4	7
Nein	64	14	7	6

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 entsprechen dem Anteil an Befragten, die aufgrund fehlender Werte nicht kategorisiert werden konnten. Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

In allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen sind die Realisten bzw. Pragmatiker, die sowohl den Einsatz militärischer als auch nichtmilitärischer Mittel in Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik befürworten, in der Mehrheit. Pazifisten, Isolationisten und Militaristen sind in allen Gruppen in der Minderheit. Die Bevölkerungsmehrheit hat demnach keine pazifistische, sondern eine pragmatische außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung – was auch den großen Zuspruch zur Zeitenwende in der deutschen Verteidigungspolitik erklärt.

Vergleichsweise wenig Realisten finden sich unter den Wählerinnen und Wählern der Linken (53 Prozent) und der AfD (57 Prozent), sowie unter Befragten mit Hauptschulabschluss (56 Prozent) und in Süddeutschland (55 Prozent). Besonders verbreitet ist der außen- und sicherheitspolitische Pragmatismus dagegen in der Wählerschaft der CDU/CSU (78 Prozent) und der SPD (75 Prozent) sowie bei Befragten in Westdeutschland (74 Prozent). Der größte Anteil an überzeugten Pazifistinnen und Pazifisten findet sich unter Befragten mit einer Wahlpräferenz für die Linke (31 Prozent) oder die Grünen (21 Prozent). Eine isolationistische und militaristische Haltung ist von allen untersuchten Gruppen in der Wählerschaft der AfD am vergleichsweise stärksten ausgeprägt.

8 Einstellungen zur NATO-Bündnisverteidigung

Im Vergleich zum Vorjahr ist 2026 die öffentliche Zustimmung zu fast allen Aspekten der Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO gesunken (vgl. Abbildung 8.1). Die Zustimmungswerte liegen jedoch weiterhin deutlich über dem Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine (vgl. Abbildung 8.2).

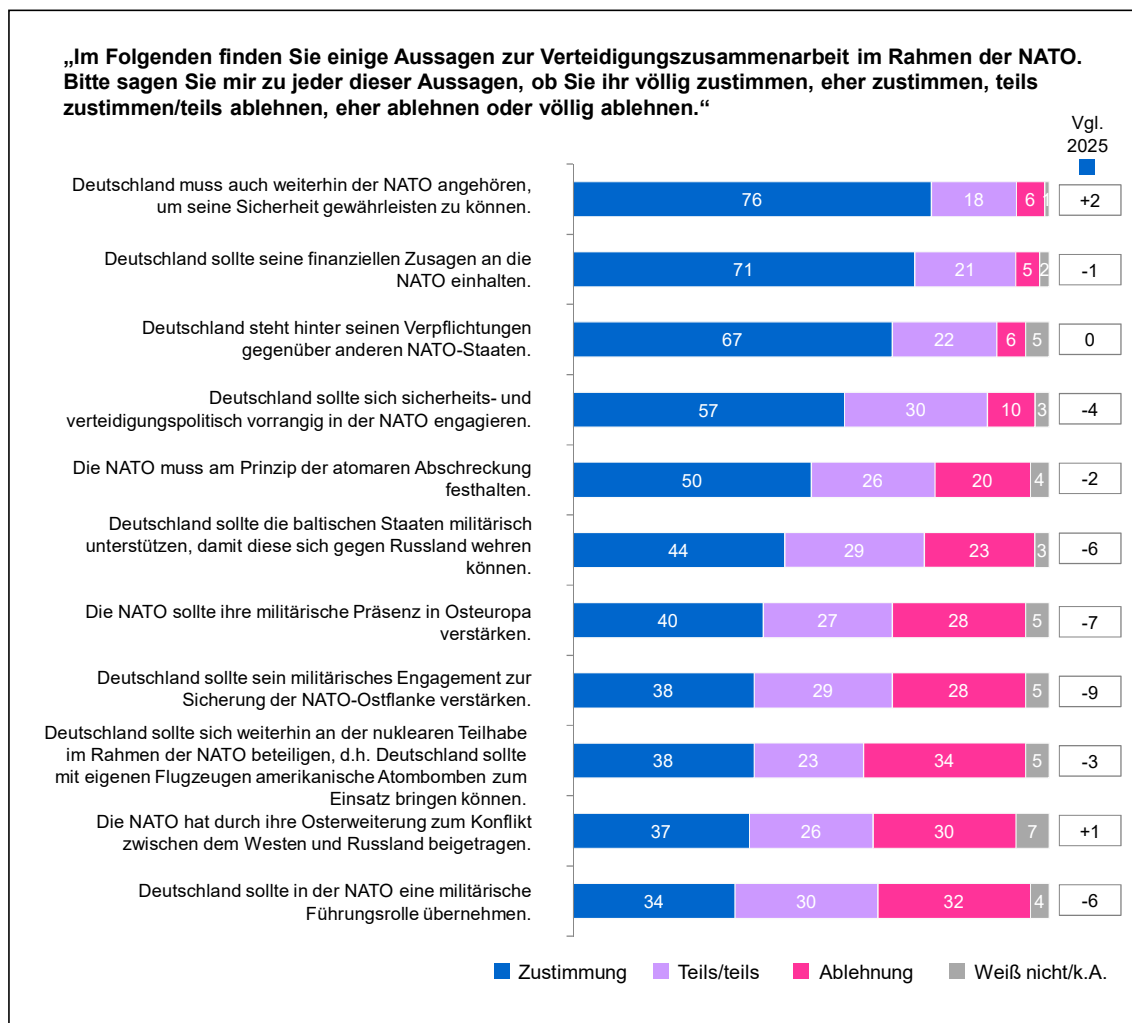
Am stärksten unterstützen die Befragten prinzipielle Aussagen zu Deutschlands Bündniszugehörigkeit: 76 Prozent (+2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) sind davon überzeugt, dass Deutschland weiterhin der NATO angehören muss, um seine Sicherheit gewährleisten zu können; 71 Prozent (-1 Prozentpunkt) sprechen sich für die Einhaltung der finanziellen Zusagen an die NATO aus; 67 Prozent (keine Veränderung) sind davon überzeugt, dass Deutschland hinter seinen Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten steht; und 57 Prozent (-4 Prozentpunkte) plädieren für ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement Deutschlands in der NATO. Eine Mehrheit (50 Prozent; -2 Prozentpunkte) fordert zudem ein Festhalten der NATO am Prinzip der atomaren Abschreckung.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der öffentliche Zuspruch zu einer weiteren Verstärkung des militärischen Engagements an der NATO-Ostflanke gesunken.

Militärische Unterstützung Deutschlands für die baltischen Staaten, damit diese sich gegen Russland wehren können, befürworten 44 Prozent (-6 Prozentpunkte) der Befragten. 40 Prozent (-7 Prozentpunkte) plädieren für eine stärkere militärische Präsenz der NATO in Osteuropa und 38 Prozent (-9 Prozentpunkte) sprechen sich für ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands zur Sicherung der NATO-Ostflanke aus. Gesunken ist auch der Zuspruch zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands in der NATO (34 Prozent; -6 Prozentpunkte).

Die Bürgerinnen und Bürger haben weiterhin eine eher ambivalente Einstellung zu Deutschlands Beteiligung an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO (38 Prozent Zustimmung; 34 Prozent Ablehnung). Geteilt ist die öffentliche Meinung auch in der Frage, ob die NATO durch ihre Osterweiterung zum Konflikt zwischen dem Westen und Russland beigetragen hat (37 Prozent Zustimmung; 30 Prozent Ablehnung).

Abbildung 8.1: Einstellungen zur Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO



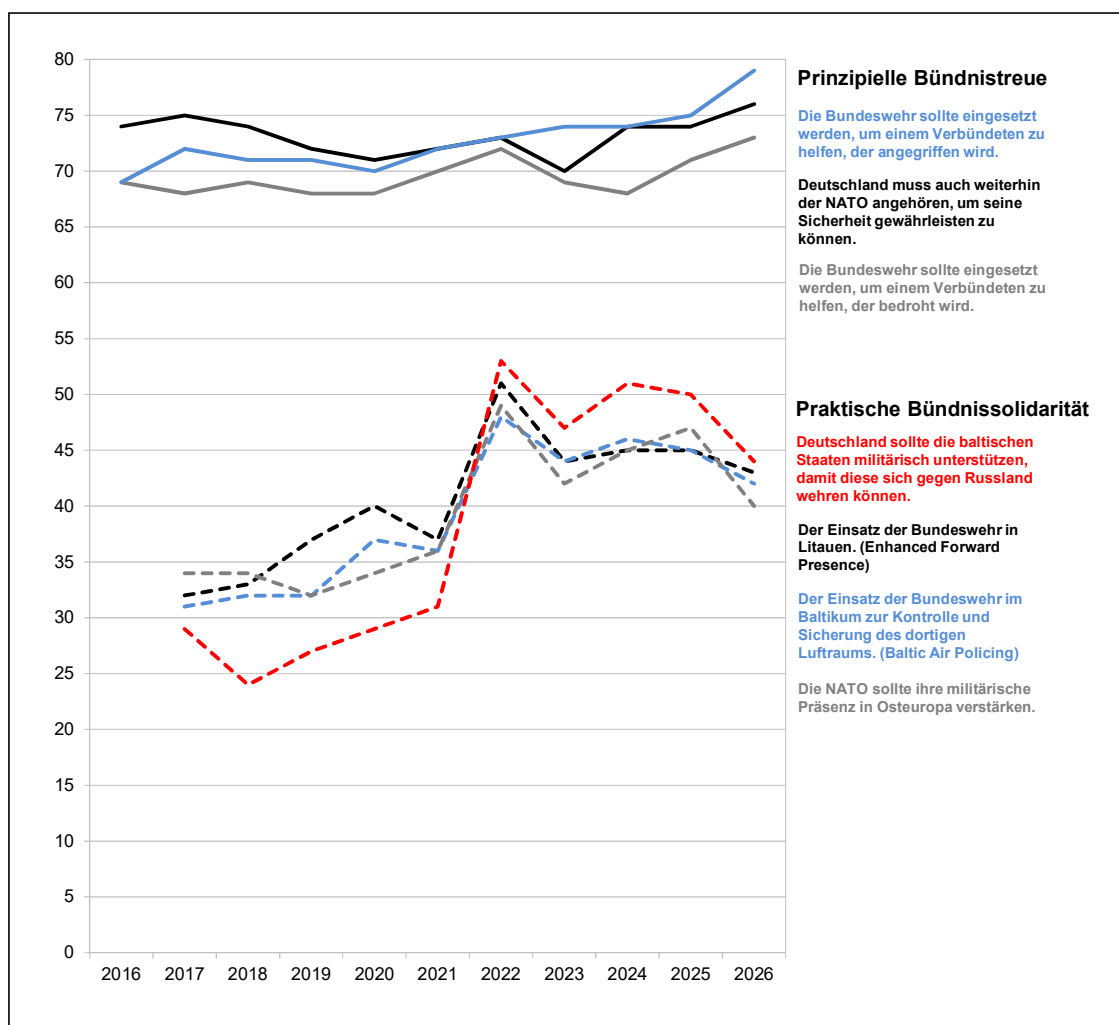
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Die praktische Bündnissolidarität der deutschen Bevölkerung lässt sich außerdem mit der Einstellung zu den konkreten Missionen der Bundeswehr im Bereich Landes- und Bündnisverteidigung erfassen, zum Beispiel im Baltikum (vgl. Abschnitt 9, Abbildung 9.1): 43 Prozent (-2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) stimmen der Beteiligung der Bundeswehr an der enhanced Forward Presence der NATO in Litauen zu (27 Prozent sind geteilter Meinung; 27 Prozent Ablehnung); 42 Prozent (-3 Prozentpunkte) unterstützen die Beteiligung der Bundeswehr an der Luftraumsicherung (Air Policing) im Baltikum (30 Prozent geteilter Meinung; 25 Prozent Ablehnung). Die mit Abstand größte Zustimmung, nämlich 72 Prozent (+6 Prozentpunkte), erfährt der Einsatz der Bundeswehr in der Ostsee zur Abwehr von Sabotageangriffen auf kritische Unterwasserinfrastruktur wie Datenkabel (vgl. Abschnitt 9).

Bestand in den Jahren 2016–2021 ein ausgeprägtes Missverhältnis zwischen der großen öffentlichen Zustimmung zu prinzipiellen Aspekten der Bündnistreue und der eher geringen Zustimmung zu praktischen Aspekten der Bündnissolidarität, so verringerte sich diese Diskrepanz infolge von Russlands Vollinvasion der Ukraine im Jahr 2022 deutlich (vgl. Abbildung 8.2). In den letzten Jahren ist die prinzipielle Bündnistreue der Bürgerinnen und Bürger weiter gestiegen, während die praktische Bündnissolidarität tendenziell gesunken ist, wodurch die Diskrepanz zwischen Anspruch und Praxis insgesamt wieder wächst. Diese Entwicklung setzt sich aktuell mit erhöhter Dynamik fort.

Abbildung 8.2: Zustimmung zu ausgewählten Aspekten der prinzipiellen und praktischen Bündnisverteidigung, 2016–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016–2026.

Welche statistisch signifikanten Unterschiede bestehen zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der prinzipiellen Bündnistreue und der prakti-

schen Bündnissolidarität? Diese beiden Einstellungen in der deutschen Bevölkerung sollen umfassend untersucht werden, weshalb die einzelnen Indikatoren, wie sie in Abbildung 8.2 dargestellt sind, in zwei Indexvariablen zusammengefasst wurden, die einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung) haben. Ein Mittelwert von 0,5 entspricht einer ambivalenten Einstellung. Aus den Ergebnissen in Tabelle 8.1 geht hervor: Die prinzipielle NATO-Bündnistreue ist in allen untersuchten Gruppen im Durchschnitt überwiegend positiv ausgeprägt und dies stets stärker als die praktische Bündnissolidarität. Allerdings besteht zwischen den Gruppen eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede in beiden Einstellungen.

Die prinzipielle NATO-Bündnistreue ist in allen Gruppen in der Bevölkerung im Durchschnitt stärker ausgeprägt als die praktische NATO-Bündnissolidarität. Die Bereitschaft zur praktischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke ist bei den Wählerinnen und Wählern der AfD und der Linken am geringsten. Ein Ost-West-Unterschied in der Haltung zur NATO ist nicht zu beobachten.

Unter Männern und Befragten mit Migrationshintergrund sind die prinzipielle Bündnistreue und die praktische Bündnissolidarität im Durchschnitt geringfügig stärker ausgeprägt als in den entsprechenden Vergleichsgruppen. Die praktische Bündnissolidarität steigt mit dem Alter der Befragten, während die prinzipielle Bündnistreue in allen Altersgruppen im Durchschnitt ähnlich stark ausgeprägt ist. Das Haushaltseinkommen und das Bildungsniveau der Befragten spielen eine eher geringe oder keine Rolle für die Einstellungen zur Bündnisverteidigung, selbst wenn einige Unterschiede statistisch signifikant sind. Im Vergleich der Regionen fällt auf, dass beide Einstellungen zur Bündnisverteidigung bei Befragten in Nord- und in Westdeutschland durchschnittlich stärker ausgeprägt sind als in Süd- oder Ostdeutschland. Einen Ost-West-Unterschied in der Haltung zur NATO gibt es aber nicht.

Größere Unterschiede bestehen zwischen den Wählergruppen. Während das grundsätzliche Bekenntnis zur NATO bei Wählerinnen und Wähler aller Parteien besteht, unterscheiden sie sich in ihrer praktischen Bündnissolidarität: Der Zuspruch zu Deutschlands militärischem Engagement zur Unterstützung der östlichen Partner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke ist an den Rändern des politischen Spektrums deutlich schwächer ausgeprägt als in der Wählerschaft der CDU/CSU, der SPD und der Grünen. Diese Beobachtung deckt sich mit den Befunden, dass Befragte mit einer Wahlpräferenz für die AfD und die Linke das vergleichsweise schwächste Gefühl der Bedrohung durch Russland (vgl. Abschnitt 3, Tabelle 3.1) und die kritischste Einstellung zu Deutschlands militärischer Unterstützung der Ukraine aufweisen (vgl. Abschnitt 11, Tabelle 11.1).

Tabelle 8.1: Prinzipielle Bündnistreue und praktische Bündnissolidarität in soziodemografischen Gruppen

	Prinzipielle Bündnistreue	Praktische Bündnissolidarität
Insgesamt	0,75	0,57
Geschlecht	***	***
Männer	0,77	0,59
Frauen	0,73	0,55
Alter	*	**
16 bis 29 Jahre	0,74	0,54
30 bis 49 Jahre	0,74	0,57
50 bis 69 Jahre	0,74	0,57
70 Jahre und älter	0,77	0,61
Bildungsniveau	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,76	0,59
Realschulabschluss	0,74	0,57
Hauptschulabschluss	0,74	0,56
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	***
4.001 Euro und mehr	0,74	0,55
2.001 bis 4.000 Euro	0,76	0,59
Bis 2.000 Euro	0,70	0,53
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,79	0,64
SPD	0,78	0,65
AfD	0,72	0,48
Die Linke	0,67	0,48
Bündnis 90/Die Grünen	0,76	0,60
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,72	0,54
Region	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,76	0,60
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,73	0,55
Süddeutschland (BW, BY)	0,72	0,53
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,77	0,60
Migrationshintergrund	***	***
Ja	0,79	0,65
Nein	0,74	0,56

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Beide Indexvariablen haben eine gute bis sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,75 [prinzipielle Bündnistreue]; 0,84 [praktische Bündnissolidarität]). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist ($n < 50$).

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2026.

Die praktische NATO-Bündnissolidarität der Bürgerinnen und Bürger hängt von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab. Wird Russland als weniger bedrohlich wahrgenommen, sinkt der öffentliche Zuspruch zur Sicherung der NATO-Ostflanke. Die stark ausgeprägte prinzipielle Bündnistreue der deutschen Bevölkerung ändert nichts an diesem Zusammenhang.

Wie die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine (vgl. Abschnitt 11) und die Zustimmung zur personellen wie finanziellen Stärkung der Bundeswehr (vgl. Abschnitt 4) hängt auch die Haltung der Befragten zur militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner und Sicherung der NATO-Ostflanke entscheidend von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab (vgl. Tabelle 8.2): Befragte, die Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen allen Aspekten der konkreten Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke sehr viel stärker zu als diejenigen, die Russland nicht als Bedrohung wahrnehmen – die Zustimmungswerte sind doppelt bis dreimal so groß. Damit zeigt sich einmal mehr, dass die „Zeitenwende in den Köpfen“ von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland beeinflusst wird.

Tabelle 8.2: Zustimmung zu Aussagen über die Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland

Bedrohungswahrnehmung Russland	<u>Zustimmung</u>				
	Bundeswehr- Mission EFP Litauen	Bundeswehr- Mission Baltic Air Policing	DEU milit. Engagement an Ostflanke stärken	Stärkere NATO-Präsenz in Osteuropa	DEU sollte Baltikum militärisch unterstützen
Bedrohung	50	56	45	47	54
Keine Bedrohung	22	24	21	21	16

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen 50 Prozent der Bundeswehr-Mission EFP in Litauen zu.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

In diesem Jahr wurden die Befragten außerdem gefragt, ob Deutschland zur Verteidigung eines von Russland angegriffenen östlichen NATO-Bündnispartners Waffengewalt einsetzen sollte. Eine Mehrheit von 55 Prozent der Befragten spricht sich dafür aus, dass Deutschland militärische Gewalt zur Verteidigung eines östlichen NATO-Mitgliedslandes einsetzen sollte, wenn dieses durch Russland militärisch angegriffen werden würde, ein Viertel (26 Prozent) ist unentschlossen und eine Minderheit (14 Prozent) lehnt dies ab. Zwischen den Altersgruppen bestehen in dieser Einstellung keine Unterschiede. Ein Ost-West-Unterschied existiert ebenfalls nicht.

Tabelle 8.3: Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt zur Verteidigung eines NATO-Bündnispartners

	Wenn Russland eines seiner Nachbarländer, das Mitglied in der NATO ist, militärisch angreifen würde, sollte Deutschland dann militärische Gewalt zur Verteidigung dieses Bündnispartners einsetzen?			
	Zustimmung	Teils/teils	Ablehnung	w.n./k.A.
Insgesamt	55	26	14	5
Geschlecht ***				
Männer	60	25	13	3
Frauen	50	28	16	7
Alter n.s.				
16 bis 29 Jahre	50	32	13	6
30 bis 49 Jahre	55	27	13	5
50 bis 69 Jahre	55	25	15	5
70 Jahre und älter	58	22	15	5
Bildungsniveau *				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	56	28	12	4
Realschulabschluss	55	26	15	4
Hauptschulabschluss	52	25	16	7
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **				
4.001 Euro und mehr	54	29	13	4
2.001 bis 4.000 Euro	57	25	14	4
Bis 2.000 Euro	47	29	19	5
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	65	23	9	3
SPD	62	25	11	3
AfD	47	30	22	1
Die Linke	40	34	19	7
Bündnis 90/Die Grünen	60	29	8	3
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	49	26	16	10
Region ***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	55	27	15	2
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	54	29	15	2
Süddeutschland (BW, BY)	49	23	17	11
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	59	27	11	3
Migrationshintergrund ***				
Ja	63	15	14	8
Nein	54	28	14	5

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Männer, Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU, der SPD und der Grünen sowie Befragte mit Migrationshintergrund unterstützen den Einsatz von Waffengewalt zur Verteidigung eines östlichen NATO-Bündnispartners stärker als die entsprechenden Ver-

gleichsgruppen (vgl. Tabelle 8.3). Am geringsten ist die Bereitschaft zur Verteidigung eines Bündnispartners bei Befragten mit einer Wahlpräferenz für die Partei Die Linke. Im regionalen Vergleich fällt die geringe Bündnissolidarität unter Befragten in Süddeutschland auf. Die Unterschiede zwischen den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sind nicht substanziell.

Tabelle 8.4: Zustimmung zur Aussage über die Verteidigung eines NATO-Bündnispartners bei einem Angriff durch Russland

Bedrohungswahrnehmung Russland	Wenn Russland eines seiner Nachbarländer, das Mitglied in der NATO ist, militärisch angreifen würde, sollte Deutschland dann militärische Gewalt zur Verteidigung dieses Bündnispartners einsetzen?			
	Zustimmung	Teils/teils	Ablehnung	w.n./k.A.
Bedrohung	62	25	9	4
Keine Bedrohung	32	33	31	4

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen 62 Prozent dem Einsatz von Waffengewalt zur Verteidigung eines Bündnispartners zu.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Wie andere Aspekte der praktischen Bündnissolidarität (vgl. Tabelle 8.2), hängt auch die Bereitschaft zum Einsatz von Waffengewalt zur Verteidigung eines östlichen NATO-Bündnispartners in einem Konfliktfall mit Russland wesentlich von der Einschätzung ab, ob Russland eine militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ist (vgl. Tabelle 8.4): Diejenigen, die in Russland keine Bedrohung sehen, sind mehrheitlich nicht bereit, ein von Russland angegriffenes NATO-Mitgliedsland durch den Einsatz militärischer Gewalt zu verteidigen (32 Prozent), während sich von den Befragten, die in Russland eine Bedrohung für die nationale Sicherheit erkennen, eine große Mehrheit (62 Prozent) für den Waffengang zur Verteidigung des Verbündeten ausspricht.

Die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands erhöht die öffentliche Unterstützung dafür, dass Deutschland ein von Russland angegriffenes NATO-Partnerland auch mit Waffengewalt verteidigen sollte.

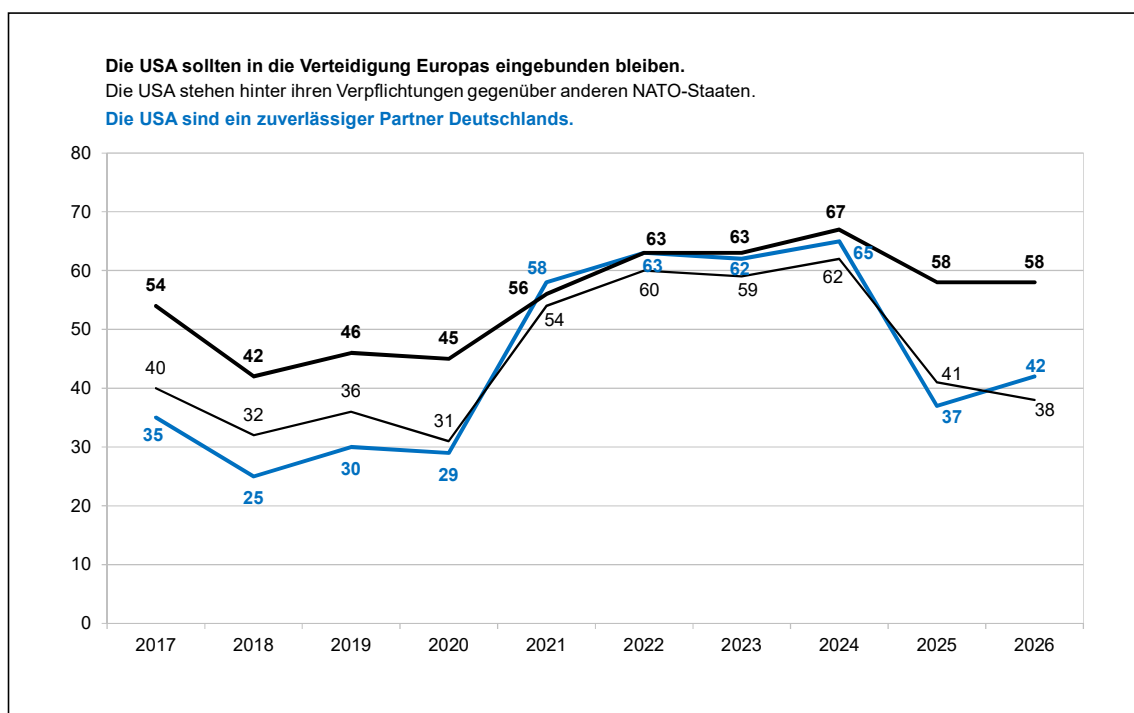
Einstellungen zu den USA als (Bündnis-)Partner

Wurden die bilateralen Beziehungen zu den USA während der ersten Amtszeit von Präsident Donald Trump (2017–2021) von den Bürgerinnen und Bürgern eher kritisch wahrgenommen, so verbesserte sich deren Bewertung schlagartig mit dem Amtsantritt von Präsident Joe Biden im Jahr 2021 (vgl. Abbildung 8.3). Mit Beginn der zweiten Amtszeit von Präsident Trump 2025 hat sich die öffentliche Wahrnehmung der USA als ver-

lässlicher (Bündnis-)Partner schlagartig und teilweise dramatisch verschlechtert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Wahrnehmung aktuell kaum verändert.

Eine relative Mehrheit bewertet die Außen- und Sicherheitspolitik der USA als Gefahr für den Zusammenhalt in der NATO. Dennoch plädiert weiterhin eine absolute Mehrheit in der Bevölkerung für die Einbindung der USA in die Verteidigung Europas. Obwohl das Vertrauen in die USA als NATO-Partner stark leidet, möchte man nicht auf deren militärischen Schutz verzichten.

Abbildung 8.3: Zustimmung zu Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu den USA 2017–2026

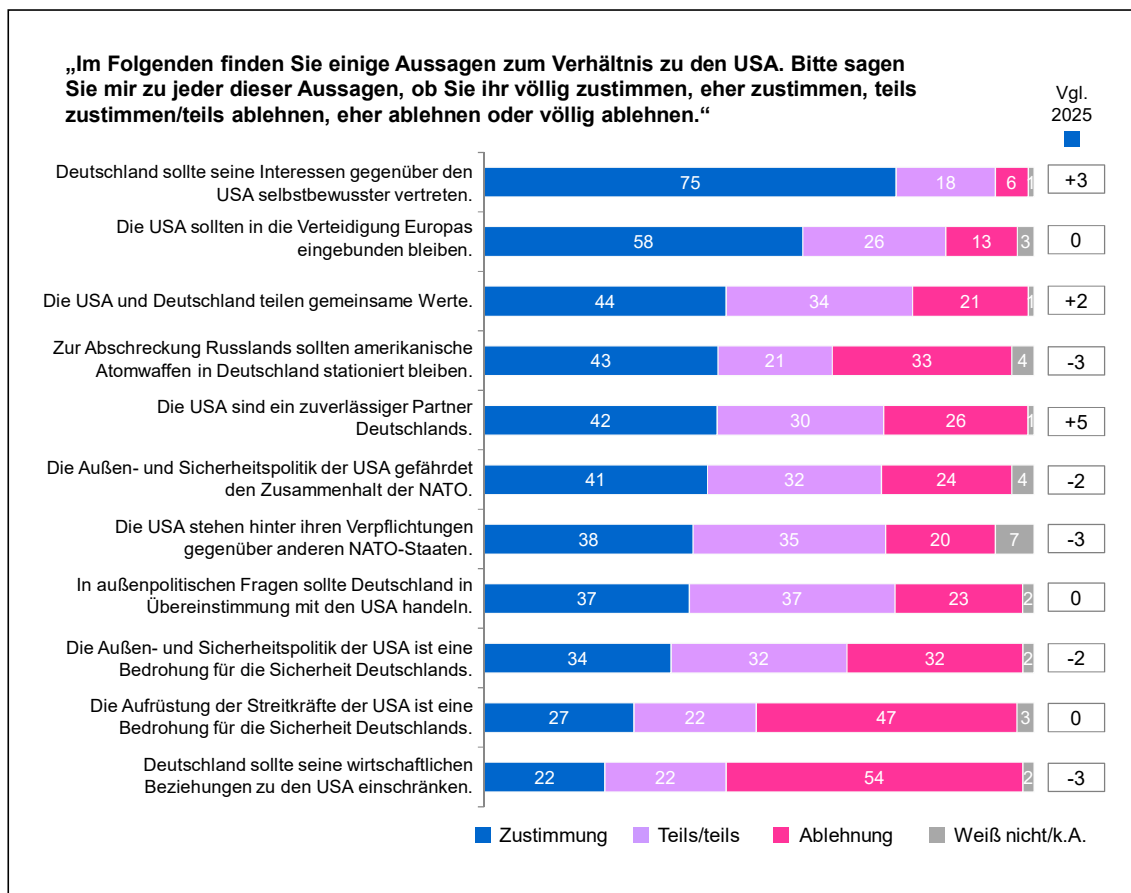


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2017–2026.

Nach der massiven Verschlechterung im Vorjahr zeigt sich das aktuelle Meinungsbild über die USA nur wenig verändert (vgl. Abbildung 8.4). Drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger plädieren dafür, dass Deutschland seine Interessen gegenüber den USA selbstbewusster vertreten sollte (75 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025), und nur etwas mehr als ein Drittel (37 Prozent; keine Veränderung) ist davon überzeugt, dass Deutschland in außenpolitischen Fragen in Übereinstimmung mit den USA handeln sollte. Eine relative Mehrheit sieht in den USA einen verlässlichen Partner (42 Prozent; +5 Prozentpunkte), mit dem Deutschland gemeinsame Werte teilt (44 Prozent; +2 Prozentpunkte).

Abbildung 8.4: Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu den USA



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Obwohl ein großer Teil der deutschen Bevölkerung die Außen- und Sicherheitspolitik der USA als Bedrohung für den Zusammenhalt der NATO (41 Prozent; -2 Prozentpunkte) und für Deutschlands Sicherheit (34 Prozent; -2 Prozentpunkte) einschätzt und Zweifel daran äußert, dass die USA hinter ihren NATO-Verpflichtungen stehen (38 Prozent; -3 Prozentpunkte), plädiert eine absolute Mehrheit für die Einbindung der USA in die Sicherheit Europas (58 Prozent; keine Veränderung) und eine relative Mehrheit spricht sich für die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Deutschland zur Abschreckung Russlands aus (43 Prozent; -3 Prozentpunkte). Eine absolute Mehrheit spricht sich gegen die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA aus (54 Prozent; +7 Prozentpunkte) und eine relative Mehrheit empfindet die Aufrüstung der Streitkräfte der USA nicht als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands (47 Prozent; +3 Prozentpunkte).

9 Einsätze der Bundeswehr im Ausland

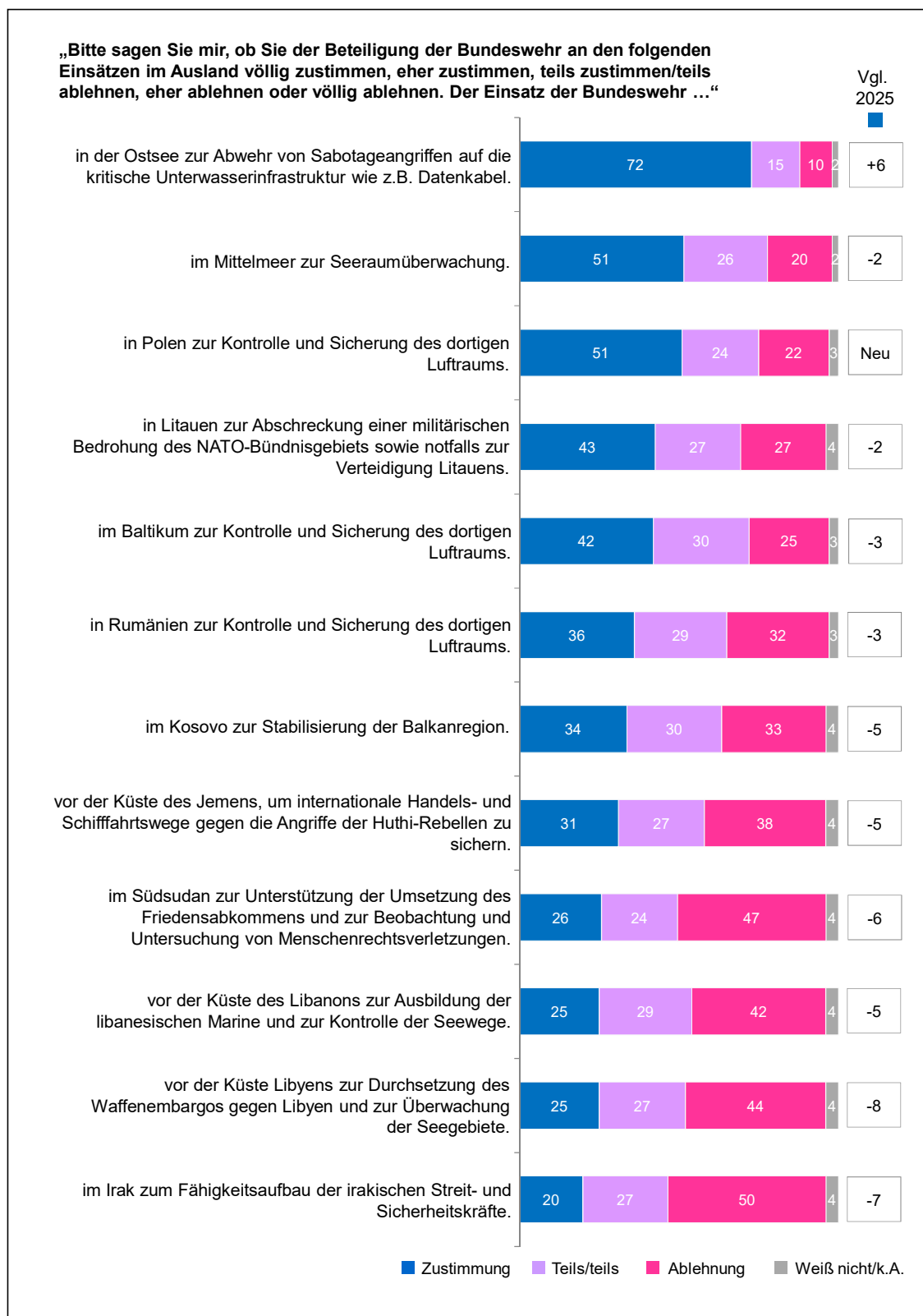
Grundsätzlich lassen sich die Einsätze der Bundeswehr im Ausland zwei Kategorien zuordnen: Die *Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements* (IKM), die einer Zustimmung des Deutschen Bundestags bedürfen, wie einst in Afghanistan und Mali. Die Beteiligung der Bundeswehr an *Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung* (LV/BV) in anderen NATO-Staaten (sogenannte anerkannte Missionen), für die kein Mandat des Bundestags erforderlich ist, wie derzeit in Litauen.

Das überwiegend positive öffentliche Meinungsbild zu den Missionen zur Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und hält sich deutlich über dem Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 (vgl. Abbildung 9.1). Den größten Zuspruch in der deutschen Bevölkerung erfährt der Einsatz Baltic Sentry zur Seeraumüberwachung und zum Schutz von Sabotageangriffen gegen die kritische Unterwasserinfrastruktur in der Ostsee (72 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die öffentliche Zustimmung zu diesem Einsatz nochmals erhöht (+6 Prozentpunkte). Alle Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung werden überwiegend befürwortet. Einzig zu der Mission in Rumänien besteht ein ambivalentes Meinungsbild.

Die Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung erfährt in der Bevölkerung im Durchschnitt mehr Zustimmung als die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Zuspruch zu fast allen Einsätzen gesunken, vor allem aber zu den Einsätzen des internationalen Krisenmanagements.

Die Befragten bewerten die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Bereich des internationalen Krisenmanagements insgesamt eher kritisch und deutlich negativer als im Vorjahr. Einzige Ausnahme ist die Seeraumüberwachung im Mittelmeer, die von einer absoluten Mehrheit begrüßt wird (51 Prozent; -2 Prozentpunkte). Die meisten IKM-Einsätze werden jedoch überwiegend oder sogar mehrheitlich von den Bürgerinnen und Bürgern abgelehnt. Dabei sind es genau diese Auslandseinsätze, die der Zustimmung durch den Deutschen Bundestag bedürfen und dadurch eine demokratische Legitimation erhalten sollen.

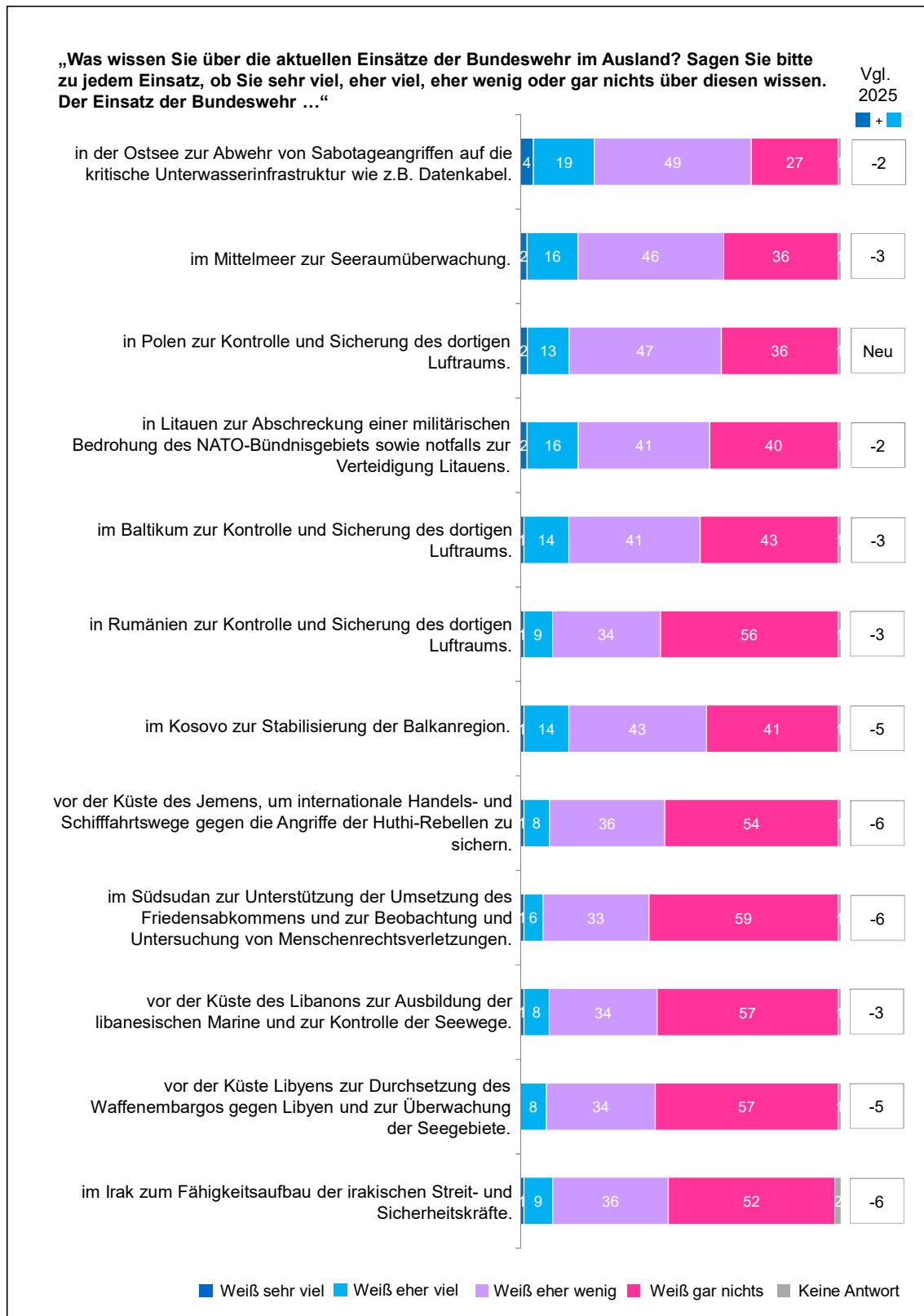
Abbildung 9.1: Einstellungen zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Abbildung 9.2: Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland



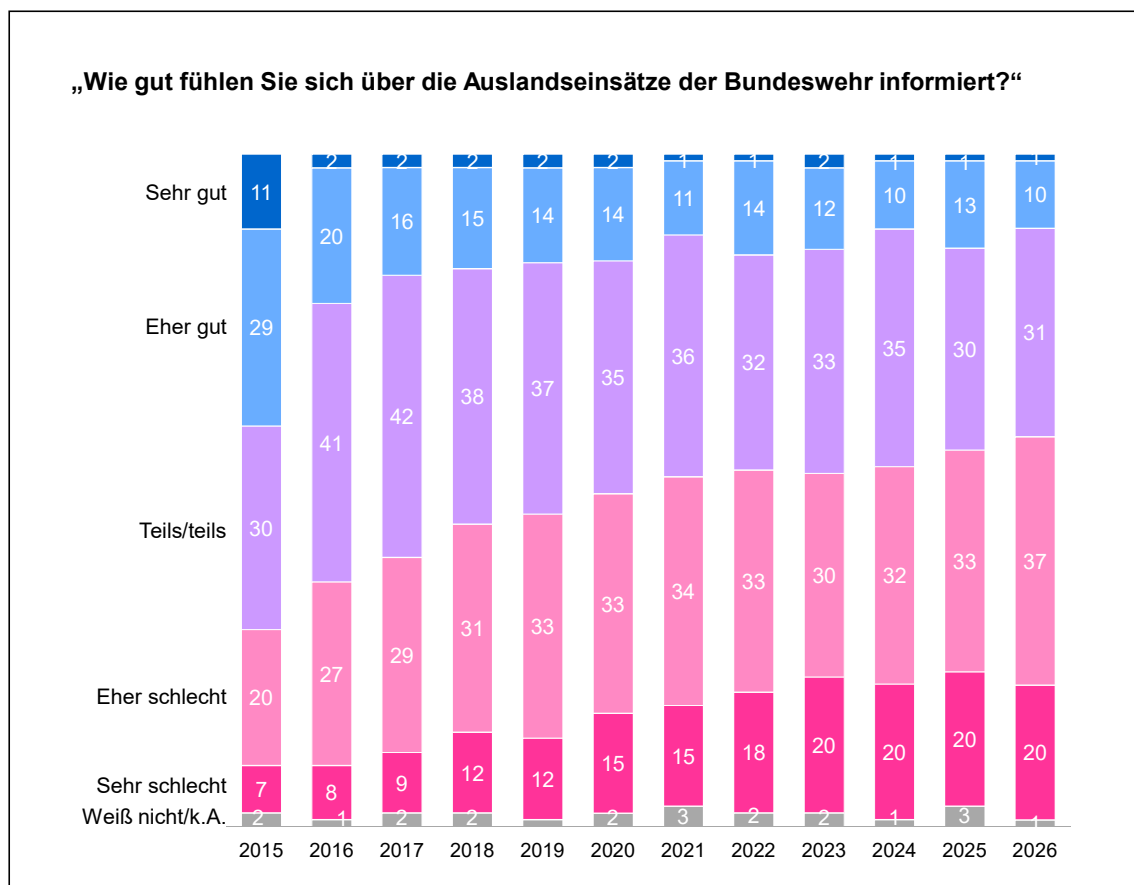
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Eine absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich schlecht über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland informiert. Und tatsächlich ist der Kenntnisstand der Befragten über die Auslandseinsätze sehr gering.

Nach eigener Einschätzung wissen die allermeisten Bürgerinnen und Bürger (76 bis 92 Prozent) eher wenig oder gar nichts über die verschiedenen Einsätze der Bundeswehr im Ausland (vgl. Abbildung 9.2). Im Vergleich zum Vorjahr ist der ohnehin schon geringe Kenntnisstand weiter gesunken, insbesondere zu den Einsätzen im Bereich des internationalen Krisenmanagements. Beim gefühlten Grad der Informiertheit – wie gut sich die Menschen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen – ist keine Trendwende in der negativen Entwicklung der vergangenen Jahre erkennbar: Der Anteil derjenigen, die sich sehr schlecht oder eher schlecht informiert fühlen, ist von 27 Prozent im Jahr 2015 kontinuierlich auf 57 Prozent im Jahr 2026 gestiegen (vgl. Abbildung 9.3). Im gleichen Zeitraum ist der Anteil derjenigen, die sich gut informiert fühlen, von 40 Prozent auf aktuell 11 Prozent gesunken.

Abbildung 9.3: Informiertheit über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland 2015–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2026.

Zusammenhang zwischen Kenntnisstand und Einstellung zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland

Im Folgenden werden der Kenntnisstand und die Einstellung zu den verschiedenen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland zueinander in Bezug gesetzt (vgl. Tabelle 9.1). Wie in den Vorjahren wird der große Einfluss erkennbar, den das subjektive Informationsniveau über die Auslandseinsätze auf die Einstellung zu diesen hat: Befragte, die über grundlegende Kenntnisse zu den Einsätzen verfügen, stimmen ihnen deutlich stärker zu als jene Befragten, die über wenige oder keine Kenntnisse verfügen. Dieser Zusammenhang ergibt sich gleichermaßen für die Einsätze des internationalen Krisenmanagements wie für die anerkannten Missionen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung.

Der in der Bevölkerung geringe Wissensstand über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland und der große Anteil Befragter, die sich grundsätzlich schlecht über sie informiert fühlen, ist auch deshalb bedenklich, weil die Zustimmung zu diesen Einsätzen stark vom Wissen über sie abhängt.

Die Zustimmungswerte von mehr und weniger informierten Befragten unterscheiden sich erheblich voneinander: Die Unterschiede variieren zwischen 21 und 37 Prozentpunkten. Die Befragten, die über ein gewisses Maß an Kenntnissen über die Einsätze verfügen, unterstützen diese mehrheitlich bzw. überwiegend. Umgekehrt erfährt bei Befragten mit geringeren Kenntnissen kaum ein Einsatz eine mehrheitliche Zustimmung. Einzige Ausnahme ist die Mission Baltic Sentry in der Ostsee. Damit konzentriert sich ein Großteil der Vorbehalte und Ablehnung bei jenen, die weniger über die Bundeswehr-Engagements im Ausland wissen – und dies trifft ausweislich der vorangegangenen Auswertung (vgl. Abbildung 9.2) auf die allermeisten Bürgerinnen und Bürger zu.

Tabelle 9.1: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Abhängigkeit vom Kenntnisstand

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Einsätzen im Ausland völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Der Einsatz der Bundeswehr ...“				
	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/k.A.
Ostsee (Baltic Sentry) ***				
Wissen vorhanden ³	85	12	4	0
Wissen nicht vorhanden ⁴	69	16	12	3
Litauen (enhanced Forward Presence) ***				
Wissen vorhanden	72	18	10	0
Wissen nicht vorhanden	36	29	31	4
Baltikum (Air Policing Baltikum) ***				
Wissen vorhanden	71	19	10	0
Wissen nicht vorhanden	37	32	28	4
Polen (enhanced Vigilance Activities) ***				
Wissen vorhanden	78	16	6	0
Wissen nicht vorhanden	46	26	25	3
Rumänien (enhanced Air Policing South) ***				
Wissen vorhanden	62	22	16	0
Wissen nicht vorhanden	33	29	34	4
Mittelmeer (Operation Sea Guardian) ***				
Wissen vorhanden	76	17	7	0
Wissen nicht vorhanden	46	29	23	3
Kosovo (KFOR) ***				
Wissen vorhanden	61	23	16	0
Wissen nicht vorhanden	29	31	36	4
Libanon (UNIFIL) ***				
Wissen vorhanden	57	28	14	1
Wissen nicht vorhanden	22	29	44	5
Libyen (EUNAVFOR Med Irini) ***				
Wissen vorhanden	48	28	24	0
Wissen nicht vorhanden	23	27	46	4
Südsudan (UNMISS) ***				
Wissen vorhanden	53	30	18	0
Wissen nicht vorhanden	23	23	49	4
Irak (Capacity Building Irak) ***				
Wissen vorhanden	39	33	28	0
Wissen nicht vorhanden	18	26	52	5
Jemen (EUNAVFOR Aspides) ***				
Wissen vorhanden	64	21	15	0
Wissen nicht vorhanden	27	28	41	4

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; 2) Antwortanteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst; 3) Antwortanteile „weiß sehr viel“ und „weiß eher viel“ zusammengefasst; 4) Antwortanteile „weiß eher wenig“ und „weiß gar nichts“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Abschließend soll betrachtet werden, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung Unterschiede in der Einstellung und im Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland bestehen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Einstellungen und der subjektive Kenntnisstand zu den sieben Einsätzen im Bereich des internationalen Krisenmanagements (IKM) und zu den fünf Missionen der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) jeweils in Indexvariablen zusammengefasst. Die Indexvariablen haben einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung bzw. niedriger Kenntnisstand) bis 1 (völlige Zustimmung bzw. hoher Kenntnisstand). Ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Einstellung bzw. mittlere Kenntnisse.

Die Bundeswehr-Missionen der Landes- und Bündnisverteidigung werden in allen Gruppen in der deutschen Bevölkerung im Durchschnitt stärker befürwortet als die Einsätze des internationalen Krisenmanagements. Unabhängig vom Einsatztypus ist der durchschnittliche Kenntnisstand über die Auslandseinsätze in allen Gruppen gering.

Obgleich zwischen den untersuchten Gruppen statistisch signifikante Unterschiede bestehen, unterscheiden sich deren Mittelwerte nicht substantiell (vgl. Tabelle 9.2). Mit einigen wenigen Ausnahmen ist die Einstellung zu den LV/BV-Missionen in allen Gruppen im Durchschnitt überwiegend positiv, während die IKM-Einsätze auf ein eher geteiltes bis kritisches Echo stoßen. Frauen, Wählerinnen und Wähler der AfD und der Linken, die Gruppe der Nichtwähler sowie Befragte in Süddeutschland haben eine im Durchschnitt eher ambivalente Einstellung zu den LV/BV-Missionen. Befragte mit Migrationshintergrund sowie Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU und SPD bewerten LV/BV-Missionen im Durchschnitt deutlich positiver als die entsprechenden Vergleichsgruppen.

Der subjektive Kenntnisstand zu den LV/BV- und den IKM-Einsätzen ist in allen Gruppen ähnlich gering, bei den LV/BV-Missionen ist er jedoch in allen Gruppen im Durchschnitt größer als bei den IKM-Einsätzen. Das subjektive Wissen zu beiden Einsatztypen nimmt mit dem Alter und Bildungsniveau der Befragten zu. Frauen, die 16–29-Jährigen, die Gruppe der Nichtwähler sowie Befragte in Süddeutschland haben im Durchschnitt einen geringeren Kenntnisstand als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Junge Frauen (16–29 Jahre) haben nach eigener Einschätzung einen im Durchschnitt geringeren Kenntnisstand über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland.

Tabelle 9.2: Einstellung und Kenntnisstand zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

	Einstellung		Kenntnisstand	
	LV/BV	IKM	LV/BV	IKM
Insgesamt	0,60	0,46	0,26	0,20
Geschlecht	***	***	***	***
Männer	0,63	0,49	0,33	0,26
Frauen	0,57	0,43	0,19	0,15
Alter	*	n.s.	***	***
16 bis 29 Jahre	0,57	0,45	0,20	0,15
30 bis 49 Jahre	0,60	0,46	0,26	0,21
50 bis 69 Jahre	0,61	0,46	0,27	0,22
70 Jahre und älter	0,62	0,47	0,28	0,21
Bildungsniveau	n.s.	*	*	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,61	0,48	0,28	0,22
Realschulabschluss	0,60	0,46	0,26	0,20
Hauptschulabschluss	0,59	0,43	0,24	0,19
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	*	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,59	0,45	0,26	0,20
2.001 bis 4.000 Euro	0,62	0,48	0,27	0,21
Bis 2.000 Euro	0,56	0,44	0,24	0,19
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,66	0,49	0,31	0,24
SPD	0,64	0,53	0,30	0,24
AfD	0,55	0,41	0,26	0,20
Die Linke	0,52	0,42	0,24	0,19
Bündnis 90/Die Grünen	0,61	0,46	0,25	0,18
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,57	0,43	0,20	0,16
Region	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,62	0,46	0,27	0,21
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,61	0,48	0,28	0,23
Süddeutschland (BW, BY)	0,56	0,43	0,23	0,17
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,62	0,47	0,26	0,21
Migrationshintergrund	***	*	*	n.s.
Ja	0,66	0,49	0,29	0,22
Nein	0,59	0,46	0,25	0,20

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung/niedriger Kenntnisstand; 1 – völlige Zustimmung/hoher Kenntnisstand]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die vier abhängigen Variablen weisen alle eine sehr gute Skalenreliabilität auf (Cronbachs alpha: 0,89 [Einstellung LV/BV]; 0,90 [Einstellung IKM]; 0,86 [Kenntnisstand LV/BV]; 0,89 [Kenntnisstand IKM]). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

10 Deutschlands Engagement in EU und Vereinten Nationen

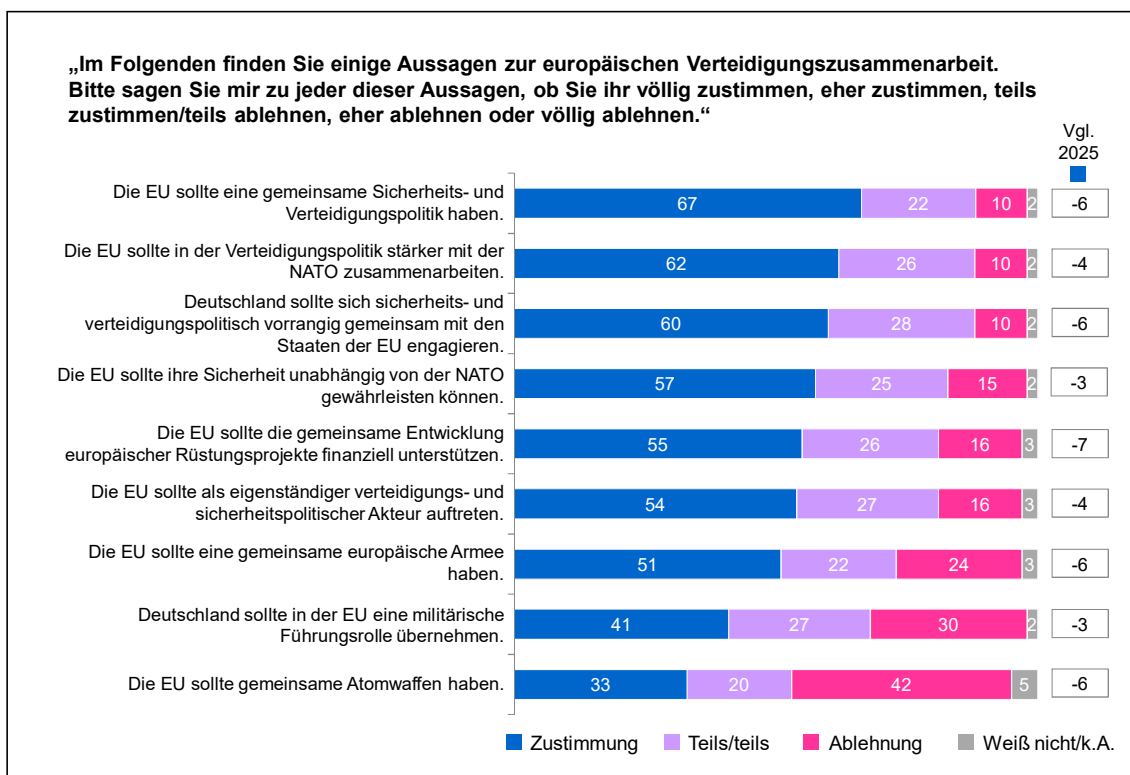
Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

Seit vielen Jahren besteht in der deutschen Bevölkerung eine überaus positive Einstellung zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union. Nachdem der öffentliche Zuspruch zu allen Aspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit 2025 stark zunahm, ist aktuell ein Rückgang zu beobachten, der in der Größenordnung dem Zuwachs des Vorjahres entspricht, sodass in etwa die Werte des Jahres 2024 erreicht werden. Die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur EU-Verteidigungskooperation bleibt weiterhin überaus positiv und entspricht dem mehrjährigen Durchschnitt.

Eine absolute Mehrheit der Befragten befürwortet eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (67 Prozent; -6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025), finanzielle Unterstützung europäischer Rüstungsprojekte (55 Prozent; -7 Prozentpunkte), das Auftreten der EU als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur (54 Prozent; -4 Prozentpunkte) und eine gemeinsame europäische Armee (51 Prozent; -6 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 10.1). Trotz des großen öffentlichen Zuspruchs zur Vertiefung der EU-Verteidigungskooperation plädiert eine klare Mehrheit (62 Prozent; -4 Prozentpunkte) für eine engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Darüber hinaus sind 60 Prozent (-6 Prozentpunkte) der Befragten davon überzeugt, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren sollte. Geringer fällt der öffentliche Zuspruch zu einer militärischen Führungsrolle Deutschlands in der EU aus: 41 Prozent sprechen sich dafür aus, 27 Prozent sind unentschlossen und 30 Prozent lehnen dies ab. Die Frage, ob die EU gemeinsame Atomwaffen haben sollte, wird überwiegend verneint (42 Prozent Ablehnung; 20 Prozent unentschlossen; 33 Prozent Zustimmung).

Der große öffentliche Zuspruch sowohl zur NATO als auch zur EU-Verteidigungskooperation und der Wunsch nach einer verstärkten Kooperation zwischen der NATO und der EU sind Ausdruck einer grundlegend multilateralen Orientierung in der deutschen Bevölkerung. Dementsprechend wird die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit von den Bürgerinnen und Bürgern als Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden und nicht als mögliche Konkurrenz.

Abbildung 10.1: Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

Hinsichtlich der Kooperation zwischen der EU und der NATO scheinen sich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger zu widersprechen. Während aktuell 57 Prozent (-3 Prozentpunkte) der Befragten dafür plädieren, dass die EU ihre Sicherheit unabhängig von der NATO gewährleisten können sollte, sprechen sich 62 Prozent für eine engere Zusammenarbeit von EU und NATO in der Verteidigungspolitik aus. Dieser scheinbare Widerspruch kann jedoch aufgelöst werden: Die Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO (vgl. Abschnitt 8) korreliert statistisch signifikant und positiv mit allen genannten Aspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit, d.h. je mehr Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO unterstützt wird, desto stärker wird auch die EU-Verteidigungszusammenarbeit befürwortet.⁵

⁵ Bivariate Korrelation nach Pearson zwischen der prinzipiellen NATO-Bündnistreue bzw. der praktischen NATO-Bündnissolidarität (vgl. Abschnitt 8) und der Einstellung zu einer gemeinsamen EU-Armee ($r = 0,32$ bzw. $0,37$; $p < 0,001$), zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ($r = 0,43$ bzw. $0,44$; $p < 0,001$), zur EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur ($r = 0,33$ bzw. $0,37$; $p < 0,001$), zur gemeinsamen Finanzierung von Rüstungsprojekten ($r = 0,47$ bzw. $0,57$; $p < 0,001$) und zu gemeinsamen EU-Atomwaffen ($r = 0,34$ bzw. $0,40$; $p < 0,001$).

Der Ausbau und die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit wird von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger als ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden.

Die Gruppe der Befürworter der prinzipiellen NATO-Bündnistreue in der deutschen Bevölkerung stimmt außerdem allen Teilaspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker zu als die Gruppe der entschiedenen NATO-Gegner: Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU liegt bei 81 statt 29 Prozent; zur EU als eigenständigem sicherheitspolitischen Akteur bei 65 statt 19 Prozent; zur gemeinsamen Finanzierung von europäischen Rüstungsprojekten durch die EU bei 72 statt 23 Prozent; zu einer gemeinsamen EU-Armee bei 63 statt 25 Prozent; zu gemeinsamen europäischen Atomwaffen bei 49 statt 6 Prozent (vgl. Tabelle 10.1).

Tabelle 10.1: Zustimmung zu Aussagen über die EU-Verteidigungszusammenarbeit in Abhängigkeit von der Ausprägung der prinzipiellen NATO-Bündnistreue

Prinzipielle NATO-Bündnistreue	<u>Zustimmung</u>				
	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur	Gemeinsame Finanzierung von Rüstungsprojekten	Gemeinsame Armee	Gemeinsame Atomwaffen
Befürworter	81	65	72	63	49
Gegner	29	19	23	25	6

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von den Befürwortern der prinzipiellen NATO-Bündnistreue stimmen 81 Prozent einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Engagement in den Vereinten Nationen

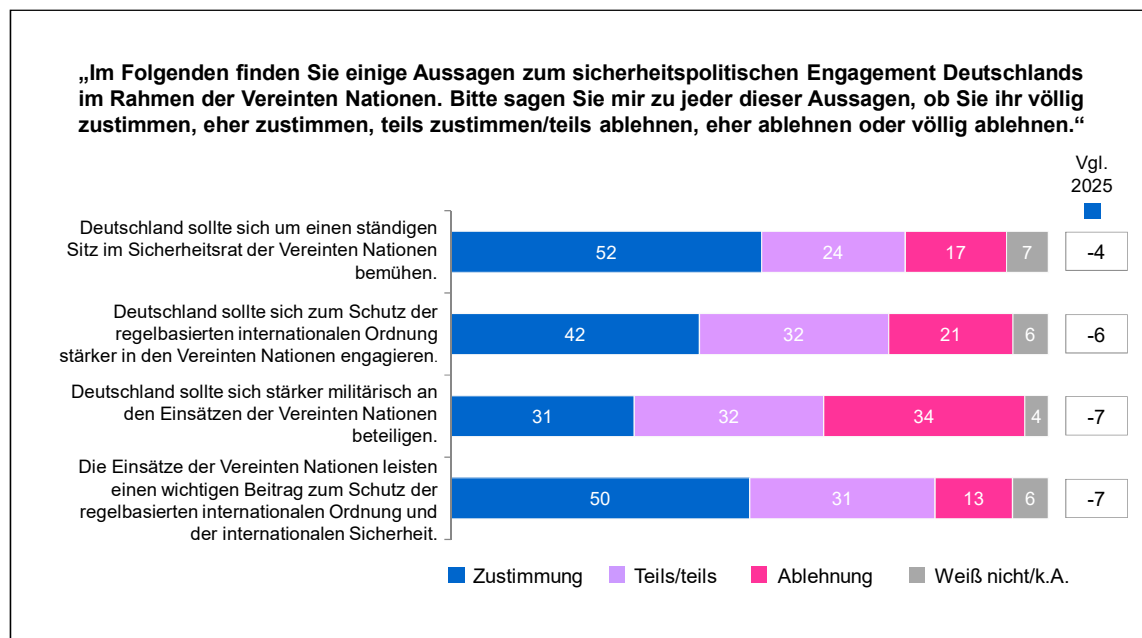
Im Vergleich zum Vorjahr ist der öffentliche Zuspruch zu Deutschlands Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen gesunken (vgl. Abbildung 10.2). Eine Mehrheit der Befragten unterstützt Deutschlands Bemühen um einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat (52 Prozent; -4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025).⁶ Eine relative Mehrheit (42 Prozent; -6 Prozentpunkte) plädiert dafür, dass sich Deutschland zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung stärker in den Vereinten Nationen engagieren sollte. Die Aussage, Deutschland sollte sich an den VN-Einsätzen stärker militärisch beteiligen, stößt in der Bevölkerung allerdings auf ein geteiltes Echo: 31 Prozent (-7 Prozentpunkte)

⁶ Deutschland scheiterte am 3. Juni 2026 mit seiner Bewerbung um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Jahre 2027 und 2028. Dieses Ereignis fand nach dem Ende der Befragung statt (24. Mai 2026) und kann sich somit nicht auf das Antwortverhalten der Befragten ausgewirkt haben.

plädieren für ein stärkeres militärisches Engagement, ein Drittel (32 Prozent) ist geteilter Meinung und etwas mehr als ein Drittel (34 Prozent) lehnt dies ab. Eine Mehrheit ist grundsätzlich davon überzeugt, dass die Einsätze der Vereinten Nationen einen wichtigen Beitrag zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung und der internationalen Sicherheit leisten (50 Prozent; -7 Prozentpunkte).

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger spricht den Vereinten Nationen Bedeutung für die internationale Sicherheit zu und wünscht sich, dass Deutschland im VN-Sicherheitsrat mitentscheiden kann, wäre aber nicht bereit, die damit einhergehende Verantwortung für die globale Sicherheit mit einem stärkeren militärischen Engagement zu hinterlegen.

Abbildung 10.2: Aussagen zu Deutschlands Engagement in den Vereinten Nationen



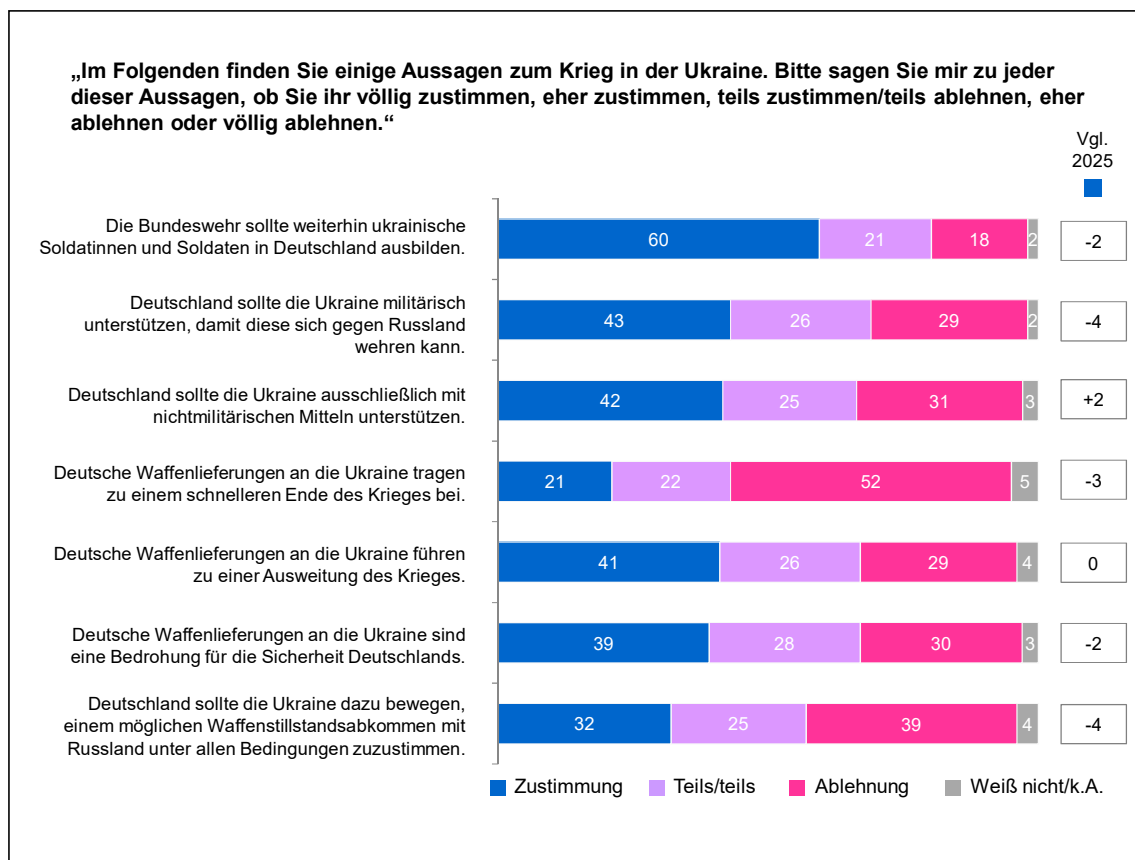
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2025 und 2026.

11 Militärische Unterstützung der Ukraine

Deutschland ist aktuell der größte Unterstützer der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland. Eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent (-2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) unterstützt die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr in Deutschland (vgl. Abbildung 11.1). Nur 18 Prozent der Befragten lehnen diese Form der militärischen Unterstützung der Ukraine ab. Eine relative Mehrheit von 43 Prozent (-4 Prozentpunkte) spricht sich grundsätzlich dafür aus, die Ukraine militärisch zu unterstützen, damit diese sich gegen Russland wehren kann. Ein Viertel (26 Prozent) ist hier geteilter Meinung und etwas mehr als ein Viertel (29 Prozent) lehnt eine solche Unterstützung ab. Hinsichtlich einer ausschließlich nichtmilitärischen Unterstützung der Ukraine zeigt sich eine ähnliche Antwortverteilung.

Abbildung 11.1: Aussagen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Für die möglichen Auswirkungen der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine offenbart sich ein differenziertes Meinungsbild. In der Einschätzung, ob deutsche Waffenlieferungen zu einer Ausweitung des Krieges führen, sind sich die Befragten uneins: 41 Prozent (keine Veränderung) befürchten eine Ausweitung des Krieges durch diese Lieferungen an die Ukraine, ein Viertel ist unentschieden und 29 Prozent (-2 Prozentpunkte) teilen diese Sorge nicht. Ähnlich ambivalent äußern sich die Bürgerinnen und Bürger zu der Frage, ob deutsche Waffenlieferungen eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellen: 39 Prozent (-2 Prozentpunkte) sehen hier ein Sicherheitsrisiko, 28 Prozent sind unentschieden und 30 Prozent (keine Veränderung) sehen darin keine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Dass deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine zu einem schnelleren Ende des Krieges beitragen, glaubt nur ein Fünftel der Befragten (21 Prozent; -3 Prozentpunkte), 22 Prozent sind geteilter Meinung und eine Mehrheit von 52 Prozent (+2 Prozentpunkt) glaubt dies nicht. Ebenfalls gespalten ist die öffentliche Meinung in der Frage, ob Deutschland die Ukraine dazu bewegen sollte, einem möglichen Waffenstillstandsabkommen mit Russland unter allen Bedingungen zuzustimmen: 32 Prozent (-4 Prozentpunkte) plädieren dafür, 25 Prozent sind unentschieden und 39 Prozent (+2 Prozentpunkte) lehnen dies ab.

Zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der Bevölkerung besteht eine Reihe statistisch signifikanter Unterschiede in den Einstellungen zur militärischen Unterstützung für die Ukraine (vgl. Tabelle 11.1). Männer befürworten eine militärische Unterstützung der Ukraine etwas stärker als Frauen. Die generelle Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine steigt mit dem Bildungsniveau der Befragten. Insbesondere der Zuspruch zur Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr nimmt mit dem Alter der Befragten zu. Die Einstellungsunterschiede zwischen den Einkommensgruppen sind entweder marginal oder folgen keinem klar erkennbaren Muster. Befragte mit Migrationshintergrund sprechen sich stärker für die militärische Unterstützung aus und haben insgesamt weniger Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen von Waffenlieferungen als Befragte ohne Migrationshintergrund. Die militärische Unterstützung der Ukraine erhält von den Wählerinnen und Wählern der CDU/CSU, der SPD und der Grünen den größten Zuspruch. Die Anhängerschaft der AfD und der Linken sowie Befragte in Ostdeutschland lassen die geringste Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine erkennen, während die möglichen Bedenken gegenüber deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine sowie der Zuspruch zu einem bedingungslosen Waffenstillstand mit Russland in diesen Gruppen am stärksten ausgeprägt sind.

Tabelle 11.1: Zustimmung zu Aussagen über Deutschlands Unterstützung für die Ukraine in soziodemografischen Gruppen

	<u>Unterstützung</u>			<u>Waffenlieferungen</u>			<u>Waffenstillstands- abkommen unter allen Bedingungen</u>
	Militärisch	Nur zivil	Ausbildung Soldaten	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Gefahr für DEU	
Insgesamt	43	42	60	21	41	39	32
Geschlecht	**	***	***	n.s.	**	**	n.s.
Männer	45	39	62	22	40	37	33
Frauen	41	44	57	20	43	41	31
Alter	**	n.s.	***	***	**	n.s.	**
16 bis 29 Jahre	44	41	53	26	43	38	33
30 bis 49 Jahre	42	40	57	21	40	39	32
50 bis 69 Jahre	41	44	62	19	42	41	34
70 Jahre und älter	50	40	66	20	40	36	28
Bildungsniveau	***	***	**	*	n.s.	n.s.	*
Hochschul- bzw. Fach- hochschulreife	47	38	63	22	38	37	29
Realschulabschluss	42	43	59	22	44	40	34
Hauptschulabschluss	38	46	57	16	42	39	31
Haushaltsnetto- einkommen pro Monat	***	n.s.	***	n.s.	n.s.	n.s.	*
4.001 Euro und mehr	45	38	56	20	43	40	35
2.001 bis 4.000 Euro	44	42	64	22	41	38	30
Bis 2.000 Euro	38	41	55	19	43	40	38
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***	***	***	***
CDU/CSU	55	35	73	25	32	29	22
SPD	55	42	71	25	37	33	31
AfD	29	49	41	16	54	55	49
Die Linke	31	52	47	15	54	40	39
Bündnis 90/Die Grünen	50	35	65	25	30	23	21
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	36	42	54	17	46	46	34
Region	***	***	***	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	46	39	68	22	38	40	31
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	36	50	53	23	53	46	44
Süddeutschland (BW, BY)	38	38	48	17	43	40	32
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	50	40	69	23	35	33	26
Migrationshintergrund	***	***	***	***	***	***	n.s.
Ja	51	34	70	29	32	27	31
Nein	42	42	58	20	43	40	32

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Ausgewiesen sind die zusammengefassten Antwortanteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2026.

Weiterführende Analysen offenbaren, dass die Zustimmung zu Deutschlands Unterstützung der Ukraine auch davon abhängt, ob Russland als Bedrohung wahrgenommen wird: Die Bevölkerungsmehrheit, die Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnimmt, stimmt der *militärischen* Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen und der Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr im Besonderen stärker zu und ist eher davon überzeugt, dass deutsche Waffenlieferungen zu einem schnelleren Kriegsende führen können, als jene Minderheit der Befragten, die in Russland keine Bedrohung sehen (vgl. Tabelle 11.2). Sorgen vor einer möglichen Ausweitung des Krieges und einer potenziellen Gefährdung Deutschlands durch Waffenlieferungen an die Ukraine bestehen in weiten Teilen der Bevölkerung unabhängig von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland. Sie sind im direkten Vergleich jedoch deutlich stärker in der Gruppe der Befragten ausgeprägt, die Russland *nicht* als Bedrohung wahrnehmen. Jene Befragten, die in Russland keine Bedrohung sehen, sprechen sich deutlich stärker dafür aus, dass Deutschland die Ukraine zu einem Waffenstillstandsabkommen mit Russland unter allen Bedingungen bewegen sollte.

Die Zustimmung zu Deutschlands militärischer Unterstützung der Ukraine hängt auch davon ab, ob die Befragten Russland als Bedrohung wahrnehmen.

Tabelle 11.2: Zustimmung zur Unterstützung für die Ukraine in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland

Bedrohungs- wahrnehmung Russland	<u>Unterstützung</u>			<u>Waffenlieferungen</u>			<u>Waffenstill- standsab- kommen</u>
	Militärisch	Nur zivil	Ausbildung Soldaten	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Gefahr für DEU	
Bedrohung	51	40	69	25	38	36	29
Keine Bedrohung	20	46	32	10	54	47	44

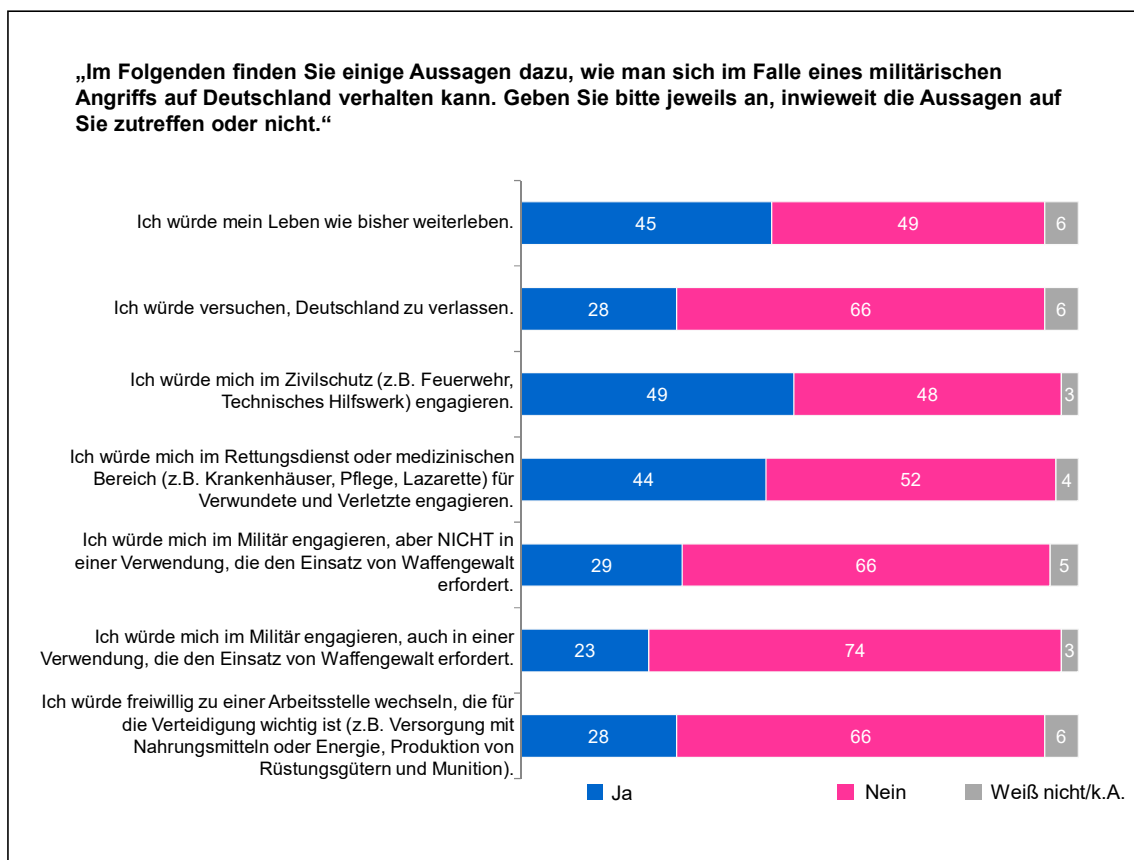
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortoptionen „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, sprechen sich 51 Prozent für eine militärische Unterstützung der Ukraine aus.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

12 Persönliche Verteidigungsbereitschaft

Im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland sind unterschiedliche Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger möglich. Eine Reihe möglicher Verhaltensweisen wurde den Befragten im Jahr 2026 erstmals vorgelegt (vgl. Abbildung 12.1). Die Abfrage der Verhaltensweisen erfolgte in randomisierter Reihenfolge, d.h. die Items wurden zufällig rotiert. Die Einstellung der Befragten zu den verschiedenen Optionen wurde einzeln abgefragt, sodass mehrere Verhaltensweisen bejaht werden konnten. Die Selbsteinschätzung des eigenen potenziellen Verhaltens in einem hypothetischen Verteidigungsfall (der im Konkreten außerdem sehr unterschiedlich ausfallen kann) ist ein wenig belastbarer Indikator, weshalb die erhobenen Werte nur eine sehr grobe Einschätzung zum Verhalten der Bürgerinnen und Bürger darstellen können.

Abbildung 12.1: Mögliches Verhalten im Verteidigungsfall



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Anteile „ja“ und „eher ja“ sowie „nein“ und „eher nein“ jeweils zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland würden 45 Prozent der Bürgerinnen und Bürger versuchen, ihr Leben wie bisher weiterzuleben; 49 Prozent können sich das nicht vorstellen. Diese Antwortoption schließt andere Verhaltensweisen nicht aus, weshalb sie nicht mit „Nichtstun“ gleichzusetzen ist: Von den Befragten, die angeben, ihr Leben wie bisher weiterleben zu wollen, kann sich ein großer Teil ein Engagement im Zivilschutz (46 Prozent), im medizinischen Bereich (44 Prozent) oder im Militär vorstellen (mit Waffengewalt: 18 Prozent; ohne Waffengewalt: 30 Prozent).

Etwas mehr als ein Viertel (28 Prozent) der Befragten würde versuchen, Deutschland zu verlassen, während zwei Drittel (66 Prozent) dableiben würden. Ein Engagement im Zivilschutz (z.B. bei der Feuerwehr oder dem Technischen Hilfswerk) kann sich etwa die Hälfte (49 Prozent) der Befragten vorstellen. Viele Bürgerinnen und Bürger (44 Prozent) wären auch bereit, sich im Rettungsdienst oder im medizinischen Bereich für Verwundete einzusetzen. Ein Engagement im Militär ohne den Einsatz von Waffengewalt können sich 29 Prozent vorstellen, während dies für 23 Prozent auch mit Waffengewalt vorstellbar ist. Etwas mehr als ein Viertel (28 Prozent) würde im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland freiwillig zu einer Arbeitsstelle wechseln, die für die Verteidigung relevant ist (z.B. Energie- und Rüstungsindustrie).

Zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung besteht eine Vielzahl von Unterschieden hinsichtlich der möglichen Verhaltensweisen im Verteidigungsfall (vgl. Tabelle 12.1). Unter den jungen Frauen (16–29 Jahre) können sich nur die wenigsten vorstellen, ihr Leben wie bisher weiterzuleben (33 Prozent); die Hälfte (53 Prozent) von ihnen würde stattdessen versuchen, Deutschland zu verlassen. Deutlich mehr Männer als Frauen wären bereit für ein Engagement im Zivilschutz (61 zu 37 Prozent), im Militär (36 zu 22 Prozent bzw. 37 zu 9 Prozent) oder in der verteidigungsrelevanten Industrie (34 zu 22 Prozent) – unabhängig vom Alter der Befragten. Dagegen ist die Bereitschaft, sich im medizinischen Bereich zu engagieren, unter den Frauen (51 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt als unter den Männern (36 Prozent). Im Vergleich der Altersgruppen fällt auf, dass die Älteren (70 Jahre und älter) insgesamt die geringste Einsatzbereitschaft erklären (mutmaßlich der eigenen körperlichen Belastbarkeit wegen) und am ehesten versuchen würden, ihr Leben wie bisher weiterzuleben; auch lässt diese Gruppe die geringste Fluchtbereitschaft erkennen. Beim Vergleich der Gruppen unterschiedlicher Bildung fällt auf, dass diejenigen mit dem niedrigsten formalen Bildungsabschluss (Hauptschulabschluss) die vergleichsweise geringste Flucht- und Einsatzbereitschaft aufweisen und in großer Mehrheit (60 Prozent) versuchen würden, ihr Leben wie bisher weiterzuleben.

Tabelle 12.1: Mögliches Verhalten im Verteidigungsfall in soziodemografischen Gruppen

	Weiter- leben	Flucht	Zivil- schutz	Mediz. Bereich	Militär ohne Waffe	Militär mit Waffe	Industrie
Insgesamt	45	28	49	44	29	23	28
Geschlecht	n.s.	***	***	***	***	***	***
Männer	47	21	61	36	36	37	34
Männer (16–29 Jahre)	47	28	57	31	36	36	34
Frauen	43	34	37	51	22	9	22
Frauen (16–29 Jahre)	33	53	38	51	22	10	25
Alter	***	***	***	***	**	***	***
16 bis 29 Jahre	40	40	48	41	30	24	30
30 bis 49 Jahre	38	30	56	45	30	30	31
50 bis 69 Jahre	48	25	51	49	29	23	29
70 Jahre und älter	56	17	32	35	22	10	18
Bildungsniveau	***	***	***	***	n.s.	***	n.s.
Hochschul- bzw. Fach- hochschulreife	38	34	54	42	31	30	28
Realschulabschluss	43	28	48	48	29	21	27
Hauptschulabschluss	60	15	44	38	25	17	29
Haushaltsnettoeinkom- men pro Monat	***	***	***	n.s.	n.s.	***	n.s.
4.001 Euro und mehr	41	34	52	42	29	26	29
2.001 bis 4.000 Euro	46	27	50	46	30	25	28
Bis 2.000 Euro	52	23	38	41	23	15	28
Wahlabsicht Bundestagswahl	*	***	***	***	***	***	***
CDU/CSU	47	20	51	41	29	26	26
SPD	53	17	57	52	37	23	32
AfD	42	29	49	39	30	37	34
Die Linke	41	42	36	43	25	11	14
Bündnis 90/Die Grünen	45	38	52	49	27	15	28
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	43	33	44	42	23	17	26
Region	***	n.s.	***	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	48	28	53	46	27	27	32
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	43	26	51	49	34	24	35
Süddeutschland (BW, BY)	50	28	38	32	20	14	18
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	40	29	54	50	33	28	30
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	**	n.s.	n.s.	n.s.	*
Ja	46	29	57	53	33	23	34
Nein	45	28	48	43	28	23	27

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „ja“ und „eher ja“ wurden zusammengefasst. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Die Bereitschaft zum Engagement im Zivilschutz, im medizinischen Bereich und in den Streitkräften ist in der niedrigsten Einkommensgruppe deutlich schwächer ausgeprägt als in den höheren. Im Vergleich der Regionen ist die Einsatzbereitschaft von Befragten in Süddeutschland am geringsten. Befragte mit Migrationshintergrund erklären eine etwas größere Bereitschaft, sich im Verteidigungsfall persönlich zu engagieren als Befragte ohne Migrationshintergrund.

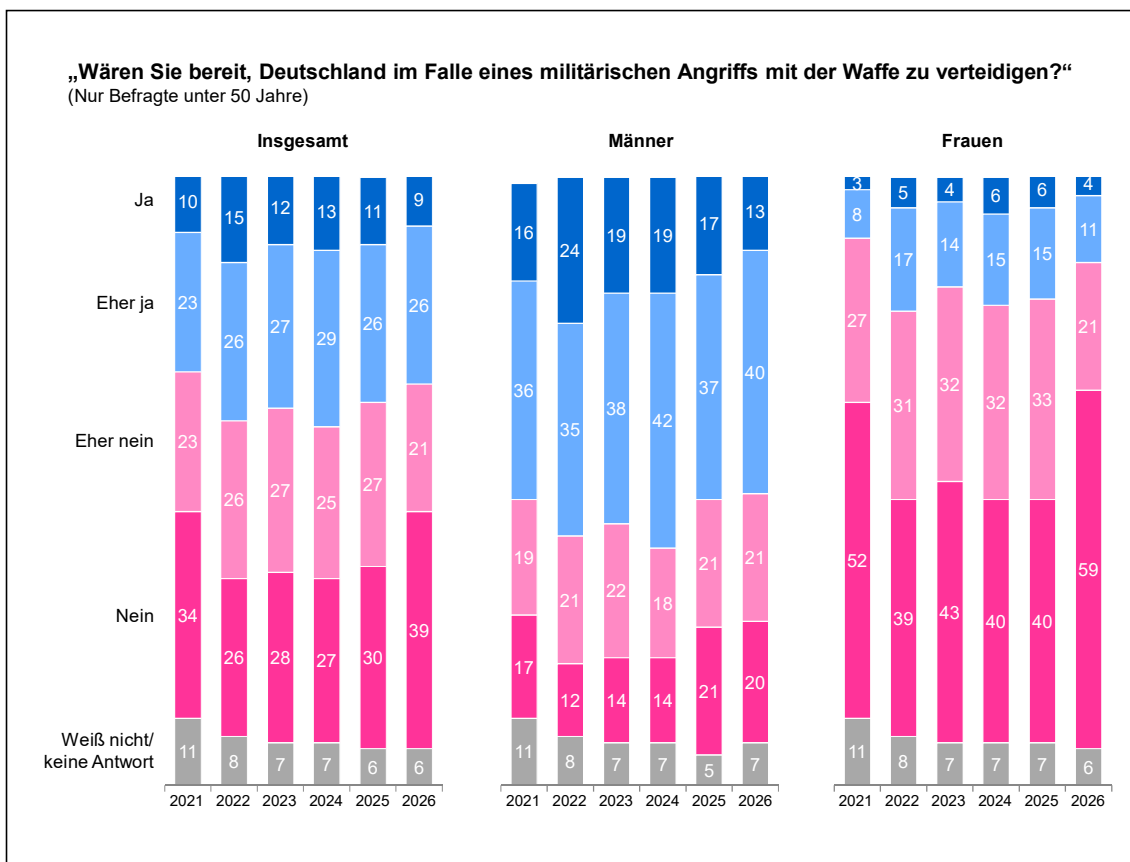
Zwischen den Wählergruppen besteht ebenfalls eine Reihe bemerkenswerter Unterschiede hinsichtlich der Selbsteinschätzung des möglichen Verhaltens im Verteidigungsfall. Die Wählerinnen und Wähler der Linken zeichnen sich durch die vergleichsweise größte Fluchtbereitschaft und die geringste Einsatzbereitschaft im Zivilschutz, in verteidigungsrelevanten Wirtschaftsbereichen und im Militär aus. Bei den Befragten mit einer Wahlpräferenz für die SPD verhält es sich genau umgekehrt: Von allen Wählergruppen weisen die Wählerinnen und Wähler der SPD die geringste Fluchtbereitschaft und die insgesamt größte persönliche Einsatzbereitschaft auf. Die Bereitschaft, sich im Verteidigungsfall im Militär (auch unter Einsatz von Waffengewalt) zu engagieren, ist bei der Wählerschaft der AfD vergleichsweise stark ausgeprägt.

Persönliche Verteidigungsbereitschaft mit der Waffe

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter 50 Jahren ($n = 1.098$) wurden außerdem gefragt, ob sie grundsätzlich bereit wären, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger erneut gesunken und erreicht etwa das Niveau von 2021 (vgl. Abbildung 12.2). Aktuell geben 35 Prozent (-2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) der Befragten an, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe verteidigen zu wollen, während dies 60 Prozent (+3 Prozentpunkte) verneinen. 6 Prozent der Befragten wollten oder konnten diese Frage nicht beantworten. In allen Erhebungsjahren ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Männer (52 bis 61 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt als die der Frauen (11 bis 22 Prozent).

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger würde im Angriffsfall nicht mit der Waffe kämpfen wollen. Einen Mangel an „freiwilligen Kämpferinnen und Kämpfern“ im wehrfähigen Alter gibt es dennoch nicht: Eine Mehrheit der Männer erklärt sich zur Verteidigung Deutschlands mit der Waffe bereit. Allein in der Gruppe der 20–40-Jährigen bekunden 50 Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen ihre persönliche Verteidigungsbereitschaft. In absoluten Zahlen entspräche das gemäß Zensus fünf Millionen Männern und etwas weniger als zwei Millionen Frauen.

Abbildung 12.2: Persönliche Verteidigungsbereitschaft 2021–2026, nur Befragte unter 50 Jahre



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (2026: n = 1.098).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2026.

Die persönliche Verteidigungsbereitschaft unterscheidet sich zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen (vgl. Tabelle 12.2): Männer im Alter von 30 bis 49 Jahren (56 Prozent), die Wählerinnen und Wähler der SPD (52 Prozent), der AfD (47 Prozent) und der CDU/CSU (46 Prozent) sowie Befragte mit Migrationshintergrund (47 Prozent) sind am ehesten bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Die geringste Bereitschaft besteht hierfür bei den Frauen (15 Prozent), der Wählerschaft der Linken (16 Prozent) und der Grünen (21 Prozent), der Gruppe der Nichtwähler (24 Prozent) sowie bei Befragten in Süddeutschland (27 Prozent). Die persönliche Verteidigungsbereitschaft steigt mit dem Haushaltseinkommen der Befragten und ist bei Befragten mit einem (Fach-)Hochschulabschluss stärker ausgeprägt als bei Befragten mit einem Hauptschul- oder Realschulabschluss.

Tabelle 12.2: Persönliche Verteidigungsbereitschaft in soziodemografischen Gruppen

„Wären Sie bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?“			
	Ja ¹	Nein ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	34	60	6
Geschlecht ***			
Männer (unter 50 Jahre)	53	41	7
Männer (16 bis 29 Jahre)	47	46	7
Männer (30 bis 49 Jahre)	56	37	7
Frauen (unter 50 Jahre)	15	79	6
Frauen (16 bis 29 Jahre)	16	81	3
Frauen (30 bis 49 Jahre)	15	78	6
Bildungsniveau ^{n.s.}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	38	46	6
Realschulabschluss	32	61	7
Hauptschulabschluss	35	57	8
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **			
4.001 Euro und mehr	39	56	5
2.001 bis 4.000 Euro	32	63	5
Bis 2.000 Euro	28	63	10
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	46	50	5
SPD	52	43	5
AfD	47	48	6
Die Linke	16	81	3
Bündnis 90/Die Grünen	21	76	4
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	24	66	9
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	36	59	5
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	33	57	10
Süddeutschland (BW, BY)	27	67	7
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	40	56	4
Migrationshintergrund ***			
Ja	47	44	9
Nein	33	52	6

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „ja“ und „eher ja“ zusammengefasst; 2) Anteile „nein“ und „eher nein“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 1.098). Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Zusätzlich wurden (alle) Befragten gebeten, einzuschätzen, ob die meisten anderen Leute bereit wären, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Etwas mehr als ein Drittel (35 Prozent) ist davon überzeugt, dass die meisten Mitbürgerinnen und Mitbürger mit der Waffe kämpfen würden, 56 Prozent glauben das nicht und 9 Prozent haben dazu keine Angabe gemacht. Diese subjektive Einschätzung der gesellschaftlichen Verteidigungsbereitschaft liegt erstaunlich nahe an den erhobenen Werten zur persönlichen Verteidigungsbereitschaft (vgl. Abbildung 12.2).

Die *persönliche* Verteidigungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger steht in einem starken Zusammenhang mit der subjektiven Einschätzung der *gesellschaftlichen* Verteidigungsbereitschaft: Fehlendes Vertrauen in die Mitmenschen beeinträchtigt die eigene Bereitschaft, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen, massiv.

Wie die Ergebnisse in Tabelle 12.3 demonstrieren, sind Befragte, die davon überzeugt sind, dass die meisten ihrer Mitmenschen Deutschland mit der Waffe verteidigen würden, sehr viel eher bereit, selbst mit der Waffe zu kämpfen (61 Prozent), als diejenigen, die nicht an die Verteidigungsbereitschaft der Mitmenschen glauben (20 Prozent). Umgekehrt glauben jene Befragte, die selbst bereit wären, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen, eher, dass ihre Mitmenschen im Verteidigungsfall ebenfalls mit der Waffe kämpfen würden. Die eigene Kampfbereitschaft hängt folglich mit dem Glauben an die Verteidigungsbereitschaft der Gesellschaft zusammen.

Tabelle 12.3: Persönliche Verteidigungsbereitschaft in Abhängigkeit von der Einschätzung der gesellschaftlichen Verteidigungsbereitschaft, nur Befragte unter 50 Jahre

Was glauben Sie, wären die meisten anderen Leute bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?	Wären sie bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?		
	Ja ¹	Nein ²	W.n./k.A.
Ja ¹	61	34	5
Nein ²	20	76	4

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „ja“ und „eher ja“ zusammengefasst; 2) Anteile „nein“ und „eher nein“ zusammengefasst. Lesebeispiel: Von denjenigen, die glauben, dass die meisten anderen Leute mit der Waffe kämpfen würden, geben 61 Prozent an, sie würden Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe verteidigen.

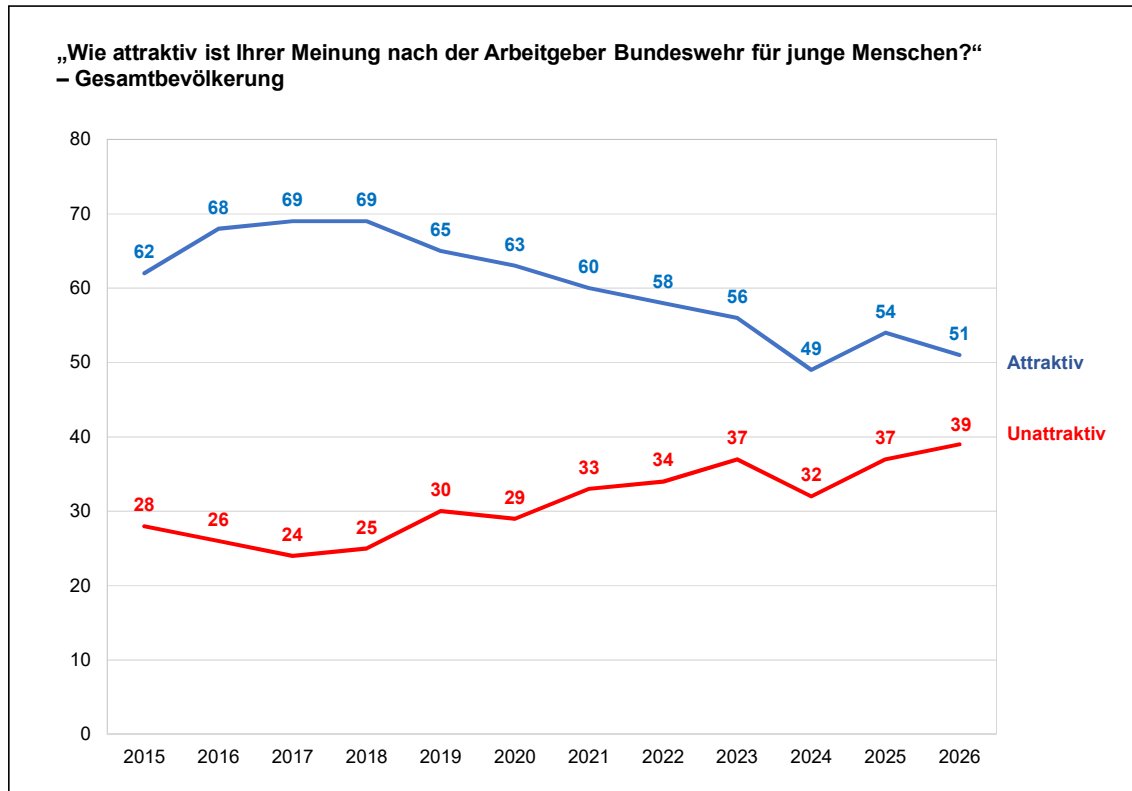
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

13 Dienst in der Bundeswehr

Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber

Der Dienst in den Streitkräften ist seit Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 vollständig freiwillig und die Bundeswehr muss um Personal werben. Vor diesem Hintergrund kommt der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr eine besondere Bedeutung zu. Vorrangige Zielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr sind junge Menschen. Seit 2015 werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung gefragt, wie attraktiv ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für *junge* Menschen ist. Diese Frage wird allen Befragten gestellt, also auch Personen, die selbst nicht mehr zur Gruppe der „jungen Menschen“ gehören. Der Grund für die Einbeziehung der älteren Befragten ist, dass diese in ihrer Rolle im Kollegenkreis, als Familienangehörige oder Erziehungsberechtigte potenzielle Bewerberinnen und Bewerber beeinflussen könnten. In der Forschungsliteratur zum Themenkomplex Arbeitgeberattraktivität und Personalgewinnung wird dem sozialen Umfeld eine große Bedeutung beigemessen.

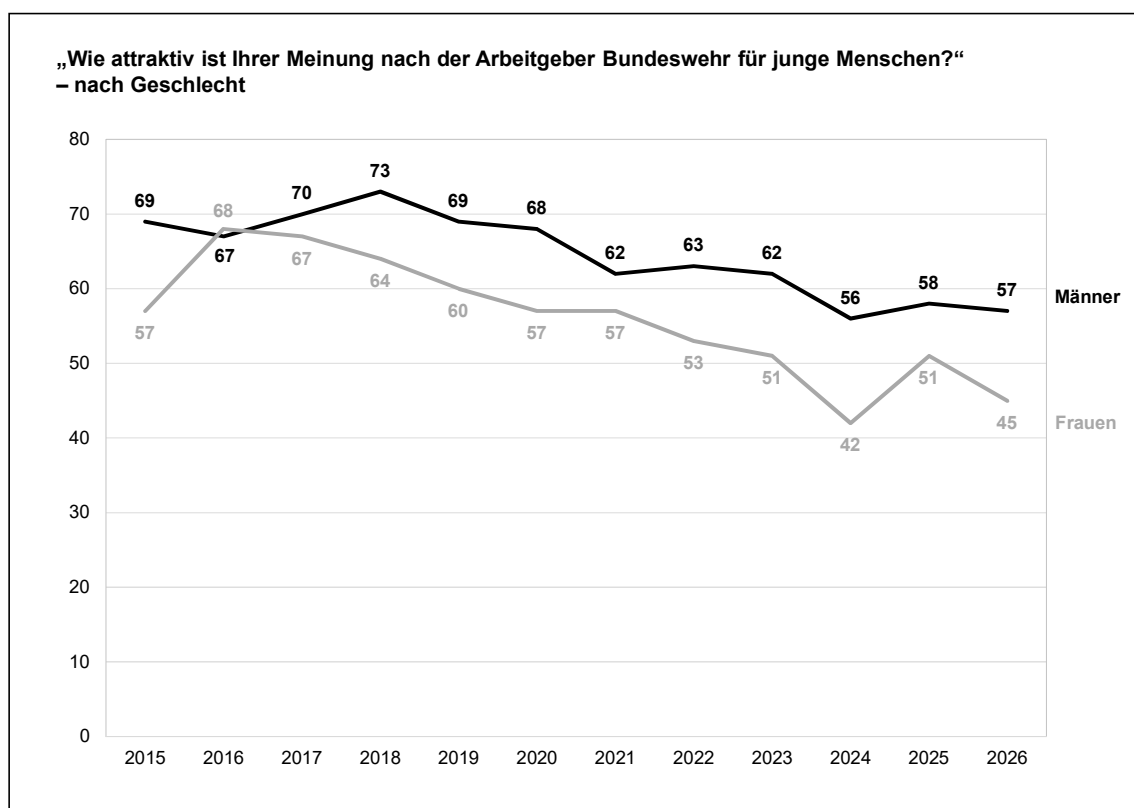
Abbildung 13.1: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Anteil „weiß nicht/keine Antwort“. Die Antwortanteile „sehr attraktiv“ und „eher attraktiv“ sowie „überhaupt nicht attraktiv“ und „eher nicht attraktiv“ wurden jeweils zusammengefasst. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2026.

Eine knappe Mehrheit der Befragten (51 Prozent) ist aktuell der Auffassung, dass die Bundeswehr für junge Menschen ein sehr oder eher attraktiver Arbeitgeber ist, was einem Rückgang um 4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025 entspricht (vgl. Abbildung 13.1). Parallel dazu halten in diesem Jahr mehr Menschen die Bundeswehr nicht für einen attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen (39 Prozent; +2 Prozentpunkte). Seit 2018 ist der Anteil der Befragten, die in der Bundeswehr einen attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen sehen, um 18 Prozentpunkte gesunken. Dieser negative Trend begann somit bereits Jahre vor der dramatischen Veränderung der sicherheitspolitischen Lage in Europa.

Abbildung 13.2: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2026 – nach Geschlecht, Anteil „attraktiv“



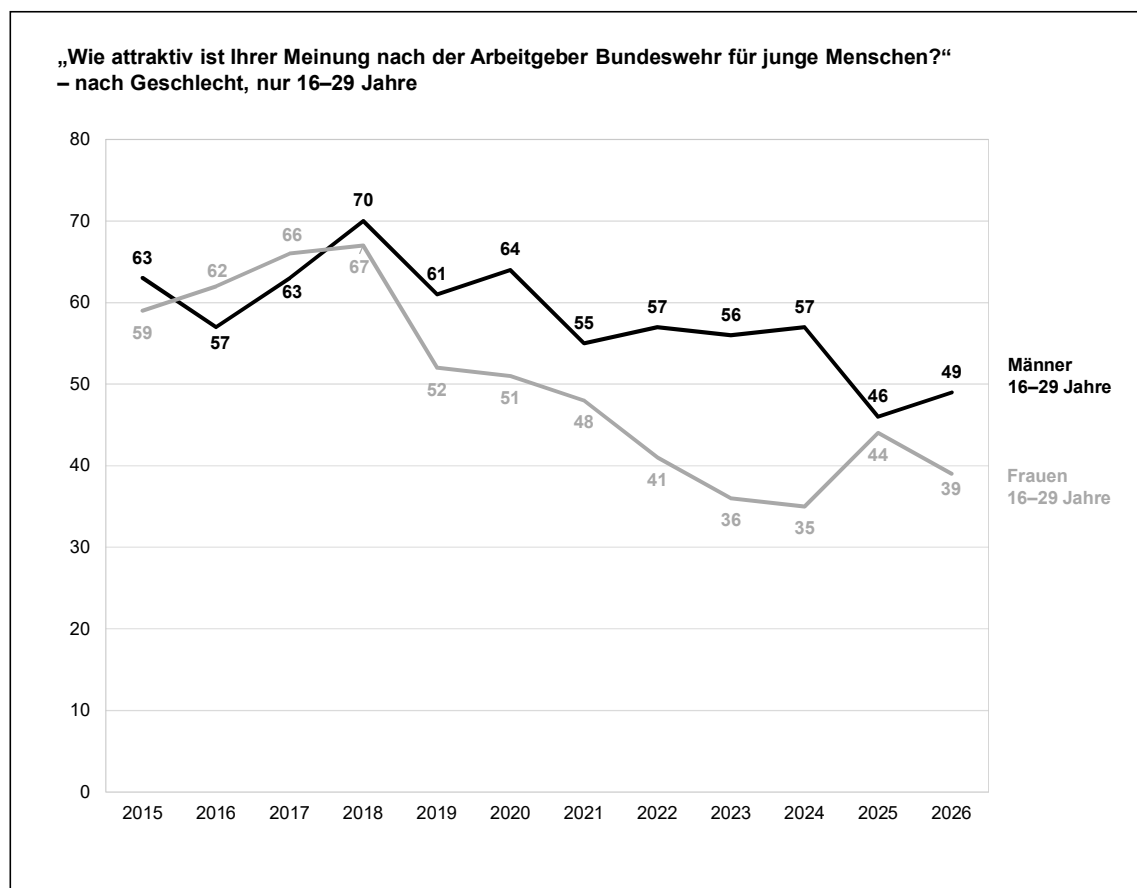
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „sehr attraktiv“ und „eher attraktiv“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2026.

Eine nach Geschlecht getrennte Auswertung der Daten offenbart: Mit Ausnahme des Jahres 2016 bewerten Frauen in allen Erhebungsjahren die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen schlechter als Männer (vgl. Abbildung 13.2). Die wahrgenommene Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für junge Menschen ist bei den Frauen bereits seit 2016 rückläufig (-23 Prozentpunkte bis heute), während dies bei den Männern erst ab 2018 zu beobachten ist (-16 Prozentpunkte bis heute).

In der Gruppe der 16–29-Jährigen ist die Bewertung der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen ebenfalls seit Langem rückläufig (vgl. Abbildung 13.3): Bei den jungen Frauen ist diese Wahrnehmung im Zeitraum 2018–2024 kontinuierlich und besonders stark gesunken (-32 Prozentpunkte). Bei den Männern ist diese von 2018 bis 2021 um 15 Prozentpunkte gesunken, stagnierte im Zeitraum 2021–2024 und sank 2025 auf einen Tiefstwert von 46 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bewertung der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen bei den 16–29-jährigen Frauen und Männern unterschiedlich entwickelt: Während bei den Männern ein leichter Anstieg zu beobachten ist (+3 Prozentpunkte), ist bei den Frauen ein Rückgang zu verzeichnen (-5 Prozentpunkte). Aktuell nimmt nahezu die Hälfte (49 Prozent) der jungen Männer und 39 Prozent der jungen Frauen die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen wahr.

Abbildung 13.3: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2026 – nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, Anteil „attraktiv“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „sehr attraktiv“ und „eher attraktiv“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2026.

Tabelle 13.1: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen – in soziodemografischen Gruppen

„Wie attraktiv ist Ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?“			
	Attraktiv ¹	Unattraktiv ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	51	39	10
Geschlecht ***			
Männer	57	36	7
Frauen	45	42	13
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	44	47	8
30 bis 49 Jahre	50	41	9
50 bis 69 Jahre	53	38	9
70 Jahre und älter	59	29	12
Bildungsniveau ***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	50	42	8
Realschulabschluss	53	38	9
Hauptschulabschluss	49	37	14
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	50	44	6
2.001 bis 4.000 Euro	55	37	8
Bis 2.000 Euro	52	37	11
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	60	36	4
SPD	60	31	9
AfD	49	45	6
Die Linke	38	58	4
Bündnis 90/Die Grünen	39	49	12
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	46	37	17
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	60	42	8
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	67	26	7
Süddeutschland (BW, BY)	48	38	14
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	42	50	8
Migrationshintergrund *			
Ja	55	34	11
Nein	51	40	9

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „sehr attraktiv“ und „eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „überhaupt nicht attraktiv“ und „eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Ergebnisse für die Befragten mit einer Wahlpräferenz für das BSW oder die FDP werden nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe für eine belastbare Auswertung zu gering ist (n < 50).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Die Auswertung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen ergibt, dass die Bundeswehr in nahezu allen untersuchten Gruppen überwiegend als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen wahrgenommen wird.

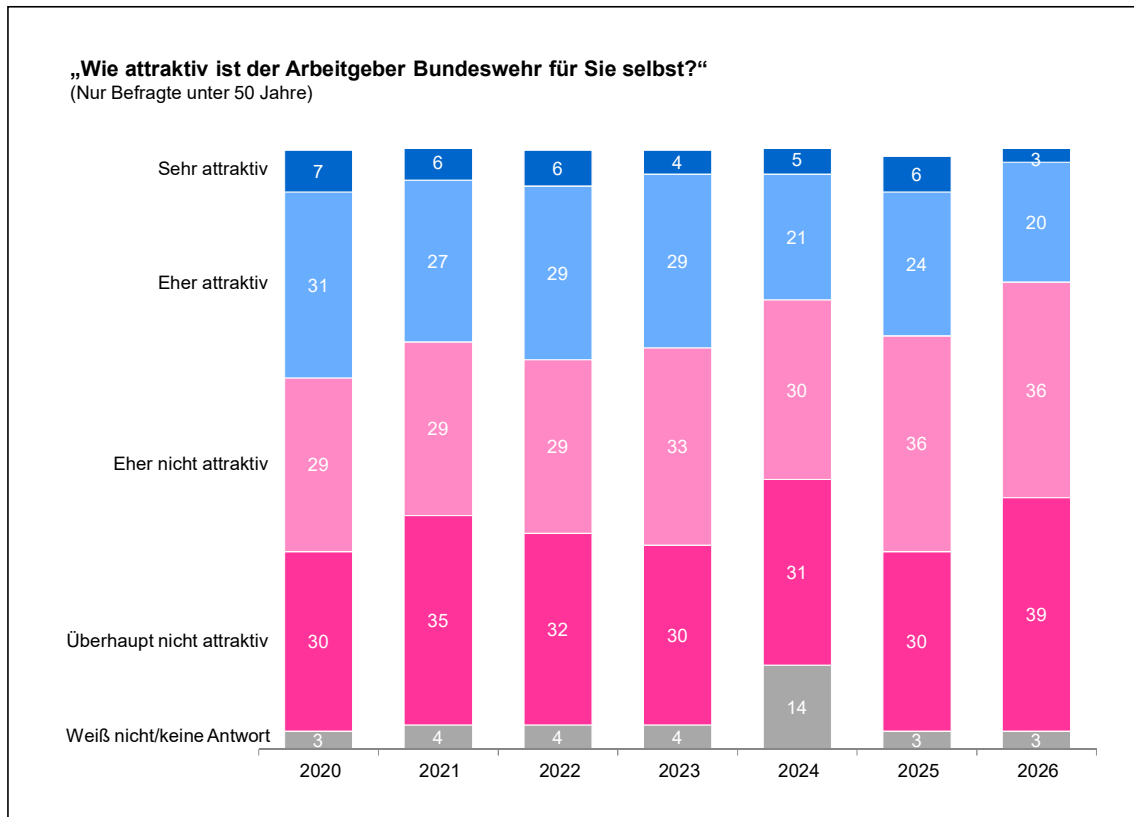
Eine ambivalente Bewertung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr haben Frauen, 16–29-Jährige, Befragte mit einer Wahlpräferenz für die Grünen und die Linken sowie Befragte in Westdeutschland (vgl. Tabelle 13.1). Darüber hinaus offenbart die Auswertung eine Reihe statistisch signifikanter Unterschiede zwischen den Gruppen: Die Wahrnehmung der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen nimmt mit dem Alter der Befragten zu. Außerdem nehmen Personen mit Migrationshintergrund, mit einem mittleren Haushaltseinkommen und mit einem mittleren Bildungsniveau sowie die Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU und der SPD und Befragte in Ost- und Norddeutschland die Bundeswehr eher als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen wahr als Befragte in den entsprechenden Vergleichsgruppen.

Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für die Befragten selbst

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter 50 Jahren, die noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben, wurden zusätzlich nach der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für *sich selbst* gefragt. Diese Betrachtungsgröße wird seit 2020 erhoben. Aktuell sieht etwas weniger als ein Viertel der unter 50-Jährigen in der Bundeswehr einen sehr attraktiven (3 Prozent; -3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) oder eher attraktiven (20 Prozent; -4 Prozentpunkte) Arbeitgeber für sich selbst, während die Mehrheit der Befragten die Bundeswehr eher nicht (36 Prozent; keine Veränderung) oder überhaupt nicht (39 Prozent; +9 Prozentpunkte) als attraktiven Arbeitgeber für sich selbst betrachtet (vgl. Abbildung 13.4).

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr bei den Befragten unter 50 Jahren insgesamt gesunken (-7 Prozentpunkte), während parallel der Anteil derjenigen gestiegen ist (+9 Prozentpunkte), die in der Bundeswehr keinen attraktiven Arbeitgeber für sich selbst sehen. Die Betrachtung der vollständigen Zeitreihe seit 2020 verdeutlicht, dass sich bei der Bewertung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr keine stabile Entwicklung abzeichnet. In allen Erhebungsjahren nimmt eine Mehrheit der Befragten unter 50 Jahren die Bundeswehr als potenziellen Arbeitgeber für sich selbst als (eher) *nicht* attraktiv wahr.

**Abbildung 13.4: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst
– nur Befragte unter 50 Jahre**



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (2026: n = 1.024).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2026.

Für die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für die Befragten selbst ergeben sich einige statistisch signifikante Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen: Männer, 16–29-Jährige sowie Befragte aus Nord- und Ostdeutschland empfinden die Bundeswehr als attraktiveren Arbeitgeber für sich selbst als die entsprechenden Vergleichsgruppen (vgl. Tabelle 13.2). Die Arbeitgeberattraktivität für die Befragten selbst sinkt mit steigendem Einkommen. Zwischen den Bildungsgruppen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Wird die Gruppe der 16–29-Jährigen nach Geschlecht differenziert betrachtet, zeigt sich, dass die Arbeitgeberattraktivität bei den Frauen im Jahr 2021 stark zurückging (-11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) und in den Jahren 2022–2023 weiter gesunken ist (vgl. Abbildung 13.5). 2025 wurde die Arbeitgeberattraktivität von den jungen Frauen deutlich positiver bewertet (+9 Prozentpunkte auf 25 Prozent). Aktuell bewertet etwas mehr als ein Fünftel (22 Prozent; -3 Prozentpunkte) der jungen Frauen die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber für sich selbst.

Tabelle 13.2: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – in soziodemografischen Gruppen, nur Befragte unter 50 Jahre

„Wie attraktiv ist der Arbeitgeber Bundeswehr für Sie selbst?“			
	Attraktiv ¹	Unattraktiv ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	23	75	3
Geschlecht ***			
Männer	28	70	3
Frauen	19	79	3
Alter **			
16 bis 29 Jahre	28	69	3
30 bis 49 Jahre	20	78	3
Bildungsniveau n.s.			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	22	76	2
Realschulabschluss	24	72	4
Hauptschulabschluss	20	80	0
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **			
4.001 Euro und mehr	21	77	2
2.001 bis 4.000 Euro	24	74	2
Bis 2.000 Euro	30	67	3
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	33	67	0
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	36	73	2
Süddeutschland (BW, BY)	17	78	5
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	17	80	3
Migrationshintergrund n.s.			
Ja	27	69	4
Nein	22	75	3

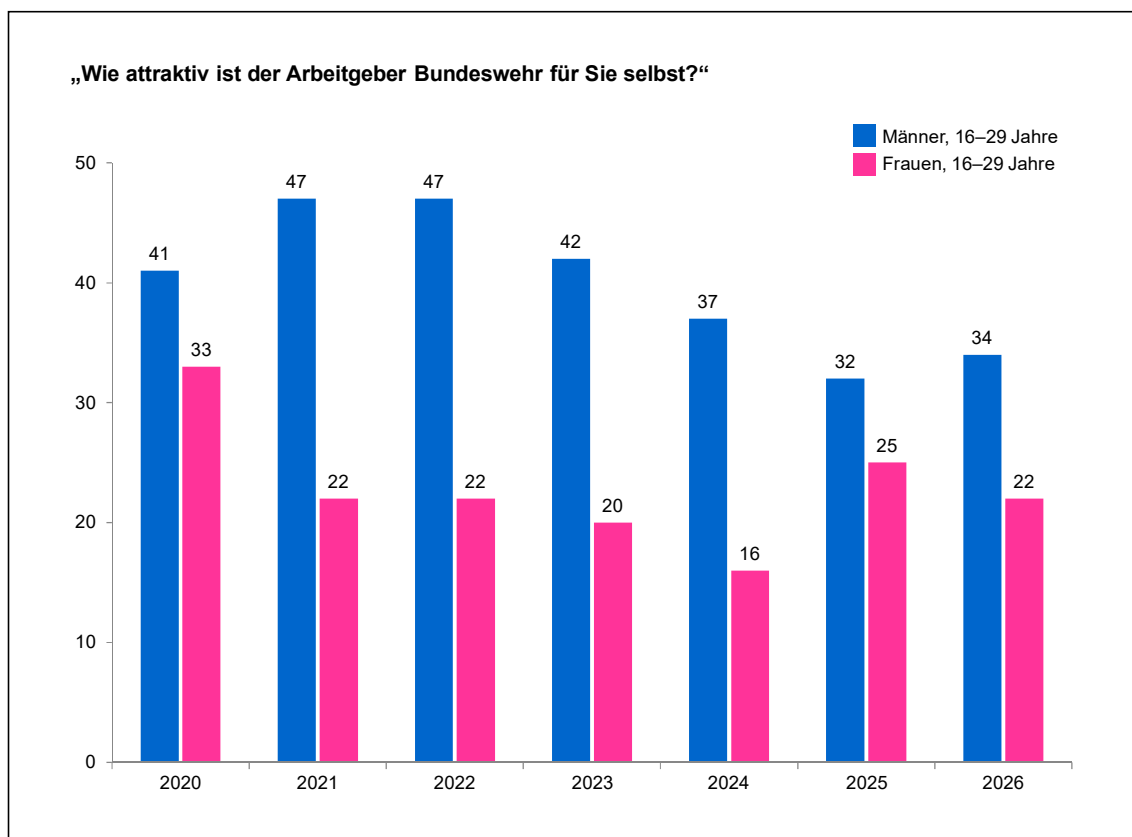
Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „sehr attraktiv“ und „eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „überhaupt nicht attraktiv“ und „eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (n = 1.024). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Bei den jungen Männern folgte auf einen leichten Anstieg im Jahr 2021 (+6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) ein gleichbleibendes Niveau im Jahr 2022. Bis 2025 war ein kontinuierlicher Rückgang um 15 Prozentpunkte zu verzeichnen. Aktuell erklären 34 Prozent (+2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2025) die Bundeswehr zu einem attraktiven Arbeitgeber für sich selbst.

Im Jahr 2026 bewertet ein Drittel der jungen Männer die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber für sich selbst. Der negative Trend der Vorjahre setzt sich in dieser Gruppe somit nicht fort.

**Abbildung 13.5: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst
– nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, Anteil „attraktiv“**



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „sehr attraktiv“ und „eher attraktiv“ wurden zusammengefasst. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (2026: n = 398).

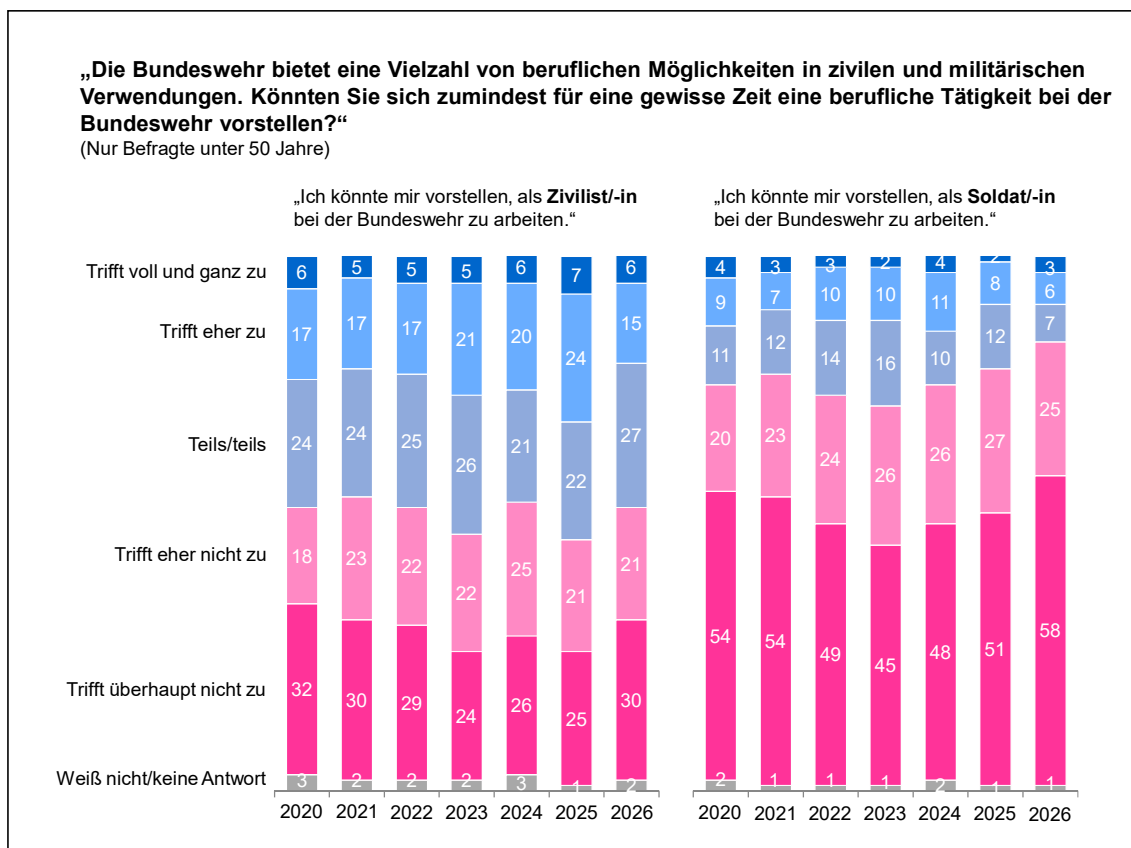
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2026.

Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr

Da die Bundeswehr eine Vielzahl beruflicher Möglichkeiten im militärischen und zivilen Bereich bietet, wurden die Teilnehmerinnen und -teilnehmer unter 50 Jahren gefragt, ob sie sich zumindest für eine gewisse Zeit eine Tätigkeit als Zivildienstleistende/-in oder als Soldat/-in in der Bundeswehr vorstellen könnten.⁷

⁷ Die Auswertung beschränkt sich auf Befragte, die angaben, noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden zu haben. Die Befragten unter 50 Jahren machten folgende Angaben zu einem aktuellen oder ehemaligen Dienstverhältnis mit der Bundeswehr: Wehrpflichtige im Grundwehrdienst (47 Personen); Freiwillig Wehrdienstleistende (9 Personen); Soldat/-in auf Zeit (10 Personen); Berufssoldat/-in (7 Personen); zivile Beschäftigte (3 Personen). Die Gruppe der aktuellen und ehemaligen Zeit- und Berufssoldaten ist für eine belastbare statistische Auswertung zu klein.

**Abbildung 13.6: Einstellung zu einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr
– nur Befragte unter 50 Jahre, 2020–2026**



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (2026: n = 1.024).

Datenbasis: ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2020–2026.

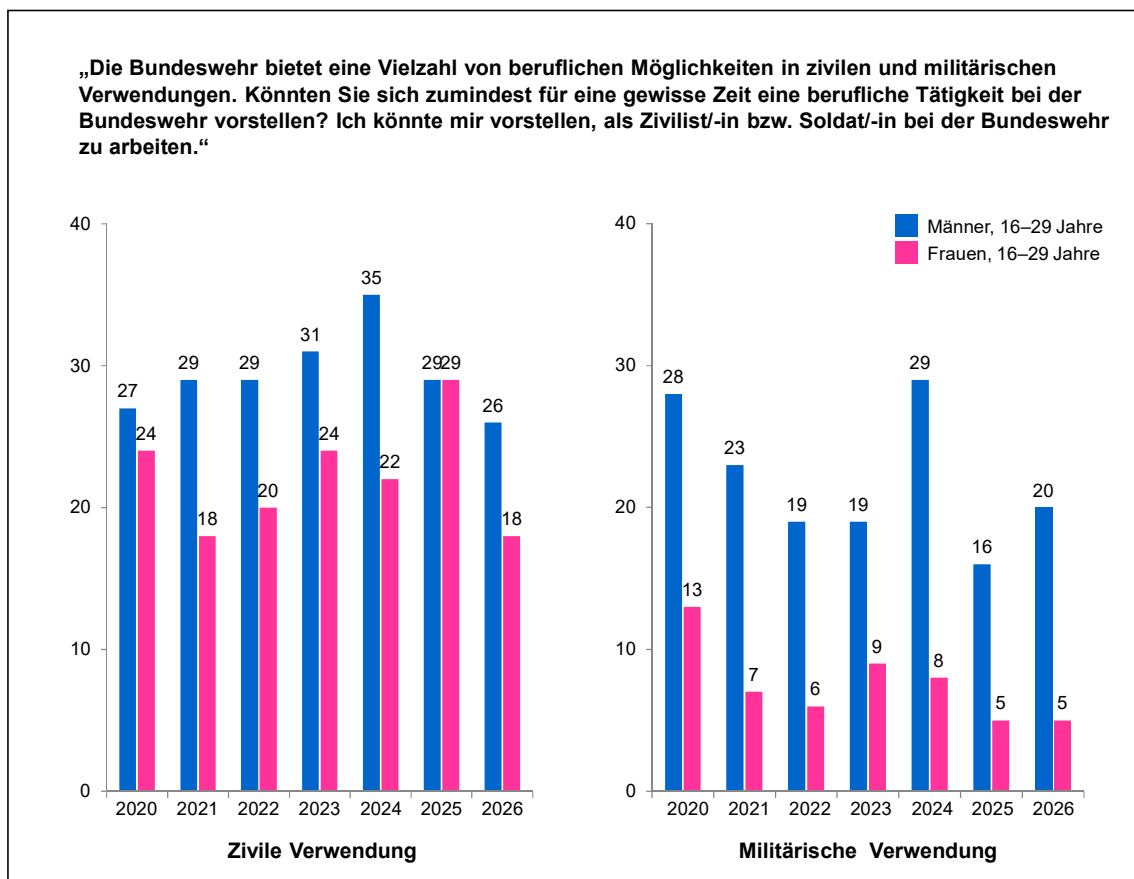
Im gesamten Erhebungszeitraum 2020–2026 können sich deutlich mehr Befragte vorstellen, eine zivile Tätigkeit in der Bundeswehr auszuüben (21 bis 31 Prozent) als Soldat/-in zu werden (9 bis 15 Prozent) (vgl. Abbildung 13.6). Die Mehrheit der Befragten zieht jedoch weder eine zivile (46 bis 53 Prozent) noch eine militärische berufliche Verwendung (71 bis 83 Prozent) in der Bundeswehr in Betracht. In den Jahren 2021–2023 ist die explizite Abneigung gegenüber einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr gesunken, ohne dass das explizite Interesse daran gestiegen wäre.

Seit 2024 ist das Interesse am Soldatenberuf gesunken, während die explizite Abneigung gegenüber einer militärischen Verwendung kontinuierlich gestiegen ist. Aktuell erreicht das Interesse sowohl an einer zivilen als auch militärischen Tätigkeit in der Bundeswehr einen Tiefststand.

Die Betrachtung der nach Geschlecht differenzierten Zielgruppe der 16–29-Jährigen zeigt, dass sich aktuell deutlich mehr Männer als Frauen für eine zivile (26 zu 18 Prozent) und militärische Tätigkeit (20 zu 5 Prozent) in der Bundeswehr interessieren (vgl. Abbildung 13.7). Im Vergleich zum Vorjahr ist das Interesse an einer zivilen Tätigkeit bei den jungen Männern leicht (-3 Prozentpunkte) und bei den jungen Frauen deutlich (-11 Prozentpunkte) zurückgegangen. Das Interesse am Soldatenberuf ist im Jahr 2026 bei den jungen Männern leicht gestiegen (+4 Prozentpunkte), während es bei den jungen Frauen auf einem niedrigen Niveau stagniert.

Jeder fünfte junge Mann im Alter zwischen 16 und 29 Jahren kann sich eine soldatische Tätigkeit vorstellen, aber nur 5 Prozent der jungen Frauen. Zum Vergleich: Das Interesse junger Männer (34 Prozent) und junger Frauen (17 Prozent) am Neuen Wehrdienst ist deutlich größer.

Abbildung 13.7: Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr – nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, 2020–2026



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (2026: n = 398).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2026.

Die Bundeswehr ist noch immer – auch nach Einführung des freiwilligen Neuen Wehrdienstes – eine Berufsarmee und keine Wehrpflichtigen-Armee.⁸ Die Fragen nach dem Interesse an einer beruflichen Tätigkeit als Soldat bzw. Soldatin zielen daher vorrangig darauf ab, ob sich die Befragten eine längerfristige Karriere in der Bundeswehr vorstellen können. Die Frage nach dem Wehrdienst ist dagegen zunächst keine Frage nach einer beruflichen Karriere, sondern erfasst die Akzeptanz eines zeitlich befristeten Dienstes für die Gemeinschaft. Und dieser Aspekt der staatsbürgerlichen Wehrbereitschaft ist bei den jungen Menschen deutlich stärker ausgeprägt als das Interesse am Soldatenberuf (vgl. Abbildung 13.8).

**Tabelle 13.3: Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr
– in soziodemografischen Gruppen, nur 16–29-Jährige**

	Ich könnte mir vorstellen, als Zivilist/-in bei der Bundeswehr zu arbeiten.	Ich könnte mir vorstellen, als Soldat/-in bei der Bundeswehr zu arbeiten.
Insgesamt	22	12
Geschlecht	**	***
Männer	26	20
Frauen	18	5
Bildungsniveau	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	16	8
Hauptschul- oder Realschulabschluss	26	15
Noch Schüler/-in bzw. in Ausbildung	24	14
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	20	14
2.001 bis 4.000 Euro	21	9
Bis 2.000 Euro	27	15
Region	*	*
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	28	25
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	30	14
Süddeutschland (BW, BY)	17	6
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	18	10

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (n = 398). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

⁸ Im April 2026 umfasste der militärische Personalkörper der Bundeswehr 185.919 Soldatinnen und Soldaten, davon 59.717 Berufssoldaten, 113.095 Zeitsoldaten Lang (Dienstzeit ab 24 Monate), 4.020 Zeitsoldaten Kurz (Dienstzeit 12 bis 23 Monate) sowie 9.087 Freiwillig Wehrdienstleistende (6 bis 11 Monate). Quelle: Bundesministerium der Verteidigung, Juni 2026.

Die Einstellung zu einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr unterscheidet sich bei den 16–29-Jährigen kaum nach soziodemografischen Gruppen (vgl. Tabelle 13.3). Die größten Unterschiede bestehen wie berichtet zwischen Männern und Frauen. Zudem sind regionale Unterschiede zu beobachten: Befragte in Nord- und Ostdeutschland interessieren sich eher für eine zivile Tätigkeit in der Bundeswehr als Befragte in Süd- und Westdeutschland. Befragte in Norddeutschland können sich zudem deutlich eher eine berufliche Tätigkeit als Soldat vorstellen als Befragte in den übrigen Regionen. Zwischen den Bildungs- und Einkommensgruppen bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede. Dennoch fällt auf, dass das Interesse an einer zivilen wie auch militärischen Tätigkeit in der Bundeswehr in der Gruppe mit dem höchsten formalen Bildungsniveau am geringsten ist.

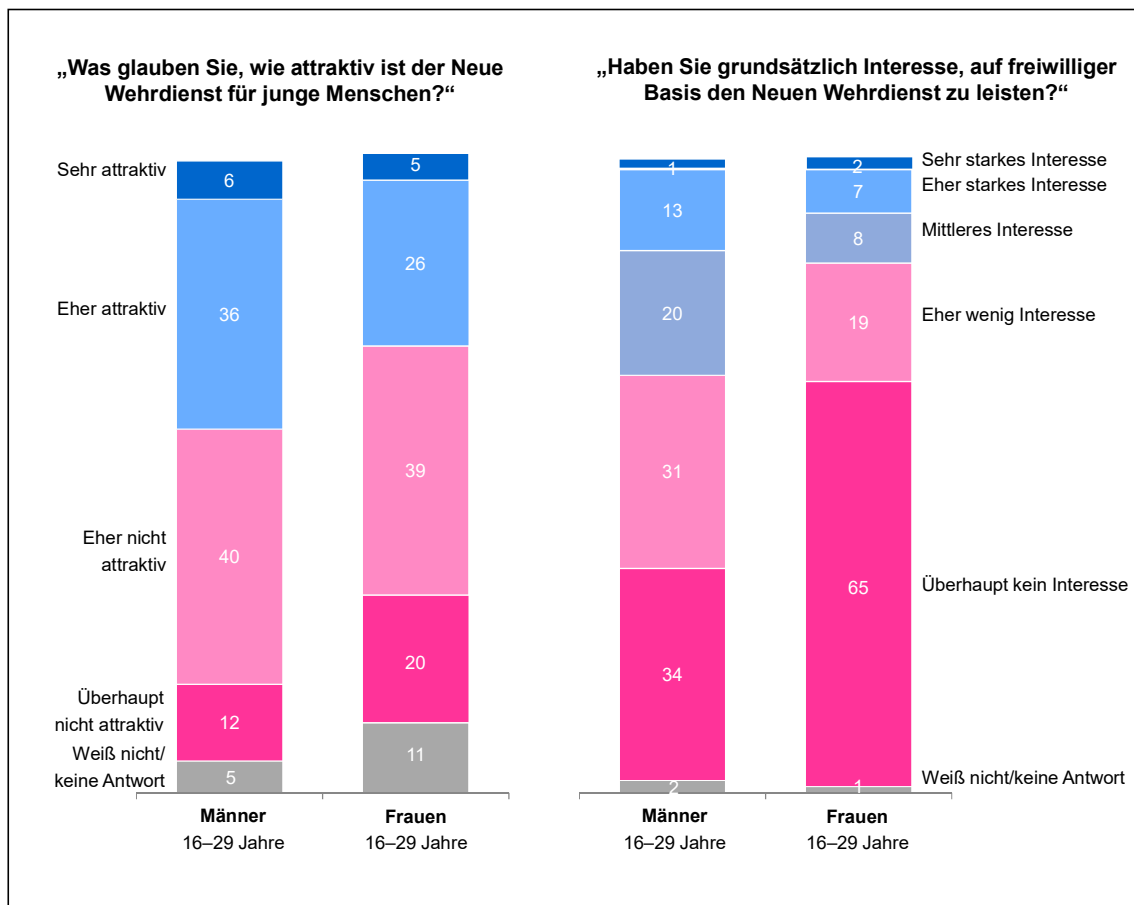
Neuer Wehrdienst: Attraktivität und Interesse

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden gefragt, wie attraktiv der Neue Wehrdienst ihrer Meinung nach für junge Menschen ist. Eine relative Mehrheit von 42 Prozent glaubt, dass der Neue Wehrdienst für junge Menschen (sehr oder eher) attraktiv ist, 49 Prozent der Befragten halten ihn für (eher oder überhaupt) nicht attraktiv. Bei den 16–29-Jährigen sind 42 Prozent der Männer, aber nur 31 Prozent der Frauen davon überzeugt, dass der Wehrdienst für junge Menschen attraktiv ist (vgl. Abbildung 13.8).

Teilnehmende bis einschließlich 29 Jahre und ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr wurden außerdem gefragt, ob sie grundsätzlich Interesse daran haben, auf freiwilliger Basis den Neuen Wehrdienst zu leisten (vgl. Abbildung 13.8). 34 Prozent der jungen Männer und 17 Prozent der jungen Frauen haben ein mittleres bis sehr starkes Interesse, auf freiwilliger Basis den Neuen Wehrdienst zu leisten. Die Mehrheit der jungen Männer (65 Prozent) und Frauen (84 Prozent) bekundet eher wenig oder überhaupt kein Interesse daran, den Neuen Wehrdienst zu leisten.

Gemäß der Zensusdaten von 2022 leben in Deutschland insgesamt etwas mehr als 12 Millionen Personen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren, jeweils 6 Millionen Männer und Frauen. Die 16–29-Jährigen, die in der Befragung ein mittleres bis sehr starkes Interesse am Neuen Wehrdienst bekunden, entsprächen demnach in absoluten Zahlen ca. zwei Millionen Männern und ca. einer Million Frauen. Über die Gruppe der 18-jährigen Männer hinaus besteht also weiteres Potenzial an Interessenten für den Neuen Wehrdienst. Das Interesse nimmt zwar mit dem Alter der Befragten ab, aber es endet eben auch nicht gänzlich nach dem 18. Lebensjahr. Eine Fokussierung auf die 18-jährigen Männer schöpft nur einen Teil des in der Bevölkerung vorhandenen Potenzials aus.

Abbildung 13.8: Bewertung der Attraktivität des Neuen Wehrdienstes für junge Menschen und persönliches Interesse am Neuen Wehrdienst, nur 16–29-Jährige



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (n = 398).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Wie aus den Ergebnissen in Tabelle 13.4 hervorgeht, sind es vor allem junge Männer aus Nord- und Ostdeutschland, die ein mittleres bis sehr starkes Interesse daran haben, den Neuen Wehrdienst zu leisten. Das Interesse am Neuen Wehrdienst unterscheidet sich zwischen den Einkommens- und Bildungsgruppen nicht signifikant. Diese Befunde decken sich mit jenen zum grundsätzlichen Interesse am Soldatenberuf (vgl. Tabelle 13.3).

Zwischen dem Interesse am Soldatenberuf und dem Interesse, den freiwilligen Neuen Wehrdienst zu leisten, besteht in der Gruppe der 16–29-Jährigen dennoch ein starker, statistisch signifikanter und positiver Zusammenhang – unabhängig vom Geschlecht.⁹ Von den 16–29-Jährigen, die ein eher starkes oder sehr starkes Interesse am Neuen

⁹ Bivariate Korrelation nach Pearson: Männer ($r = 0,78$; $p < 0,001$); Frauen ($r = 0,67$; $p < 0,001$).

Wehrdienst bekunden (12 Prozent), können sich 68 Prozent auch eine berufliche Tätigkeit als Soldat/-in bei der Bundeswehr vorstellen (vgl. Tabelle 13.5).

Tabelle 13.4: Persönliches Interesse am Neuen Wehrdienst in soziodemografischen Gruppen, nur 16–29-Jährige

	Haben Sie grundsätzlich Interesse, auf freiwilliger Basis den Neuen Wehrdienst zu leisten?					
	Sehr stark	Eher stark	Mittel	Eher wenig	Überhaupt nicht	W.n./k.A.
Insgesamt	1	10	14	25	49	1
Geschlecht ***						
Männer	1	13	20	31	34	2
Frauen	2	7	8	19	65	1
Bildungsniveau ^{n.s.}						
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	1	6	17	24	52	0
Hauptschul- oder Realschulabschluss	2	12	11	25	48	2
Noch Schüler/-in bzw. in Ausbildung	2	9	17	30	43	0
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}						
4.001 Euro und mehr	1	9	15	25	50	1
2.001 bis 4.000 Euro	1	9	14	27	48	1
Bis 2.000 Euro	3	12	17	23	45	0
Region **						
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	6	17	14	22	41	2
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0	15	23	20	42	0
Süddeutschland (BW, BY)	0	3	10	29	56	2
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	1	9	12	26	52	1

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (n = 398). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeitstest, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Tabelle 13.5: Interesse am Soldatenberuf in Abhängigkeit vom Interesse am Neuen Wehrdienst, nur 16–29-Jährige

Interesse am Neuen Wehrdienst	Interesse an einer beruflichen Tätigkeit als Soldat/-in		
	Interesse ¹	Teils/teils	Kein Interesse ²
Eher starkes bis sehr starkes Interesse	68	10	22
Mittleres bis kein Interesse	5	9	85

Anmerkungen: Angaben in Prozent. ¹Die Antwortanteile „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“ wurden zusammengefasst. ²Die Antwortanteile „trifft eher nicht zu“ und „trifft überhaupt nicht zu“ wurden zusammengefasst. Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Antwortanteil „Weiß nicht/keine Antwort“. Nur Befragte ohne militärische Erfahrung bei der Bundeswehr (n = 398).

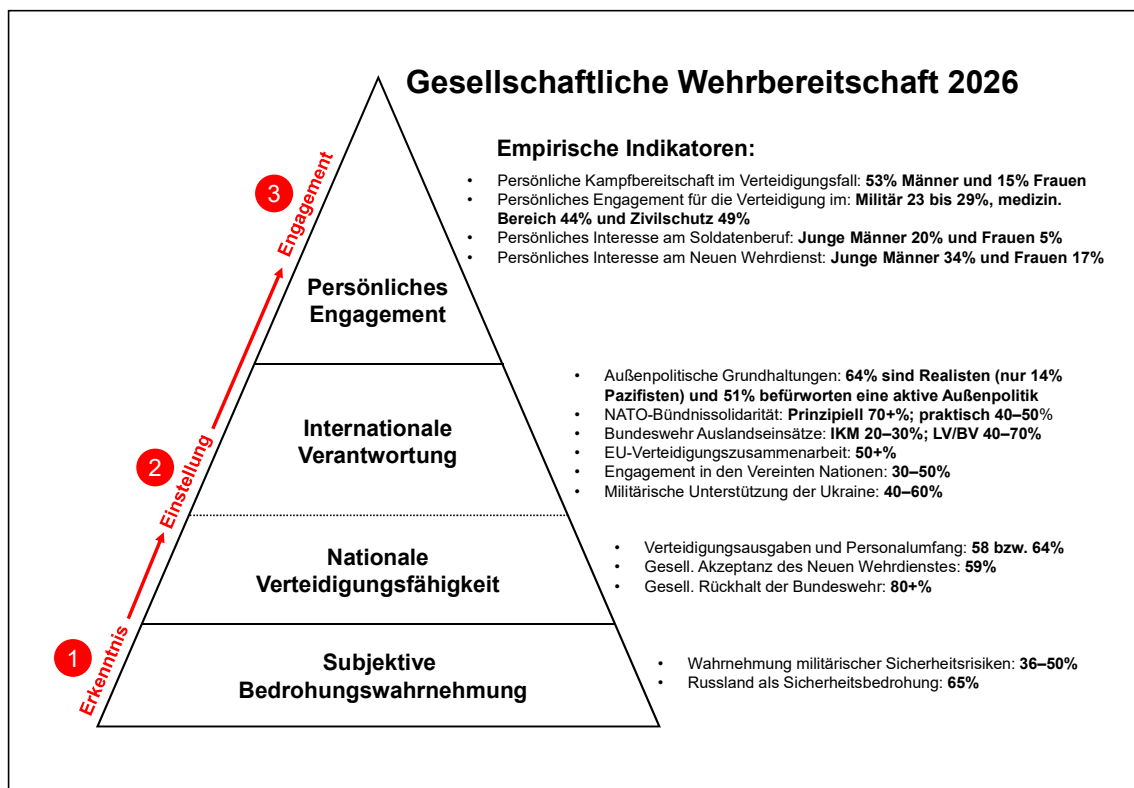
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

14 Fazit zur Wehrbereitschaft in Deutschland

Als Reaktion auf die militärische Bedrohung durch Russland und den Rückzug der USA als Sicherheitsgarant Europas investiert Deutschland massiv in seine Verteidigungsfähigkeit, was von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger begrüßt wird. Dennoch werden in der öffentlichen Debatte Zweifel an der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft geäußert – Zweifel, die Deutschlands Verbündete verunsichern, den russischen Aggressor ermutigen und das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Widerstandsfähigkeit unterminieren können. Sind diese Zweifel berechtigt? Wie wehrbereit ist die deutsche Bevölkerung?

Der vorliegende Forschungsbericht beleuchtet die Frage der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft auf Grundlage der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026 – der umfangreichsten verteidigungspolitischen Umfragestudie in Deutschland. Diesem Bericht liegt die Annahme zugrunde, dass die gesellschaftliche Wehrbereitschaft mehrere Ebenen hat, die aufeinander aufbauen, aber unterschiedlich ausgeprägt sind. Jede Ebene wurde mit einer Vielzahl von Indikatoren erfasst (vgl. Abbildung 14.1).

Abbildung 14.1: Gesellschaftliche Wehrbereitschaft in Deutschland 2026



Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026.

Aus den empirischen Daten ist zu schließen: Niemand sollte die Wehrbereitschaft der deutschen Bevölkerung unterschätzen – nicht Russland, nicht Deutschlands Verbündete und vor allem nicht die Deutschen selbst.

Mehrheit sieht Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands

Die Grundlage der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft ist die in allen Teilen der Bevölkerung stark ausgeprägte Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für Deutschlands Sicherheit. Einzig die Wählerschaft der AfD sieht in Russland mehrheitlich keine Bedrohung. Mit dieser Bedrohungswahrnehmung steht und fällt der öffentliche Zuspruch zur Stärkung der nationalen Verteidigungsfähigkeit (Erhöhung der Verteidigungsausgaben, Personalaufwuchs der Bundeswehr und Akzeptanz des Neuen Wehrdienstes) sowie zu Deutschlands militärischem Engagement zum Schutz der NATO-Ostflanke und zur militärischen Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland.

Großer gesellschaftlicher Rückhalt für Zeitenwende und Bundeswehr

Angesichts der Bedrohung durch Russland fordert eine klare Mehrheit eine finanzielle und personelle Stärkung der Bundeswehr – quer durch die deutsche Gesellschaft. Auch der Anfang 2026 eingeführte Neue Wehrdienst stößt auf eine große und im Vergleich zum Vorjahr gestiegene gesellschaftliche Akzeptanz – auch bei den Jüngeren. Der gesellschaftliche Rückhalt für die Bundeswehr ist und bleibt sehr hoch. Unabhängig von der sicherheitspolitischen Lage geben seit einem Vierteljahrhundert mindestens drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger an, eine positive Einstellung zur Bundeswehr zu haben. Aktuell sind es über 80 Prozent. Dass die Bevölkerung eine kritische Haltung zur Bundeswehr habe, ist eine alte Behauptung, der jegliche empirische Evidenz fehlt.

Internationale Sicherheit: Starkes Bekenntnis, sinkendes Engagement

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sind außen- und sicherheitspolitische Realisten und unterstützen eine aktive deutsche Außenpolitik. Pazifisten, Isolationisten und Militaristen sind Minderheiten in der deutschen Bevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr ist der grundsätzliche Zuspruch zu einer aktiven deutschen Außenpolitik jedoch deutlich gesunken, was sich auch in den ähnlich stark gesunkenen Zustimmungswerten zu annähernd allen Mitteln der Außenpolitik sowie zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr abbildet. Diese Entwicklung führt zu einer wachsenden Diskrepanz zwischen dem prinzipiellen Bekenntnis zu Deutschlands Verantwortung für die internationale Sicherheit und der öffentlichen Unterstützung für das konkrete (militärische) Engagement zum Schutz dieser Sicherheit – im Rahmen der EU, der NATO und der Vereinten Nationen.

Millionen würden Deutschland verteidigen – mit und ohne Waffe

Im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland wären große Teile der Bevölkerung bereit, sich im Zivilschutz, im medizinischen Bereich, in verteidigungsrelevanten Wirtschaftsbereichen oder auch in den Streitkräften zu engagieren. Dabei sind Männer eher bereit, sich in technischen oder militärischen Verwendungen zu engagieren, während Frauen sich eher einen Einsatz im medizinischen Bereich vorstellen können. Es sind auch deutlich mehr Männer (53 Prozent) als Frauen (15 Prozent), die grundsätzlich bereit wären, im Falle eines militärischen Angriffs Deutschland mit der Waffe zu verteidigen. Das konkrete Interesse am Neuen Wehrdienst und am Soldatenberuf ist bei jungen Männern (34 bzw. 20 Prozent) ebenfalls deutlich größer als bei jungen Frauen (17 bzw. 5 Prozent).

Wie sind die Zustimmungswerte zur persönlichen Verteidigungsbereitschaft mit der Waffe und zum Interesse am Dienst in den Streitkräften zu bewerten? Allein in der Gruppe der 20- bis 40-Jährigen erklären sich 50 Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen zum bewaffneten Kampf bereit. In absoluten Zahlen entspräche das gemäß Zensus fünf Millionen Männern und etwas weniger als zwei Millionen Frauen. Jeder fünfte Mann im Alter von 16 bis 29-Jahren kann sich zudem eine berufliche Tätigkeit als Soldat in der Bundeswehr vorstellen. In absoluten Zahlen wären das gemäß Zensus mehr als eine Million Männer. Und die 16–29-Jährigen, die ein mittleres bis sehr starkes Interesse am Neuen Wehrdienst bekunden, entsprächen in absoluten Zahlen ca. zwei Millionen Männern und ca. einer Million Frauen.

Vorhandene Potenziale ausschöpfen und keine Selbstzweifel herbeireden

Für die Bundeswehr besteht die Herausforderung darin, das vorhandene Wehrpotenzial in der Bevölkerung so auszuschöpfen, dass Deutschlands Verteidigungsfähigkeit möglichst schnell und zugleich nachhaltig gestärkt wird. An der Wehrbereitschaft der deutschen Bevölkerung sollte dieses Unterfangen jedenfalls nicht scheitern: Die akute Bedrohung durch Russland wird erkannt (*Erkenntnis*), die aktuelle Verteidigungspolitik mitgetragen (*Einstellung*) und die persönliche Verteidigungsbereitschaft (*Engagement*) ist hinreichend stark ausgeprägt. In der öffentlichen Diskussion sollte die Wehrbereitschaft der deutschen Bevölkerung also nicht „schlechtgeredet“ werden. Auch deshalb nicht, weil fehlendes Vertrauen in die Verteidigungsbereitschaft der Gesellschaft die eigene individuelle Verteidigungsbereitschaft beeinträchtigt. Wo auch immer Defizite existieren, sind diese klar zu benennen, um besser zu werden, aber es sollten keine unnötigen Selbstzweifel herbeigeredet werden. Zweifel an der Wehrbereitschaft der deutschen Bevölkerung sind nicht nur unberechtigt, sondern auch kontraproduktiv.

15 Methodologie

Die jährliche Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) existiert seit 1996 und stellt die längste und umfangreichste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar. Die Erhebung und Erforschung der öffentlichen Meinung zur Bundeswehr und zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist für die Bundeswehr von großer Bedeutung, weil sie als Armee in der Demokratie auf den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Ziele und Selbstverständnis

Die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung ist der Gradmesser für die gesellschaftliche Legitimation, Relevanz und Integration der Streitkräfte. Ihre Ergebnisse dienen dazu, das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu analysieren sowie die Informationsarbeit der Bundeswehr zu evaluieren (Ressortforschung). Mit der öffentlichkeitswirksamen Publikation der Befragungsergebnisse in vielfältigen Produktformaten (Forschungsberichte, Zeitschriften- und Webartikel, Monografien, Podcasts, Vorträge, Interviews) leistet das ZMSBw einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Sinne des Integrationsziels der Inneren Führung (Wissenstransfer). Darüber hinaus werden die Befragungsdaten in wissenschaftlichen Fachpublikationen aufbereitet, als Grundlage für sozialwissenschaftliche Qualifikationsarbeiten und im Rahmen der universitären Lehre genutzt sowie der Forschung allgemein im Datenarchiv des GESIS zur Verfügung gestellt (Grundlagenforschung).

Durchführung und Datenerhebung

Die Erarbeitung des Studienkonzepts, der Ausschreibungsunterlagen und des Fragebogens der Bevölkerungsbefragung erfolgen ebenso am ZMSBw wie die Auswertung der erhobenen Daten. Die Umfragedaten werden von einem externen und professionellen Befragungsinstitut erhoben. Mit der Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und der Datenerhebung wurde 2026 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung das Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH beauftragt, das eines der größten Markt- und Meinungsforschungsinstitute in Europa ist. Das beauftragte Institut führt die Interviews in den Haushalten der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer nach Terminvereinbarung durch und erstellt auf Grundlage der durchgeführten Interviews einen Datensatz. Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit (d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse

sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen getroffen werden sollen) definiert als die deutschsprachige und in Privathaushalten lebende Bevölkerung ab 16 Jahren. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine repräsentative Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig durch ein mehrstufig geschichtetes Verfahren, sodass jedes Element der Grundgesamtheit dieselbe Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen.

Die Daten der diesjährigen ZMSBw-Bevölkerungsbefragung wurden vom 20. April bis 24. Mai 2026 erhoben. Befragt wurden 2.232 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Die Interviews dauerten im Mittel 60 Minuten und die Ausschöpfungsquote lag bei 39,2 Prozent. Die Teilnahme ist grundsätzlich freiwillig, anonym und wird nicht vergütet. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet, um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen. Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch die Ipsos GmbH erhielt das ZMSBw am 1. Juni 2026 den Datensatz, der Grundlage der vorstehenden Auswertungen ist.

Tabelle 15.1: Angaben zur ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2026

Erhebungsmethode	Computergestützte persönliche Interviews (CAPI)
Erhebungszeitraum	20.04.2026 bis 24.05.2026
Grundgesamtheit	Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben
Stichprobe	Repräsentative, mehrfach geschichtete Zufallsstichprobe nach dem Random-Route-Verfahren
Fallzahl	2.232 Nettointerviews
Fragebogenlänge	60 Minuten (Durchschnitt)
Anzahl der Interviewer	237
Ausschöpfungsquote	39,2 Prozent

Qualitätssicherung

Ein wesentliches Merkmal der Qualitätssicherung ist die Vorgabe, dass das beauftragte Meinungsforschungsinstitut über unabhängige ISO-Zertifizierungen nach ISO 9001 und ISO 20252 (internationale Qualitätsstandards in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung) verfügen muss. Mit diesen Zertifizierungen werden die Qualitätsstandards und Prozesse transparent und regelmäßig von unabhängigen Stellen überprüft. Darüber hinaus müssen die beauftragten Institute die Einhaltung der berufsständischen Qualitätskriterien gewährleisten, wie sie vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und der Deutschen Gesellschaft für Online-Forschung e.V. (DGOF) verabschiedet wurden. Insbesondere schließt dies die „Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung“ ein, die vom ADM, der ASI und vom Berufsverband Deutscher Markt- und

Sozialforscher e.V. herausgegeben wurden. Im Zuge der Qualitätssicherung wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen, um Fehler in der Programmierung und mögliche Verständnisprobleme seitens der Befragten zu identifizieren. Außerdem wurden die durchschnittliche Interviewlänge und die Qualität der Schulungsunterlagen kontrolliert. Der Pretest umfasste 50 Interviews, die vom 4. bis 13. April 2026 unter realen Feldbedingungen stattfanden, d.h. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden zufällig in ganz Deutschland ausgewählt und beantworteten die Fragen in einem computergestützten persönlichen Interview (CAPI) in ihrem Haushalt. Infolge des Pretests ergab sich am Fragebogen kein inhaltlicher Veränderungsbedarf.

Vergleichbarkeit von Umfrageergebnissen

Umfragen zum gleichen Thema (z.B. Verteidigungsausgaben) können zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Abweichende oder widersprüchliche Ergebnisse unterschiedlicher Befragungsstudien können sich unter anderem durch Unterschiede in den folgenden Faktoren ergeben:

- Befragungszeitraum
- Erhebungsmodus (CAPI, CATI, mixed mode)
- Art der Stichprobe (Zufalls-, Quoten-, Convenience-Stichprobe)
- Stichprobengröße und Stichprobenfehler
- Grundgesamtheit, auf die die Stichprobe bezogen wird
- Frageformulierungen
- Anzahl und Formulierung der Antwortskalen und -optionen
- Reihenfolge der Fragen und Themen im Fragebogen

Aus den genannten Gründen könnten die Forschungsergebnisse des ZMSBw zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland von den Ergebnissen anderer Studien zu ähnlichen Themen abweichen.

Erhebung der Variable Geschlecht

Das Geschlecht der Teilnehmenden wurde mit der folgenden Frage erfasst: „Welches Geschlecht haben Sie?“. Antwortoptionen waren: „männlich“, „weiblich“ und „divers“. Die Antwortoption „divers“ wurde von keiner der teilnehmenden Personen ausgewählt. Auswertungen nach Geschlecht beschränken sich deshalb auf die Analysekategorien „männlich“ und „weiblich“ bzw. „Männer“ und „Frauen“.

Erhebung der Wahlpräferenz

Die Wahlpräferenz der Teilnehmenden wurde mit der folgenden Frage erfasst: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen?“ Antwortoptionen waren: CDU/CSU; SPD; Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; FDP; AfD (Alternative für Deutschland); BSW (Bündnis Sarah Wagenknecht); Andere Partei und zwar: offene Nennung; Keine Partei, würde nicht wählen gehen; Nicht wahlberechtigt; weiß nicht; keine Antwort.

In den vorstehenden Auswertungen werden die Ergebnisse der Befragten mit einer Wahlpräferenz für die FDP oder das BSW nicht ausgewiesen, weil deren Anzahl in der Stichprobe zu gering ist (FDP: $n = 25$; BSW: $n = 34$), um statistisch belastbare Aussagen treffen zu können. Dies ist erst möglich ab einer Gruppengröße von 50 Befragten (mit gültigen Antworten).

Angesichts der militärischen Bedrohung durch Russland und des Rückzugs der USA als Sicherheitsgarant Europas investiert Deutschland massiv in seine Verteidigungsfähigkeit, was von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger begrüßt wird. Dennoch werden gelegentlich Zweifel an der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft geäußert – Zweifel, die Deutschlands Verbündete verunsichern, den Aggressor ermutigen und das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die eigene Widerstandsfähigkeit unterminieren können. Sind diese Zweifel berechtigt? Wie wehrbereit ist die deutsche Bevölkerung?

Auf Grundlage der repräsentativen Bevölkerungsbefragung des ZMSBw wird im vorliegenden Forschungsbericht die Wehrbereitschaft in Deutschland auf mehreren Ebenen untersucht: 1. Besteht in der Bevölkerung ein Bewusstsein für militärische Sicherheitsrisiken? 2. Wie groß ist der gesellschaftliche Rückhalt für die Bundeswehr und die Stärkung der nationalen Verteidigungsfähigkeit? 3. Wie groß ist der öffentliche Zuspruch zu Deutschlands Verantwortung und Engagement für die internationale Sicherheit? 4. Wie groß ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich persönlich für die Verteidigung Deutschlands zu engagieren – im Militär und darüber hinaus? Die empirischen Befunde zeichnen ein umfangreiches und zugleich differenziertes Bild der Wehrbereitschaft.

Dr. Timo Graf, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.